

*Dorit Sing
Ernst Kistler*

Neue Chancen für Frauen?

edition der
**Hans Böckler
Stiftung** ■■■

*Dorit Sing
Ernst Kistler*

Neue Chancen

für Frauen?

**Zwischen Arbeit
und Ehrenamt**

edition der Hans-Böckler-Stiftung 32

© Copyright 2000 by Hans-Böckler-Stiftung

Bertha-von-Suttner-Platz 1, 40227 Düsseldorf

Buchgestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Produktion: Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany 2000

ISBN 3-935145-02-0

Bestellnummer: 13032

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrages,

der Rundfunksendung, der Fernsehausstrahlung,

der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Dipl. oec. Dorit Sing ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des INIFES. Dr. Ernst Kistler ist Gesellschafter und Projektgruppenleiter am INIFES. Beide haben in den letzten Jahren eine Reihe von Projekten in den Bereichen Sozialberichterstattung, Arbeitsmarkt- und Ehrenamtsforschung bearbeitet und verschiedene Bücher und Aufsätze zu diesen Themen publiziert, u. a.:

- Kistler, Ernst; Sing, Dorit: Mangelnde Integration von Arbeitsangebot und -nachfrage, Marginalisierung und Humankapitalentwicklung. Oder: Wie kann gestandenen Soziologen so etwas passieren?, in: IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch ›Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband: Beobachtungsfeld Arbeit‹, Berlin 1998, S. 129 ff.
- Sing, Dorit: Komponenten und subjektive Determinanten der langfristigen Entwicklung des Arbeitsangebots – Die »Stillen Reserven« sind größer als man denkt, in: INIFES; ISF; SÖSTRA (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft, Frankfurt, New York 1998, S. 79 ff.
- Kistler, Ernst; Noll, Heinz-Herbert; Priller, Eckhard (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts – Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999.
- Kistler, Ernst; Priller, Eckhard; Sing, Dorit: Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Wege zur Aktivierung sozialwissenschaftlicher Forschung im Bereich von zivilgesellschaftlichem Engagement, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderungen für die Europäische Sozialforschung, Bonn 2000, S. 137 ff.

Das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) wurde in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH im Jahr 1975 in Stadtbergen/Leitershofen bei Augsburg gegründet. Das Institut finanziert sich ausschließlich durch Forschungsaufträge von Ministerien, Behörden auf Bundes- und Landesebene, Kommunen, nationalen und internationalen Organisationen, Verbänden sowie Stiftungen. Neben langfristig angelegten Analysen und Projektlinien mit stärkerem Grundlagenforschungscharakter werden auch viele Projekte aus dem Bereich der angewandten Forschung durchgeführt und praxisbezogene Beratungen und Begleitforschung erbracht.

Forschungsschwerpunkte des Instituts liegen neben der Sozialpolitikforschung (z. B. Gesundheit, Alterssicherung, Transferpolitik, Arbeitsmarkt, Selbsthilfe und intermediäre Instanzen) bei methodisch orientierten und evaluativen Studien (z. B. Sekundäranalysen von Umfrage- und Prozessdaten, Studien zur Integration und Simulation verschiedener Datengrundlagen, Effektivitätsanalysen, Sozialberichterstattung) sowie Analysen zu einzelnen ausgewählten Politik- und Planungsproblemen (z. B. Verkehrssicherheitsforschung, Sozialplanung, sozialwissenschaftliche Technikforschung, Stadt- forschung).

ANSCHRIFT DER VERFASSE:

Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) gGmbH
Haldenweg 23
86391 Stadtbergen

Tel.: 0821/431052-54

Fax: 0821/432531

E-Mail: inifes@t-online.de

INHALTSVERZEICHNIS

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS	7
1. EINLEITUNG UND ZIELSETZUNG	11
1.1 Zur Aktualität und Relevanz des Themenzusammenhangs ›Ehrenamt und Arbeit‹	11
1.2 Zielsetzung der Vorstudie	15
2. EINE KURZE SKIZZE DER RAHMENBEDINGUNGEN	19
2.1 Die Auswirkungen des Wandels auf dem Arbeitsmarkt	20
2.1.1 Das ›Ende der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft?‹	20
2.1.2 Die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Frauen	26
2.2 Die Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels bzw. Wertewandels	29
2.2.1 Auswirkungen auf den Stellenwert der Erwerbsarbeit	30
2.2.2 Auswirkungen auf den Stellenwert von Familienarbeit	34
2.2.3 Auswirkungen auf den Stellenwert von ehrenamtlichem Engagement	36
2.3 Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Wandel?	39
2.3.1 Geschlechtsspezifische Ungleichverteilung von Arbeit in Haushalt und Familie	39
2.3.2 Geschlechtsspezifische Ungleichverteilung von ehrenamtlichem Engagement	36
2.4 Zusammenfassung	44
3. GRUNDLINIEN EINIGER KONZEPTE UND PRAXISBEISPIELE	49
3.1 Zur generellen Verortung der Konzepte und Modellversuche	49
3.2 Verschiedene Konzepte zum ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagement	57
3.2.1 ›Bürgerarbeit‹	57
3.2.1.1 Das Konzept von Beck	57
3.2.1.2 Umsetzungsprojekte von Bürgerarbeit in Sachsen und Bayern	68
3.2.2 Die ›Neue Arbeitsgesellschaft‹ bei Mutz	72
3.2.3 Das ›Mehrschichtenmodell produktiver Tätigkeiten‹ von Giarini und Liedtke	78

3.2.4	Die ›Tätigkeitsgesellschaft‹ der AWO-Württemberg	82
3.3	Modellprojekte zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements	87
3.3.1	Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg	87
3.3.2	›Aktion 55‹ in Sachsen	91
3.3.3	Freiwilligenzentren im Deutschen Caritasverband	93
4.	NEUE CHANCEN FÜR FRAUEN?	97
4.1	›Neuverteilung‹ gesellschaftlicher Arbeit – alter Wein in nicht ganz alten Schläuchen?	97
4.2	(K)ein ›Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft‹	100
4.2.1	Individuelle Wertschätzung der Lebensbereiche außerhalb der Erwerbsarbeit durch Frauen	101
4.2.2	Chancen und Risiken der individuellen Einkommenssicherung in einer neuen Tätigkeitsgesellschaft	104
4.3	Exklusion versus Inklusion – Welche Bedeutung kommt dem Ehrenamt (zukünftig) zu?	107
5.	FORSCHUNGSFRAGEN	111
6.	LITERATUR	117
SELBSTDARSTELLUNG DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG		135

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Registrierte Arbeitslosigkeit (Quote), Erwerbstätige und Arbeitsvolumen in Westdeutschland von 1960 bis 1999	22
Abbildung 2:	Entwicklung von registrierter Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve (in der IAB-Abgrenzung) in Westdeutschland von 1970 bis 1999 (Personen in 1.000)	24
Abbildung 3:	Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den alten Bundesländern zwischen 1976 (Index = 100) und 1997	28
Abbildung 4:	Angaben teilzeitbeschäftiger verheirateter Frauen über den wichtigsten Grund ihrer Berufstätigkeit 1995 (Angaben in %)	33
Abbildung 5:	Personen, die »jede Woche« oder »jeden Monat« ein Ehrenamt ausüben (Angaben in %)	38
Abbildung 6:	Personen, die seltener als »jede Woche« oder »jeden Monat« ein Ehrenamt ausüben (Angaben in %)	38
Abbildung 7:	Durchschnittlich aufgebrachte Stundenzahl für verschiedene Tätigkeiten an Werktagen nach Geschlecht (Angaben in Stunden)	42
Abbildung 8:	Personen, die 1997 »jede Woche« oder »jeden Monat« ein Ehrenamt ausübten, nach schulischer Bildung und Geschlecht (Angaben in %)	44
Abbildung 9:	Unentgeltliche karitative Tätigkeiten nach Schulbildung und Geschlecht in Deutschland 1995 (Angaben in %)	46
Abbildung 10:	Ehrenamtliches Engagement nach ausgewählten Bereichen in Deutschland 1995 (Angaben in %)	46
Abbildung 11:	Statements von in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ehrenamtlich Engagierten in Ost- und Westdeutschland 1999 auf die Frage: »Welche Erwartungen verbinden Sie mit dieser Tätigkeit? Wie wichtig ist Ihnen, dass ...«	59
Abbildung 12:	Bereitschaft zu verschiedenen Verhaltensweisen im Fall von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen in Deutschland und in der EU 1994 (Angaben in %)	60
Abbildung 13:	Unbezahlte soziale Aktivitäten nach Schulabschluss und Geschlecht in West- und Ostdeutschland 1995 (Angaben in %)	62

Abbildung 14: Erwerbsfähige Empfänger (18- bis 49jährige) von Sozialhilfe (HIU) im engeren Sinne nach dem höchsten Berufsausbildungsabschluss/ höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss in Deutschland am Jahresende 1997 (Angaben in %)	64
Abbildung 15: Präferierte Engagementbereiche von nicht ehrenamtlich engagierten, aber an der Aufnahme einer Tätigkeit interessierten Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)	65
Abbildung 16: Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch Staat und Öffentlichkeit aus der Sicht von ehrenamtlich Engagierten in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)	71
Abbildung 17: Ausgewählte Tätigkeiten, die in der freien Zeit von den Befragten ›jede Woche‹ oder ›jeden Monat‹ ausgeübt werden (Angaben in %)	73
Abbildung 18: Vorteile durch Volunteering in Deutschland und Europa 1994 (Angaben in %)	74
Abbildung 19: Ehrenamtlich (Hoch-)Engagierte, nicht ehrenamtlich engagierte Aktive und Inaktive nach Schulabschluss in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)	79
Abbildung 20: »Die zur Zeit wichtigsten Probleme im Wohnort/Stadtteil – Kinderbetreuung/Schule/Jugendeinrichtungen« – »Es können zur Lösung dieses Problems beitragen«	80
Abbildung 21: »Es wird behauptet, dass viele, die sich bürgerschaftlich engagieren, nicht nur anderen Menschen helfen oder dem Gemeinwohl dienen wollen, sondern auch eigene Interessen dabei verfolgen« – »Das halte ich für richtig«	81
Abbildung 22: Ehrenamtlich (Hoch-)Engagierte, nicht ehrenamtlich engagierte Aktive und Inaktive nach dem Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)	86
Abbildung 23: »Zur Lösung des Problems ›Arbeitslosigkeit‹ können beitragen ...« (Angaben in %)	90
Abbildung 24: Teilnehmer der ›Aktion 55‹ nach (Erwerbs-)Status und Geschlecht 1994 (Angaben in %)	93
Abbildung 25: Statements von ehrenamtlich Engagierten in Ost- und Westdeutschland 1999 auf die Frage, wo Verbesserungen in den Organisationen selbst erforderlich sind (Angaben in %)	94

Abbildung 26: Präferierte Bezeichnung für ehrenamtliches Engagement nach Ansicht von ehrenamtlich Aktiven in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)	98
Abbildung 27: Statements von ehrenamtlich engagierten Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland 1999 auf die Frage: »Welche Erwartungen verbinden Sie mit dieser Tätigkeit? Wie wichtig ist Ihnen, dass ...«	99
Abbildung 28: »Ist Ihr ehrenamtliches Engagement für Sie persönlich ein wichtiger Teil Ihres Lebens oder spielt das in Ihrem Leben keine wichtige Rolle? Würden Sie sagen, es ist für Sie ...« (Angaben in %)	100
Abbildung 29: Bereitschaft von nicht erwerbstätigen, nicht arbeitslos gemeldeten Frauen zu ehrenamtlichem Engagement in Abhängigkeit der Gründe für ihre Nichterwerbstätigkeit 1998 (Angaben in %)	101
Abbildung 30: Bereitschaft von Frauen aus der Stillen Reserve zum Ehrenamt statt einer bezahlten Tätigkeit 1998 (Angaben in %)	103
Abbildung 31: Anteil der west- und ostdeutschen Frauen, die mit der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland 1997 eher zufrieden waren (Angaben in %)	106
Abbildung 32: Ehrenamtlich (Hoch-)Engagierte, nicht ehrenamtlich engagierte Aktive und Inaktive nach sozialem Kontext bzw. (Arbeitsmarkt-)Integration in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)	109

Tabelle 1: Angaben zur Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche zwischen 1980 und 1998 in Deutschland (Mittelwerte einer Skala von 1 (= unwichtig) bis 7 (= sehr wichtig))	32
Tabelle 2: Einstellungen von Männern und Frauen zu den Aufgaben von Frauen in der Familie und bei der Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1982 und 1996 (jeweils die Antwort: ›Stimme voll und ganz zu‹)	35
Tabelle 3: Ehrenamtlich Engagierte nach Engagementbereich und weiteren ausgewählten Merkmalen in Ost- und Westdeutschland 1999	40
Tabelle 4: Übersicht über Strategien zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Ansätze jenseits von Markt und Staat	50

1. EINLEITUNG UND ZIELSETZUNG

1.1 ZUR AKTUALITÄT UND RELEVANZ DES THEMENZUSAMMENHANGS »EHRENAMT UND ARBEIT«

»Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft« (Deutscher Bundestag 1999, S. 1). Mit dieser Begründung wurde Ende 1999 die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« eingesetzt, die sich bei der Bestandsaufnahme des durchaus auf verschiedenen Ebenen heterogenen Gegenstandsbereichs vor allem auch der Frage des Verhältnisses zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit widmen soll.¹ Diese Verquickung von Tätigkeitsbereichen deutet bereits an, dass die Bundesregierung – nicht zuletzt infolge verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen – auf einen weiteren Bereich neben der Erwerbsarbeit bauen will, der soziale Integrationskraft in sich birgt: »Ohne Gemeinsinn und Bürgertugend ist jede Gesellschaft in ihrem Zusammenhalt gefährdet ... Erforderlich sind zeitgemäße Formen gesellschaftlichen Engagements, entwickelt aus der Initiative selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger, die eigenverantwortlich agieren, begleitet von sozialstaatlichem Handeln und ergänzend dazu. Diese Idee vom Zusammenhalt ist nicht neu ... Aber sie braucht in dieser Zeit raschen gesellschaftlichen Wandels zusätzliche Impulse und vor allem aktive Mitmacher« (Müntefering, Schmidt 1998, S. 1).

Mit diesem Anspruch, den die SPD-Bundestagsfraktion zunächst im Wahlkampf formulierte und den nun die neue Bundesregierung umzusetzen beabsichtigt, hebt sie sich zum einen deutlich von vergleichbaren Stellungnahmen der früheren liberal-kon-

1 Zur Zielsetzung sowie der begrifflichen Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs der Kommission werden folgende Präzisierungen genannt: »Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements (kurz: Bürgerschaftliches Engagement) in Deutschland zu erarbeiten« (Deutscher Bundestag 1999, S. 1). Damit wird deutlich, dass hier ehrenamtliches Engagement nicht als eine Art Ersatz für (zunehmend wegbrechende) Arbeitsplätze verstanden wird.

servativen Bundesregierung ab,² zum anderen spiegelt sich darin auch das gewandelte Verständnis von ehrenamtlichem Engagement wider.

So hat das Ehrenamt in den vergangenen Jahren sein ›verstaubtes Image‹ (vgl. Beck 1997) weithin verloren. Denn während zunächst vor allem das soziale Ehrenamt seit den 70er Jahren durch die Professionalisierung sozialer personenbezogener Dienstleistungen an Bedeutung einbüßte (vgl. Beher, Liebig, Rauschenbach 2000) – und nicht zuletzt gerade auch durch diesen Bereich die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich stieg –, belebt die seit Mitte der 80er Jahre geführte Diskussion um ›altes‹ und ›neues‹ Ehrenamt die Aufmerksamkeit für diesen gemeinwohlbezogenen Bereich. Dabei wurde mit der ›Entdeckung‹ der ›neuen Ehrenamtlichkeit‹ letztlich nur theoretisch zu fundieren begonnen, was in der Gesellschaft schon längst beobachtet wurde: Nicht mehr die selbstlose, uneigennützige Hilfe für andere ist vorwiegend das Motiv für Engagement, sondern das auf Reziprozität beruhende Prinzip des gleichzeitigen ›Gebens und Nehmens‹ bei zunehmenden zeitlichen und inhaltlichen Ansprüchen der Beteiligten gegenüber dem Engagementbereich (vgl. z. B. Jakob 1993, 1995; Kühlein 1998).

Allerdings haben in der Vergangenheit auch weitere theoretische und praktische Ansätze – nicht zuletzt beeinflusst durch ausländische Konzepte bzw. Untersuchungen wie ›New Work‹ (vgl. Bergmann 1997) oder die (Neu-)Entdeckung ›Sozialen Kapitals‹ durch Putnam (1999) bis hin zur Kommunitarismusdebatte (vgl. Etzioni 1997) – zu einer recht neuen Sichtweise ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements geführt (vgl. Hummel 1999; Mutz 1999).³ Darüber hinaus gab es seit Mitte der 90er Jahre auch eine Reihe von Kommissionen in Deutschland – wie die Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern oder diejenige der Friedrich-Ebert-Stiftung, oder aber Berichte, wie für den Club of Rome von Giarini und Liedtke –, die sich mit weitreichenden

2 So verwies diese 1997 in ihrer Antwort auf eine Anfrage zur Situation erwerbsloser Frauen zwischen dem 45. Lebensjahr und dem Rentenalter in Ostdeutschland die vielen von der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit Betroffenen auf die Alternativen des Ehrenamts und der Freizeitgestaltung, die ihnen über den Verlust ihrer Arbeitsplätze hinweghelfen könnten:

›Neben der Erwerbstätigkeit gewährleistet eine Vielzahl von Möglichkeiten die weitere Anwendung von Wissen und Können, das Aufrechterhalten und Anreichern vorhandener Fähigkeiten. Die in den neuen Bundesländern entstandenen und sich weiterentwickelnden Strukturen eines pluralistischen Spektrums von Vereinen und Verbänden sowie die Bildung, Kultur und Kunst bilden hierfür den Rahmen‹ (Deutscher Bundestag 1997, S. 13). Somit hätte nach Ansicht der alten Bundesregierung durchaus die Möglichkeit bestanden, angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit den Ausgesteuerten des Arbeitsmarktes – statt den (Wieder-)Eintritt zu ermöglichen – eine sinnvolle (Ersatz-)Tätigkeit zu geben.

3 Dabei sind die aktuellen Debatten zu diesem Themenfeld außerordentlich unübersichtlich. Dies liegt z.T. daran, dass nur wenige einschlägig arbeitende Wissenschaftler (vgl. z. B. Gorz 1989; Gorz, Glotz 1997; Gorz 2000; Etzioni 1975; Etzioni 1997) relativ kontinuierliche Linien in dieser Diskussion führen. Die Facetten in den einzelnen Diskussionssträngen sind häufig nur noch schwer trennbar, so dass Begrifflichkeiten verschwimmen (vgl. Stiftung Bürger für Bürger 1999) – nicht zuletzt auch als Folge fehlender theoretischer Durchdringung des Gegenstandes in einer zu wenig interdisziplinär erfolgenden Auseinandersetzung (vgl. Kistler, Priller, Sing 2000).

den Entwürfen zur Lösung vielfältiger gesellschaftlicher Probleme auseinandersetzen. Diesen unterschiedlichen Konzeptionen und z.T. gesellschaftlichen Modellvorhaben ist dabei gemein, dass sie die gesellschaftlichen Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen z. B. einer zunehmenden Formenvielfalt familialen Zusammenlebens sowie von Lebensstilen insgesamt zu berücksichtigen versuchen. Manche weisen sogar Tätigkeiten außerhalb des Arbeitsmarktes, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Erosionserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt – sei es aufgrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, sei es aufgrund der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse –, einen der Erwerbsarbeit gleichwertigen Status zu.⁴ Freiwilliges ehrenamtliches Engagement, aber auch gesellschaftlich aufgewertete Phasen der Eigenarbeit bis hin zu den spezifischen familialen Leistungen (vgl. z. B. Mutz 1999; Giarini, Liedtke 1998), deren gesellschaftliche Anerkennung von der Frauenforschung schon seit Jahrzehnten gefordert wird (vgl. z. B. Stoltz-Willig 1999), sollen dabei den Gesellschaftsmitgliedern soziale Integration vermitteln, ja sogar in manchen Fällen sozialpolitische Ansprüche begründen können (vgl. z. B. Giarini, Liedtke 1998; AWO 1998).

Ohne an dieser Stelle schon auf die einzelnen Ansätze eingehen zu wollen, sei bereits hier festgestellt, dass bei diesen Konzepten und Modellprojekten allerdings insofern bedeutende Unterschiede bestehen, als in den einen freiwilliges Engagement z.B. in Form von ›Bürgerarbeit‹ (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997; Beck 1997) durchaus zum *Ersatz* für wegbrechende Erwerbsarbeitsverhältnisse werden soll bzw. kann,⁵ in anderen aber gerade der ergänzende, komplementäre Charakter, d.h. die Erweiterung der sozial integrativen Funktion der Erwerbsarbeit um weitere (eigenständige und nicht konkurrierende) Lebensbereiche betont wird. Während

4 Diese Stoßrichtung der gängigen Diskussionen um das »Ende der Arbeitsgesellschaft« kritisiert vor allem die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: »Die Erwerbsarbeit verliert nicht, sondern sie gewinnt an Bedeutung – nicht nur, weil davon für die meisten der Lebensunterhalt abhängt, sondern auch deshalb, weil unter modernen Bedingungen die Bezahlung als Ausdruck der gesellschaftlichen Wertschätzung geleisteter Arbeit interpretiert wird. Empirisch jedenfalls finden die Lobreden auf die Freuden der Eigenarbeit und der ehrenamtlichen Arbeit viel mehr Gehör bei den Beschäftigten als bei den Arbeitslosen, die sich ausgegrenzt finden, weil sie keiner gesellschaftlich anerkannten und angemessenen bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen können« (Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998, S. 231). Auch wenn die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung diesen Punkt berechtigerweise herausstellt, so bleibt sie bei ihren eigenen diesbezüglichen Überlegungen jedoch sehr ungenau, so dass eine theoretische Verortung dieses ›Konzepts‹ hier nicht erfolgt: »Ein besserer Verteilungsschlüssel für verschiedene Formen gesellschaftlicher Arbeit als jener, der jetzt für Männer und Frauen, für Erwerbstätige und Arbeitslose gilt, sollte gefunden und verwendet werden« (ebenda, S. 229).

5 Zwar wird auch in dem Konzept Bürgerarbeit der ergänzende Charakter von ehrenamtlichem Engagement zur Erwerbsarbeit herausgestellt und vor allem die Zielsetzung der Stärkung der Demokratie betont (vgl. dazu zusammenfassend z. B. Beck 1997, S. 7), die Konstruktion des Konzepts Bürgerarbeit enthält darüber hinaus jedoch vor allem im Bericht der Zukunftskommission Bayern und Sachsen zahlreiche Elemente (zu späteren, weiterentwickelten Varianten der Bürgerarbeit vgl. z. B. Beck 1999, Beck 2000), die vermuten lassen, dass es sich hierbei gleichzeitig um ein Substitut für Erwerbsarbeit handeln könnte: »Bürgerarbeit ist sozusagen eine dosierte Entzugstherapie für die arbeitsdrogenabhängige Gesellschaft« (Beck 1997, S. 7).

auch die zweite Art von Konzepten finanzielle Anerkennung für gemeinwohlorientierte Tätigkeiten prinzipiell nicht ausschließt, so liegt der wesentliche Unterschied in der (auch terminologischen) Trennung des Bereichs der (Erwerbs-)Arbeit von eben anderen Tätigkeitsbereichen, denen eine andere Bedeutung, wie z. B. die einer neuen Form der gesellschaftlichen Partizipation (vgl. z. B. Mutz 1997, 1999) oder aber der Aktivierung der Bürgerschaft (vgl. z. B. Keupp 1997) und damit der ›gelebten‹ Demokratie (vgl. Hummel 1999) zukommt.

Diese Konzepte und Modellinitiativen, die sich einerseits zum guten Teil in die Diskussion um das ›Ende der Arbeit‹ bzw. dem ›Ende der Vollbeschäftigung‹ einreihen lassen, andererseits aber auch teilweise den ›Umbau des Sozialstaates‹ thematisieren,⁶ sehen in der Regel eine Verringerung der (Lebens-)Arbeitszeit in Kombination mit anderen Tätigkeiten wie ehrenamtliches Engagement zur Lösung der auf lange Sicht als desolat prognostizierten Arbeitsmarktsituation vor. So bedarf es, wenn auch generell die Stärkung und Aufwertung des Ehrenamts (aber ebenso der Familienarbeit) zu begrüßen ist, doch der kritischen Prüfung, ob die meist soziale Integration versprechenden ›Lösungskonzepte‹ bzw. Modelle nicht doch gewisse – vor allem geschlechtspezifische – Diskriminierungs- bzw. Exklusionsmechanismen reproduzieren. Vor allem in einer Zeit, in der partielle Erfolge im Hinblick auf die arbeitsmarktpolitische Gleichstellung der Frauen unbestreitbar sind – insbesondere hinsichtlich der bildungsseitigen Voraussetzungen und einer insgesamt doch beachtlichen Steigerung der Erwerbsquoten seit den 60er Jahren (vgl. z. B. BMA 1997, S. 65) –, könnte nämlich die Gefahr auftreten, dass die Frauenerwerbstätigkeit, bevor sie noch das gleiche quantitative und qualifikatorische Erwerbsniveau der Männer erreicht, durch die gegenwärtigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erneut in eine ›Sackgasse‹ gerät (vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.1.2). Folglich ergibt sich die Notwendigkeit – je ernsthafter diese neuen gesellschaftlichen Leitbilder einer ›Tätigkeitsgesellschaft‹ diskutiert werden –, die Motive und Potentiale für unentgeltliche Tätigkeiten zu untersuchen: Es ist zu erforschen, inwieweit solches zivilgesellschaftliches Engagement eine für die Individuen, aber auch die Gesellschaft sinnvolle Alternative (bzw. Ergänzung) zur bezahlten (Erwerbs-)Arbeit sein kann. Denn es ist möglich, dass die expliziten bzw. impliziten Annahmen in den Konzepten über mögliche Motive bzw. Hemmnisse, über die Anreiz-

6 Der scheinbare Gleichklang in der dahinterstehenden Diagnose einer Nichtwiederherstellbarkeit von Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne zwischen an sich so gegensätzlichen Positionen, wie denen von Andre Gorz (1989, 2000) und Meinhard Miegel (1998), ist dabei ebenso empirisch und theoretisch – mit Blick auf die zugrundeliegenden Leitbilder – kritisch zu hinterfragen, wie die scheinbare Identität der Diagnose von zu wenig Gemeinsinn und Solidarität in der Gesellschaft in den Positionen etwa von Friedhelm Hengsbach (1996) und Ulrich Beck (1997).

systeme (z. B. Ehrungen) und anvisierten Zielgruppen (z. B. Arbeitslose, Frauen) fern jeder Realität liegen und eben die altbekannten Ausschlussmechanismen des Arbeitsmarktes – z. B. in Form der Stillen Reserve, unfreiwilliger Teilzeitarbeit aufgrund von Ver einbarkeitsproblemen von Familie und Beruf oder geringerer Karriere- und Einkommenschancen (vgl. Sing 1998) – gerade wieder vor allem für die (sozial schwächeren) Frauen reproduzieren.

1.2 ZIELSETZUNG DER VORSTUDIE

Die Hans-Böckler-Stiftung hat mit Schreiben vom 08. Oktober 1998 der Durchführung eines Pilotprojektes zum Thema »Frauen zwischen Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Familienarbeit« (Projekt-Nr. 98-065-3) zugestimmt. Der hiermit vorgelegte Bericht zu diesem Pilotprojekt soll laut Bewilligungsbescheid »... zum einen wissenschaftlich gestützte Argumentationshilfen für die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten um eine Stärkung ehrenamtlicher Bürgerarbeit geben. Zum anderen soll er pointiert im Sinne einer wissenschaftlichen Literatur- und Forschungsanalyse weiterführende Forschungsfragestellungen zu dieser Thematik ausweisen«.

Denn die Lösungskonzepte und Modellversuche/Praxisbeispiele unterschiedlichster Provenienz ähneln sich auf den ersten Blick, indem z. B. konzeptionelle Überlegungen zu einer Stärkung von Ehrenamt, zivilgesellschaftlichem Engagement, Bürgerarbeit etc. einen (neuen) Stellenwert gewinnen, auf den zweiten aber beinhalten sie völlig unterschiedliche Konsequenzen sowohl für die Gesellschaft als auch für die einzelnen Individuen. Dies macht es erforderlich, diese Ansätze analytisch zu kategorisieren und – soweit möglich – mit den realen, d.h. empirischen Gegebenheiten zu kontrastieren.

Angesichts dieser Aufgabenstellung muss – um jeglichen Missverständnissen vorzubeugen – hier vorab in einem bestimmten Punkt eine normative Positionsbestimmung und Klarstellung erfolgen: Das Projekt richtet sich *nicht* gegen das Ehrenamt und das freiwillige soziale Tätigwerden. Es geht hier auch *an sich* nicht um oder gar gegen Konzepte, wie sie unter Schlagworten wie ›Bürgerarbeit‹, ›Tätigkeitsgesellschaft‹ usw. diskutiert werden: »Alle diese Dinge sind wichtig, und wir sind normativ wie von unseren theoretischen Überlegungen her der tiefen Überzeugung, dass in dieser Richtung mehr geschehen, gefördert und ausprobiert werden muss« (Kistler, Schäfer-Walkmann 1999a, S. 22). Gerade weil damit aber eine Steigerung gesellschaftlicher ›Wohlfahrt‹ verbunden ist und durch die Umsetzung entsprechender Ansätze und Ideen vielleicht noch mehr an Gemeinwohl erreicht werden könnte, ist bei allen Versuchen dieser Art auf überzo-

gene Erwartungen – das bedeutet letztlich eine Überforderung des Ehrenamtes⁷ – dringend hinzuweisen. Zu derartigen potentiellen Überforderungen würde es u.E. besonders gehören, wenn die mit solchen Vorschlägen des zivilgesellschaftlichen Engagements verbundenen Hoffnungen und Zielsetzungen für bestimmte soziale Gruppen einfach von ihren Voraussetzungen her nicht adäquat, nicht realisierbar wären, ja sogar neue Ausschlusstendenzen befürchtet werden müssen. So faszinierend und in ihren Zielsetzungen an sich rundum positiv die Konzepte einer Förderung des Ehrenamtes sind, bedürfen sie nicht nur einer genauen Analyse hinsichtlich ihrer (potentiellen) Wirkungen, sondern auch ihrer ›Passgenauigkeit‹ für diejenigen Gruppen und Probleme, für die sie als ›Lösungskonzepte‹ (vgl. z. B. Beck 1997) oder aber als ›Optionen‹ (vgl. Schmid 1997) vorgeschlagen werden; ansonsten könnte im Falle des Misserfolges das Konzept selbst – in diesem Fall das Ehrenamt – in Misskredit geraten, bzw. es bestünde die Gefahr, dass denjenigen sozialen Gruppen, für die sie mehr oder weniger explizit konzipiert wurden, aber nicht ›passen‹, unter Umständen die Verantwortung am Fehlenschlagen entsprechender Implementationsversuche zugewiesen wird.

Die Ausgangshypothese lautet – zugespitzt formuliert – daher wie folgt:

Obwohl nicht explizit auf die Frauen abzielend, ist die Ausgestaltung einzelner Konzepte im Bereich neuer ›Tätigkeitsgesellschaften‹ – angesichts gegenwärtig und auch zukünftig fehlender Erwerbsarbeitsplätze – in der Tendenz den Möglichkeiten und Interessen von Frauen zuwiderlaufend und dies insbesondere im Hinblick auf diejenigen Frauen aus sozial schwächeren Gruppen.

Dabei werden unter dem Begriff der ›Möglichkeiten‹ die subjektiven und objektiven Voraussetzungen von Individuen verstanden, wie sie bisher die Beteiligung am ehrenamtlichen Engagement beeinflusst haben. So zeigen Ergebnisse der Ehrenamtsforschung – insbesondere bezogen auf das traditionelle Ehrenamt –, dass schicht- bzw. geschlechtsspezifische Unterschiede sowohl nach Engagementbereich als auch nach Umfang des Engagements bestehen. Dagegen wird in einigen Konzepten und Ansätzen von einer ›Entgrenzung‹ des Engagements über ›Schicht und Milieu hinaus‹ ausge-

7 So muss auch nach Dekker »vor einer Überstrapazierung der zivilgesellschaftlichen Relevanz von freiwilliger Arbeit gewarnt werden. Es gibt mehr Engagement als nur freiwillige Arbeit, es gibt mehr soziale Interaktion als die engagierte, es gibt mehr relevante Merkmale als die Partizipation, und der zivilgesellschaftliche Zusammenhalt ist sowieso nicht direkt auf das Verhalten von Individuen zurückzuführen« (Dekker 1999, S. 188). Auf der anderen Seite betont dieser aber auch: »Wenn jedoch die freiwillige Arbeit zentral stehen soll (wie es ja geradezu in allen Konzepten und Modellversuchen geschieht, d.Verf.), dann sollte man schon die zivilgesellschaftliche Fragestellung – bzw. die noch ziemlich diffusen zivilgesellschaftlichen Sorgen und Interessen – im Auge behalten« (ebenda, S. 188).

gangen (vgl. z. B. Heinze 1999, Beck 1997),⁸ indem man sich vor allem auf das ›neue‹ Ehrenamt beruft, das die ›biographische Passung‹, den Wunsch nach selbstbestimmtem Handeln etc. als wesentliche Motivationsgrundlage für ehrenamtliches Engagement identifiziert. Obwohl für diese Veränderungen vor allem quantitative Ergebnisse noch spärlich sind, besteht die Frage, inwieweit diese Befunde bei der Konzeptionalisierung berücksichtigt werden.

Der Begriff der ›Interessen‹ der Frauen beinhaltet den Aspekt, veränderte Einstellungen im Sinne z. B. einer wachsenden Erwerbsneigung von Frauen zu Lasten der Familienorientierung (Indikatoren wären hier z. B. die sinkenden Fertilitätsraten etc.) – aber auch die Rückwirkung auf das freiwillige Engagement – zu berücksichtigen. So belegen Forschungsergebnisse beispielsweise, dass die Beteiligung am ehrenamtlichen Engagement eng mit der Arbeitsmarktintegration bzw. der Erwerbsbeteiligung verbunden ist (vgl. z. B. Heinze, Keupp 1998). Die Frage ist daher, inwieweit die Konzepte von einer (notwendigerweise) gleichzeitigen Integration – und damit gerade nicht von einem Ersatzarbeitsmarkt – ausgehen, d.h. die Integration in den Arbeitsmarkt fokussieren, um dadurch indirekt eine Erhöhung des Engagements zu erreichen.

Um die Konzepte vor dem Hintergrund der hier relevanten Fragestellung analysieren zu können, ist somit zu klären, inwieweit sie auf theoretische sowie empirische Befunde der Ehrenamtsforschung zurückgreifen. Welche Voraussetzungen werden berücksichtigt, aber auch welche (realistischen) Annahmen werden getroffen, so dass man von theoretisch-empirisch fundierten Konzepten sprechen könnte. Denn bisher besteht u.E. nach wie vor bei den Konzepten und Maßnahmen einer Stärkung des zivilgesellschaftlichen Sektors und des Ehrenamts die Gefahr der traditionellen Ausrichtung auf »Den Frauen die Ehre (und die Arbeit) – Den Männern das Amt« (vgl. Junker 1997) in mehrfacher Hinsicht, die durch zusätzliche Diskriminierungsmechanismen und sozialpolitische Fehlentwicklungen ergänzt und verschärft werden. Sollten nämlich sinnstiftende, weniger belastende, qualifizierende und eventuell in den ersten Arbeitsmarkt zurückführende Tätigkeiten dort geschlechts- und noch dazu schichtenspezifisch verteilt, andererseits die leitenden Funktionen und Ämter im sogenannten Dritten Sektor oder auch lukrative Eigenarbeit (und sei es bis hin zur Schwarzarbeit) eher eine Domäne von Männern (bzw. wenn bei Frauen, dann solchen aus höheren sozialen Gruppen) sein, so würde sich die neue Hinwendung zur Ehrenamtlichkeit oder zu einer ›Tätigkeitsgesellschaft‹ als sozial- und speziell frauenpolitische Falle erweisen.

8 »Wichtiger als die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu ist die Koppelung der freiwilligen Tätigkeiten an eigene Erfahrungen und Fähigkeiten. Dadurch wächst zugleich auch das Potential von Freiwilligen an, weil ›neue Ehrenamtlichkeit‹ deutlich über das traditionelle Milieu und über die Mitgliedschaftsgrenzen von Sozialverbänden hinausgeht« (Heinze 1999, S. 323).

Der vorliegende Bericht stellt im zweiten Kapitel zunächst einige empirische Befunde zu den arbeitsmarktpolitischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor, wie sie bisher die Orientierungen und das Verhalten von vor allem Frauen in den Bereichen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt beeinflusst haben. Letztlich zeigt jedoch insbesondere die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, dass trotz gewisser Annäherungen in den weiblichen und männlichen Biographien die ›traditionellen‹ Ungleichheiten bzw. Disparitäten – sei es bei der intrafamilialen Arbeitsteilung, sei es beim ehrenamtlichen Engagement – nach wie vor deutlich existieren. Dabei können nur einige Grundlinien skizziert werden, bei denen angesichts der Problematik und Lücken der gesellschaftlichen Berichterstattung zum Thema Arbeit immer die begrenzte Aussagefähigkeit solcher einzelner Indikatoren bedacht werden muss (vgl. z. B. Kistler u. a. 1998).

Kapitel drei behandelt prominente Vorschläge und Praxisbeispiele zu diesem Thema. Dazu wird eine auf einem Raster basierende Analyse erstellt, die herausarbeiten bzw. untersuchen soll, inwiefern die ausgewählten Konzepte und Modellvorschläge bzw. -initiativen auf eine breite theoretische und auch empirische Datengrundlage zurückgreifen. Fokus der Analysen ist dabei jeweils die Herausstellung der frauenspezifischen Besonderheiten sowie die subjektiven und objektiven Voraussetzungen seitens der betroffenen Frauen – speziell der Frauen in schwächeren sozialen Lagen – bzw. der geltenden Beschränkungen in den Handlungsressourcen, die für eine ›Passung‹ dieser Konzepte mit der sozialen Realität nötig sind.

Während im dritten Kapitel empirische Belege nur soweit angeführt werden, um den Realitätsbezug der jeweiligen Annahmen und Intentionen der ausgewählten Konzepte und Modellinitiativen in einem ersten Ansatz zu überprüfen, erfolgt im vierten Kapitel eine kurze diskursive Zusammenfassung zu den Konzepten und Modellprojekten. Dabei soll anhand der zusätzlichen quantitativen Befunde gerade für die Ansätze mit ›substitutivem Anspruch‹ gezeigt werden, inwiefern die verschiedenen Funktionen von Erwerbsarbeit (vgl. dazu Senghaas-Knobloch 1999) durch Bürgerarbeit, ehrenamtliches Engagement etc. tatsächlich ersetzt werden könnten.

Allerdings verdeutlicht letztlich die Komplexität der Zusammenhänge, dass es – nicht nur wegen fehlender Daten für Einzelbereiche, geschweige denn für die Gesamtheit der Probleme – keine einfachen Lösungen geben kann. Für vertiefende Analysen der wesentlichsten Tendenzen in der Diskussion um die ›Zukunft der Arbeit‹ – und damit ist nicht nur die Erwerbsarbeit gemeint – besteht somit auch zukünftig die Notwendigkeit, vor allem die quantitativen, aber auch qualitativen empirischen Lücken zu schließen. Im fünften Kapitel werden daher eine Reihe weiterführender Forschungsfragen und empirischer Forschungsbedarf formuliert.

2. EINE KURZE SKIZZE DER RAHMENBEDINGUNGEN

Nach dem Ende einer langen Phase wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Prosperität prägt seit Mitte der 70er Jahre eine Beschäftigungskrise mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit den deutschen Arbeitsmarkt. Zudem findet spätestens seit Anfang der 80er Jahre – parallel zu den immer mehr durch Diskontinuität geprägten Erwerbsbiographien (vgl. z. B. Mutz 1995) – auch eine Verdrängung von Normalarbeitsverhältnissen in Richtung zunehmend »ungeschützter« Formen der Beschäftigung (z. B. geringfügige Beschäftigung, Scheinselbständigkeit, Leiharbeit, befristete Verträge, Teilzeitarbeit etc.) statt (vgl. dazu z. B. Mückenberger 1985; Hoffmann, Walwei 1998; Bartelheimer 1998). In den Sozialwissenschaften konstatierte man ebenfalls diese Veränderungen und trug ihnen neben den anderen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen in Ansätzen wie der Individualisierungs-, Differenzierungs- oder aber Pluralisierungsthese (vgl. z. B. Berger, Hradil 1990; Berger 1996) Rechnung⁹, was sich nicht zuletzt auch z. B. in der Einschätzung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie oder aber den theoretischen Grundlagen hinsichtlich z. B. der Motivationsänderungen für ehrenamtliches Engagement wiederfindet.

Zur Verortung der gegenwärtigen Diskussion um das ›Ende der (Erwerbs-)Arbeit‹ und die entsprechenden Zukunftskonzepte soll daher in diesem Kapitel zunächst aufgezeigt werden, dass es sich bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation wohl nicht um eine vorübergehende Beschäftigungskrise handelt, sondern dass sogar vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Zukunft mit einem erheblichen Defizit an Arbeitsplätzen gerechnet werden muss. Daran schließt sich aufgrund einschlägiger Argumentationen, die eine Abnahme der Erwerbsorientierungen in der Gesellschaft diagnostizieren (vgl. z. B. Kommission für Zukunftsfragen 1997a, S. 52 f.) und deswegen von einer Entschärfung des Problems der Unterbeschäftigung ausgehen, die Diskussion um Einstellungen generell gegenüber den hier relevanten Tätigkeitsbereichen sowie insbesondere um die (vor allem weibliche) Erwerbsneigung an. Auch wenn diesbezüglich gezeigt werden kann, dass Erwerbsarbeit in der Vergangenheit z. B. durch den Bereich Freizeit (vgl. dazu Kistler, Hilpert, Sing 1998) keineswegs nachhaltig an Bedeutung verlor, so weist gerade die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – sei es

⁹ Zur kritischen Beurteilung der Diagnose- und Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften sowie ihrer dazu verwendeten »Kompaktbegriffe« (z. B. »Postmoderne«, »Zweite Moderne« etc.) vgl. Schwinn 1999.

bezogen auf die Erwerbs-, Familienarbeit oder das Ehrenamt – darauf hin, dass ganz unabhängig von den Wünschen und Einstellungen der Individuen weitere – auch außerhalb des Arbeitsmarktes liegende – Hindernisse bestehen, die z. B. in Form ungleich verteilter materieller und immaterieller Ressourcen oder ungünstiger Rahmenbedingungen geschlechts- und schichtspezifische Unterschiede in der Beteiligung an den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen begründen.

2.1 DIE AUSWIRKUNGEN DES WANDELS AUF DEM ARBEITSMARKT

Die folgenden Ausführungen zu den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erheben nicht den Anspruch, die vielfältigen ›quantitativen und qualitativen‹ (Erosions-) Tendenzen¹⁰ in den Beschäftigungsverhältnissen vollständig aufzuzeigen. Vielmehr soll hier auf die Veränderung des Arbeitsvolumens in der Gesellschaft und vor allem der Erwerbsbeteiligung der Frauen eingegangen werden.

2.1.1 Das ›Ende der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft‹?

Ohne in diesem Bericht die grundsätzliche Debatte über das ›Ende der Erwerbsarbeit‹ führen zu können, muss zunächst darauf hingewiesen werden, wie sehr diese in den letzten Jahren wieder aufgelebte Diskussion in mehrfacher und widersprüchlicher Hinsicht mit der Frage der Frauenerwerbstätigkeit und ihren Problemen verbunden ist. Denn sieht man von der politischen Ebene dieser Debatte ab¹¹, so ist zunächst die zumindest in den meisten europäischen Ländern anhaltend hohe Arbeitslosigkeit – bei einer gleichzeitig erkennbaren Geschlechtsspezifität – zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die in den offiziellen Statistiken aufscheinende registrierte Arbeitslosigkeit in hohem Maß von den statistischen Erfassungskon-

- 10 Was in der Arbeitswelt z. B. unter dem Schlagwort der Entgrenzung von Arbeit diskutiert wird (vgl. Kratzer, Döhl, Sauer 1998, S. 119 ff.), spiegelt sich in einer Vermischung von Freizeit, Arbeit und Leben, für die die traditionelle Verweis auf moderne Arbeitsformen wie Telearbeit nur die Spitze des Eisbergs und Ausdruck eines bestimmten Leitbildes sind, die jedoch angesichts der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in viel breiterer Form unter dem Diktat der Flexibilität dazu führt, dass nicht nur die Ränder der Arbeit ausfransen (vgl. ausdrücklich Bartelheimer 1998, S. 179), sondern auch private Konstanten und Gewissheiten des Lebens – nicht nur für Minderheiten – immer mehr in Frage gestellt werden (vgl. Sennett 1998).
- 11 Diese läuft im Wesentlichen auf die Frage hinaus, ob es staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt möglich ist, im Sinne der Garantie eines ›hohen Beschäftigungsstandes‹ (vgl. § 1 Stabilitätsgesetz) bzw. von Vollbeschäftigung ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot – mit gesellschaftlich akzeptablen Arbeitsbedingungen und –entgelt – für alle Erwerbsfähigen und –willigen durch geeignete Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

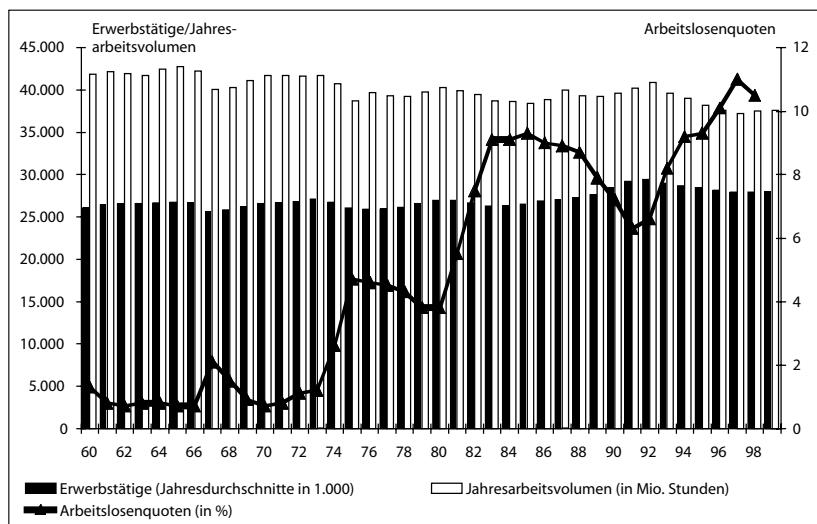
zepten abhängt und in allen Ländern nur die Spitze des Eisbergs von tatsächlicher Unterbeschäftigung im Sinne von ›Labour-market-slack‹, Stillen Reserven und anderer versteckter Arbeitslosigkeit darstellt (vgl. z.B. ILO 1995, S. 11 ff.; Schupp u.a. 1998; Schröder 1999), wobei auch diese ›Verzerrungen‹ je nach Geschlecht unterschiedlich ins Gewicht fallen.

Abbildung 1 zeigt zunächst in komprimierter Form drei einschlägige Zeitreihen für die Bundesrepublik Deutschland. Aus der Darstellung wird ersichtlich, dass die registrierte Arbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten in einem von konjunkturellen Zyklen geprägten stufenweisen Aufbauprozess auf das gegenwärtige Niveau einer Arbeitslosenquote von gut 10 % in den alten Ländern bzw. gesamtdeutsch von rund 4 Mio. registrierten Arbeitslosen zugenommen hat. Grob gesprochen kann man von einer Zunahme von jeweils ca. 1 Mio. registrierter Arbeitsloser pro größerer wirtschaftlicher Rückschlagsphase sprechen, was nicht nur Anlass für Pessimismus hinsichtlich der nächsten Krise ist, sondern auch ein deutlicher Hinweis darauf, dass diese Zahlen inzwischen nicht mehr nur mit konjunkturellen Erklärungen, sondern nur noch im Sinne struktureller Arbeitslosigkeit gedeutet werden können. Gleichzeitig mit dieser Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit hat sich jedoch auch die Zahl der Beschäftigten – hier erfasst anhand der Zahl der erwerbstätigen Personen – über die Jahre hinweg erhöht. Das tatsächlich geleistete Arbeitsvolumen im Sinne der registrierten Jahresarbeitsstunden aller Erwerbstätigen ist jedoch gleichzeitig nicht linear, aber doch deutlich, gefallen. Die dargestellten Zahlen in der Abbildung beziehen sich hier nur auf die alten Bundesländer – eine Einbeziehung der neuen Bundesländer ist aufgrund ihrer Sondersituation in diese langen Zeitreihen nicht sinnvoll, würde in der Tendenz jedoch die zugrundeliegende Aussage nur noch verstärken. Die hinter diesen drei Trends stehenden Entwicklungen einer deutlich gestiegenen Arbeitsproduktivität, der Arbeitszeitverkürzungen und eines gewachsenen Erwerbspersonenpotentials bilden die Grundlage des mit dem Schlagwort vom ›Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft‹ umschriebenen Szenarios, das, projiziert man diese Entwicklungslinien in die Zukunft fort, unbestreitbar eine Problemverschärfung in einem Ausmaß beinhaltet, dem wohl mit einzelnen ›normalen‹ beschäftigungspolitischen Maßnahmen nur mehr begrenzt beizukommen ist, und das damit auch grundlegende Fragen nach dem mit einem solchen Maß an Unterbeschäftigung verbundenen – bzw. dafür erforderlichen – grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel beinhaltet.

Entsprechende Diskussionen wurden bereits früher geführt,¹² allerdings auf einem geringeren Niveau an registrierter Arbeitslosigkeit und angesichts von noch nicht so

12 Vgl. z.B. Arendt 1981, 1992 oder auch Matthes 1983.

Abbildung 1:
Registrierte Arbeitslosigkeit (Quote), Erwerbstätige und Arbeitsvolumen in Westdeutschland von 1960 bis 1999



* Bei den Erwerbstägen und beim Jahresarbeitsvolumen 1999 handelt es sich um Prognosewerte der mittleren Variante (Variante II) des IAB.

Quelle: Eigene Darstellung nach Autorengemeinschaft, versch. Jahre

weit fortgeschrittenen Prozessen der Rationalisierung. Verschärfend gegenüber den damaligen Phasen der intensiven Diskussion um das ‚Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft‘ kommt heute ein gewachsenes Bewusstsein bei den Diskutanten – und auch in der breiten Öffentlichkeit – hinzu, dass traditionell die in diesen Auseinandersetzungen angeführten Argumente für Auswege aus diesem Dilemma wohl nicht so gesichert sind, als lange Zeit unterstellt wurde.

Stark vereinfacht und ohne Anspruch auf Vollständigkeit kann man die geschwundene Hoffnung in die Problemlösungskapazität einiger potentieller Auswege wie folgt beschreiben: Das über lange Zeit hinweg probate Mittel des Auffangens der steigenden Arbeitsproduktivität, eine weitere kollektive Arbeitszeitverkürzung, scheint zumindest kurzfristig nicht durchsetzbar zu sein. Unter Verweis auf die Kostenbelastung für die Unternehmen sind Schritte in diese Richtung gegenwärtig nur schwer implementierbar – die Arbeitgeber weisen explizit darauf hin, dass sie mit allen Mitteln vermeiden wollen, in eine Situation zu kommen, in der im Eventualfall einer Reduzie-

rung des Angebotsüberschusses am Arbeitsmarkt sich ihre Verhandlungsposition wieder schlechter darstellen würde als heute (vgl. Nicaise 1996, S. 19).¹³ Hinter derartigen Überlegungen auf Arbeitgeberseite steckt dabei immer noch die weit verbreitete Vorstellung, dass sich aufgrund des demographischen Wandels bereits mittelfristig – im Sinne einer nachhaltigen Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit – die Situation auf dem Arbeitsmarkt umkehren würde und einer an Dramatik zunehmenden Überalterung der Belegschaften sogar ein Arbeitskräfteangel auf breiter Front folgen würde (vgl. z.B. Bullinger u. a. 1993; Lehr 1997; Deutscher Bundestag 1994). Diese Vorstellungen entsprechen jedoch nicht neueren Forschungsergebnissen (vgl. dazu Pack u. a. 1999). So kommt beispielsweise Prognos für den Verband der Deutschen Rentenversicherer zu dem Ergebnis, dass in der Szenarienbandbreite ihrer Prognosen bis 2040 die Arbeitslosenquote sich ab dem Jahr 2030 bestenfalls um die 5 %, im Falle schlechterer Annahmen sogar bei über 10 % einstellen dürfte (vgl. Eckerle, Oczipka 1998). Auch die Enquete-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages sieht inzwischen eher eine mittel- bis langfristig anhaltende Massenarbeitslosigkeit als wahrscheinlicher an als noch in ihrem ersten Zwischenbericht (vgl. Deutscher Bundestag 1998). Darüber hinaus wird auch bei Berücksichtigung neuester Prognosegrundlagen vorhergesagt (vgl. z. B. Rössel, Schaefer, Wahse 1999), dass zwar eine gewisse – und in Teilen durchaus nicht unproblematische – Alterung der Belegschaften stattfinden wird, ansonsten aber die Alterungsprobleme eher durch eine Externalisierung älterer Arbeitnehmer gelöst werden, als dass gar eine Arbeitskräfteknappheit vorhergesagt werden könnte. Eine ›automatische‹ Problemlösung durch eine demographische Entlastung des Arbeitsmarktes ist inzwischen trotz der gegenwärtigen und im Sinne eines Echoeffektes auch im mittelfristigen Abstand vorhergesagten Rückgänge im Erwerbspersonenpotential (vgl. z. B. Fuchs, Thon 1999) in Fachkreisen allenfalls noch eine Minderheitenposition.

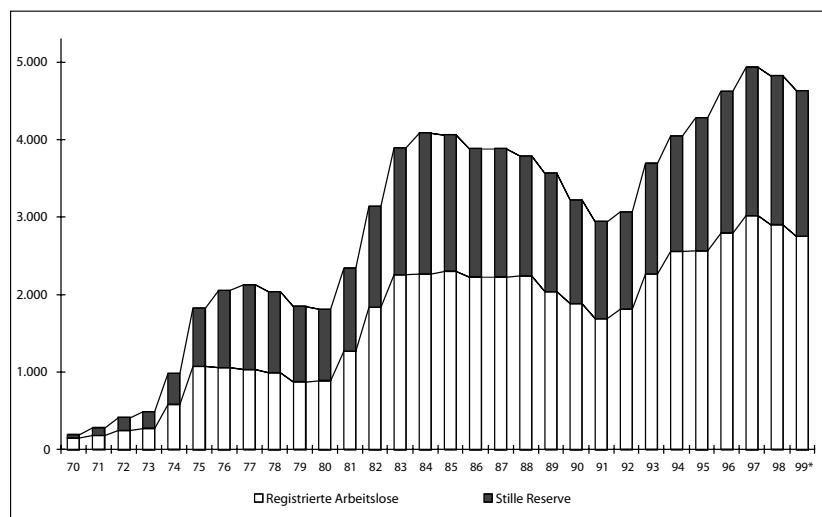
Dies hängt auch damit zusammen, dass allmählich die Einsicht in das hohe Maß existierender nicht registrierter Arbeitslosigkeit zu wachsen beginnt. Denn neben dieser registrierten Arbeitslosigkeit besteht außerdem, und dies wird in den einschlägigen Diskussionen häufig ignoriert, eine Vielfalt weiterer Formen an nicht registrierter Arbeitslosigkeit bzw. nicht realisiertem Arbeitsangebot. Erwähnt seien als Beispiele

13 Hinsichtlich arbeitsmarktpolitischer Strategieempfehlungen, die ein stärkeres Maß an staatlicher Aktivität gegenüber der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit (zumindest mit) voraussetzen würden (vgl. z. B. Schnur 1998; Steinke 1998), sind die Realisierungschancen ebenfalls als relativ gering einzuschätzen. Selbst in sozialdemokratischen Kreisen wird der Haushaltkskonsolidierung gegenwärtig größere Priorität zugeschrieben und werden Konzepte, wie die staatliche Schaffung von mehr Dienstleistungsarbeitsplätzen etwa nach dem skandinavischen Modell, in den Hintergrund gedrängt.

- neben der Zuwanderungsfrage¹⁴ – vor allem die Stille Reserve sowie die unfreiwillige Teilzeitarbeit (vgl. z.B. Holst, Schupp 1994; Beckmann 1997; Sing 1998).

Abbildung 2 zeigt die in den letzten Jahren zunehmende Stille Reserve in der Abgrenzung des IAB in Addition zur registrierten Arbeitslosigkeit für die alten Bundesländer.¹⁵ Dabei zählen neben Frauen nach der Familienphase insbesondere auch eine große Zahl Jugendlicher und jüngerer Erwachsener in Warteschleifen im Bildungssystem (vgl. Engelbrech, Reinberg 1998) sowie die in den letzten Jahren stark zugenommene Zahl von vorzeitigen Übergängern in den Ruhestand zu dieser. Gerade von dem letztgenannten Personenkreis kann – trotz der schlechten Datenlage – berechtigt angenommen werden, dass ein Drittel bis fast die Hälfte eher unfreiwillig aus dem Erwerbsleben ausscheidet bzw. es vorzöge, in der Erwerbsarbeit zu bleiben bzw. in diese zurückzukehren (vgl. z.B. Bogai u.a. 1994). Vor allem aufgrund der künftig erwar-

Abbildung 2:
Entwicklung von registrierter Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve (in der IAB-Abgrenzung) in Westdeutschland von 1970 bis 1999 (Personen in 1.000)



* Bei Stiller Reserve Prognosewert der mittleren Variante (Variante II) des IAB.

Quellen: Eigene Darstellung nach Thon, Bach 1998 und Autorengemeinschaft, versch. Jahre

14 Zu entsprechenden Abschätzungen vgl. Münz, Seifert, Ulrich 1997.

15 Andere Abschätzungen dieser Teilmenge der vorhandenen Unterbeschäftigung liegen in ähnlichen Größenordnungen (vgl. z.B. Sing 1998, S. 82 ff.).

teten schlechteren Konditionen des Altersübergangs werden immer mehr von diesen Personen dann dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung stehen müssen (vgl. Ehrenheim 1999, S. 113).

Je größer aber die Stillen Reserve(n!) sind bzw. je größer das nicht ausgeschöpfte Erwerbspersonenpotential ist, um so umfangreicher müssten jedoch die Beschäftigungszuwächse sein, um überhaupt nur wieder in Richtung eines ausgeglicheneren Arbeitsmarktes zu kommen. Die schon in den letzten Jahren zu beobachtende Tatsache, dass nur ein Teil der Beschäftigungszuwächse sich aus der registrierten Arbeitslosigkeit rekrutiert hat und der Rest an neugeschaffenen Arbeitsplätzen vor allem aus der Stillen Reserve heraus besetzt wurde (vgl. z. B. Holst, Schupp 1997), ist insofern nicht nur der beste Beleg für die Bedeutung der nicht registrierten Arbeitslosigkeit, sondern erfordert auch noch größere beschäftigungspolitische Anstrengungen, als es die ohnehin schon zu hohen Arbeitslosenzahlen eigentlich nahe legen.

Gedämpft wird jeglicher Optimismus hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in letzter Zeit auch zunehmend durch die Einsicht, dass die jahrelang auch in der Öffentlichkeit gehegten Erwartungen hinsichtlich der beschäftigungspolitischen Wirksamkeit von Innovationsstrategien eher einem gewissen Zweckoptimismus entsprachen.¹⁶ Auch von dieser Seite her dürfte also keine ausreichende Entlastung des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit zu erwarten sein. D. h. in der Konsequenz, das Problem der hohen Arbeitslosigkeit besteht voraussichtlich fort, wenn nicht sogar in verschärfter Form. Denn »... Wirtschaften in Kombination mit den modernen Techniken wird auch in Zukunft die existenzsichernd bezahlte Erwerbsarbeit weiter schrumpfen und die Erwerbslosigkeit steigen lassen. Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Arbeit in Niedriglohnsektoren und prekäre Selbständigkeit werden zur Norm« (Möller 1998, S. 479).

Das Problem der Arbeitslosigkeit und anderer Formen der Unterbeschäftigung scheint damit in Zukunft zunehmend auf alle Erwerbswilligen zuzukommen. In der Gegenwart allerdings treffen diese arbeitsmarktspezifischen Ausschluss- bzw. Diskrimi-

¹⁶ Evaluationen vorliegender Studien zu den beschäftigungspolitischen Wirkungen von Innovationen fallen zunehmend skeptischer aus – sowohl in der Einschätzung der Methodik wie auch der Ergebnisse (vgl. z. B. Lehner u. a. 1998; Dostal, Hilpert, Kistler 1999; Konrad 1999). So sind Aussagen, die vor allem seit dem Bangemann-Bericht (vgl. Bangemann u. a. 1994) gerade hinsichtlich von Informations- und Kommunikationstechnologien relativ hohe Beschäftigungseffekte für den Arbeitsmarkt suggerieren, meist im Wesentlichen unbelegt bzw. so nicht nachvollziehbar (vgl. z. B. Bosch 1998; Bellmann, Hilpert, Kistler 1999; Wahse 1999).

nierungsmechanismen¹⁷ – trotz der unbestreitbaren Fortschritte in Fragen der Gleichbe rechtigung und mehr Chancengleichheit – die Frauen immer noch mit besonderer Härte.

2.1.2 Die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Frauen

Trotz des weitgehenden Gleichziehens in der Bildungsbeteiligung liegt die Erwerbsbe teiligung der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland z. B. im europäischen Vergleich nur – und dies inklusive der höheren Werte in den neuen Bundesländern – leicht über dem Durchschnitt der anderen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Die Beschäfti gungsquote – in der Definition von Eurostat (in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) – lag 1997 bei 50,5 % in der gesamten Europäischen Union und 53,6 % bei den Frauen in Deutschland. In Vollzeitäquivalenten berechnet betrug die weibliche Beschäfti gungsquote in der EU 42,2 % und in Deutschland 43,4 % (vgl. Europäische Kommission 1999, S. 149 und 152). Innerhalb des Bundesgebietes West hat sich die Erwerbsquote der Frauen, gemessen in Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren, von 46,2 % auf 60,5 % zwischen 1970 und 1998 erhöht, während die entsprechende Erwerbsquote bei den Männern von 88,2 % auf 80,2 % gefallen ist (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1999, S. 109). Bezieht man diese Entwicklung wieder auf das gesamte Arbeitsvolumen in jährlich geleisteten Arbeitsstunden, so ist festzuhalten, dass trotz dieser deutlich gestiegenen weiblichen Erwerbsbeteiligung das Erwerbsvolumen der Frauen genau genommen relativ konstant geblieben ist (vgl. Pfaff 1997; Sing 1998). Treffender als die in vielen gängigen Analysen vorgenommene Beschreibung eines steigenden gesamten Arbeitsangebots aufgrund einer steigenden weiblichen Erwerbsbeteiligung wäre also eine Beschreibung, die herausstellt, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen gesunken ist – und zwar zu Lasten des von den Männern geleisteten Arbeitsvolumens, während das weibliche Arbeitsvolumen gleich blieb und sich aufgrund steigender Teil zeitanteile (und vor allem auch eines steigenden Anteils von Teilzeit im geringen Umfang)

17 Eine Betrachtung der Erwerbstätigkeit kommt bisher nicht ohne gruppenspezifische Differenzierung aus. Der Arbeits markt segmentiert sowohl von der betrieblichen Arbeitsnachfrage her (z. B. nach Stamm- und Randbelegschaft und nachgefragten Qualifikationen) ebenso wie von der Angebotsseite her (hinsichtlich Geschlecht, Alter, angebotener Qualifikationen, ethnischer Zugehörigkeit usw.; vgl. dazu Wiegand 1995). Die aktuelle Berichterstattung zum Arbeits markt weist trotz ihrer erheblichen Lücken und Probleme (vgl. z. B. IfS, INIFES, IfS, SOFI 1998; IAB, INIFES, IfS, SOFI 1999) erhebliche Differenzierungen nach. Kurz: Der Arbeitsmarkt ist kein homogener Markt und Arbeit keineswegs ein homogenes Gut. Ausmaß und Dauer von Tätigkeiten (sowie von Arbeitslosigkeit), die Qualität von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsplätzen, Entgelt, Aufstiegschancen, Status und Arbeitsbedingungen inkl. ihrer Folgen streuen sehr stark geschlechts- und gruppenspezifisch. Alle vorliegenden Prognosen deuten darauf hin, dass diese längst bekannten Erscheinungen auch für die Zukunft nicht an Bedeutung verlieren werden, sondern teils noch in der Schärfe der inhä renten Spaltungs- und Differenzierungstendenzen zunehmen werden (vgl. z. B. Weidig, Hofer, Wolff 1999; INIFES, IfS, SÖSTRA 1998) – mit allen Folgen für soziale Randlagen und Exklusion (vgl. z. B. Kronauer 1995).

bei den Frauen auf mehr Schultern verteilt. Inzwischen stellt hierzu die Bundesanstalt für Arbeit offiziell fest: »Untersuchungen des IAB zeigen, dass die Verschiebungen von Voll- auf Teilzeitarbeit von Frauen weniger mit ihren Arbeitszeitpräferenzen als mit dem Angebot an Arbeitsplätzen zusammenhängt« (Bundesanstalt für Arbeit 1999, S. 110).

Sieht man von der kurzfristigen Entwicklung von Mitte 1997 bis Mitte 1998 ab, die sogar eine seit längerem erstmals wieder ungünstigere Entwicklung der Frauenbeschäftigung als bei den Männern zeigt, so kann aber dennoch von einer – mit der Expansion im Dienstleistungsbereich einhergehenden¹⁸ – zunehmenden Frauenbeschäftigung gesprochen werden. Die Abbildung 3 zeigt diese Entwicklung der weiblichen Beschäftigung im sozialen Dienstleistungssektor in der Differenzierung nach Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigung zwischen 1976 und 1997 in komprimierter Form.

Dabei weist gerade der steigende Teilzeitanteil – vor allem aber generell der Anteil an geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen insbesondere bei Frauen (vgl. dazu Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1998)¹⁹ – auf häufig damit verbundene geringere Aufstiegschancen, Sozialversicherungsansprüche etc. sowie auf eine weiterbestehende Benachteiligung von Frauen am deutschen Arbeitsmarkt hin.

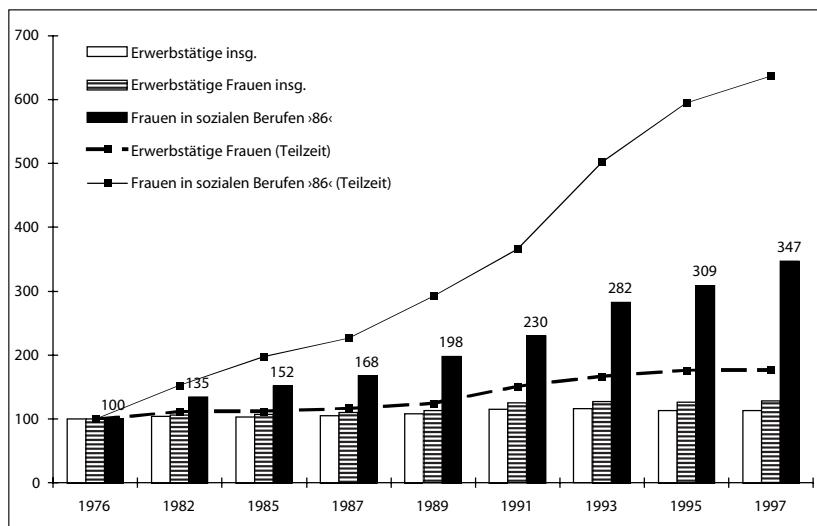
Mit Blick auf die entwickelten Konzepte und Vorstellungen werden dabei insbesondere Aspekte zu prüfen sein, die Hinweise auf eine – nicht von ungefähr kommende – Einbettung der aktuellen Ehrenamtsdiskussion (vgl. ähnlich zur alten Selbsthilfedebatte Jaufmann, Kistler 1985) in eine Spar- und sozialstaatliche Abbaustrategie²⁰ geben. Denn damit würde der alte Gedanke von ›Bürgereinkommen im Tausch gegen soziale Dienste‹ (vgl. Zoll 1998) unter der schillernden Decke der Diskussionen um Bürgerrechte und Bürgerpflichten in

18 In den Fachdiskussionen gerade über die soziale Arbeit ist der wissenschaftliche Streit um den Wert und einen eventuellen Verdrängungswettbewerb ehrenamtlicher Arbeit schon lange virulent (vgl. dazu Beher, Liebig, Rauschenbach 2000). Die Diskussion um das schwindende ›Töchterpflegepotential‹ im Kontext der Pflegeversicherung, aber auch die Verringerung der Zahl an Zivildienstleistenden (vgl. Kögel 1999) rekurriert auf das Phänomen der notwendigen, gesellschaftlich aber als zu teuer eingeschätzten sozialen, personenbezogenen Dienstleistungen (z. B. in Altenheimen); und obwohl ehrenamtliche Arbeit nicht identisch mit Selbsthilfe ist, so hat die (trotz mancher Beteuerungen) immer noch große Ablehnung des professionellen Medizinsystems gegenüber der Selbsthilfe genau damit zu tun.

19 »Im Vergleich zu 1987 hat die gesamte sozialversicherungsfreie bzw. geringfügige Beschäftigung um 74 % zugenommen. Sozialversicherungsfreie Beschäftigung ist mit inzwischen leicht abnehmender Tendenz eine ›Frauendomäne‹« (Schönwälder, Kistler, Sing 1999, S. 140). Zu den neuesten Ergebnissen nach der Neuregelung dieser Beschäftigungsverhältnisse vgl. ISG, Kienbaum 1999.

20 »Das Klagen über die Rückläufigkeit des ehrenamtlichen Engagements bzw. das Reden über Konzepte zur besseren Beschaffung freiwilliger Helfer(innen) vertuscht den Rückzug des Sozialstaates aus der Verantwortung bzw. verhindert eine inhaltliche Diskussion um die Neudeinition gesellschaftlich notwendiger Hilfestellungen oder Angebote. Zudem wird eine Festlegung der Qualitätsstandards für diese Dienstleistungen vermieden« (Bock 1997, S. 45). Nach Blandow besteht insbesondere folgende Gefahr: »Die Politik propagiert ›Bürgerschaftliches Engagement‹ als Begleitmusik zu ihrer Privatisierungs- und Deregulierungspolitik. Nicht die paar tausend Menschen, die durch Modellprogramme, politische Reden und öffentliche Ehrungen womöglich zusätzlich geworben werden können, sind Adressaten des politischen Interesses, sondern die Millionen, die davon überzeugt werden müssen, dass ›private Vorsorge‹ gerecht, dass Sozialabbau notwendig, dass ›Anspruchsdenken‹ schädlich ist und Lohnabbau Arbeitsplätze sichert. Nur deshalb macht sich der Staat gegenwärtig zum ›Spitzenverband‹ des Bürgerschaftlichen Engagements« (Blandow 1997, S. 31).

Abbildung 3:
Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den alten Bundesländern
zwischen 1976 (Index =100) und 1997



Anmerkung:

Die Berufskennziffer >86c betrifft vor allem die Gruppe der Sozialarbeiterinnen, Erzieherinnen und Altenpflegerinnen.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Rauschenbach 1999, S. 134, 136.

eine neue Dimension gesellschaftlicher Spaltung führen.²¹ In einer solchen Konstellation drohen auch Vorstellungen von einer Qualifizierung im Ehrenamt (als Brücke hin zur Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit) oder auch von einer ‚Tätigkeitsgesellschaft‘, und sei es nur als Mittel zum Qualifikationserhalt bis zu einer eventuellen Besserung der Lage auf dem ersten Arbeitsmarkt, besonders Frauen zu benachteiligen und nach unserer Vermutung insbesondere eben dabei Frauen aus schwächeren sozialen Gruppen, Frauen in schwächerer sozialer Lebenslage. Dann würde gelten: »Personennahe Dienstleistungen durch Bürgerarbeit von Arbeitslosen nun weiter verbilligen zu wollen, hieße vor allem ...

21 Historisch gesehen reichen entsprechende politische Debatten unter anderen Labels ebenfalls weit zurück. Die Vorstellungen von Alternativ- und Subsistenzwirtschaft wurden über Jahrzehnte hinweg immer wieder als gesellschaftliche Gegenmodelle diskutiert (vgl. im Überblick z.B. Negt 1984), und auch wenn es die Protagonisten von ‚Ehrenamt als Ersatzarbeit‘ nicht gerne hören: Was die Gutachterkommission der Weimarer Reichsregierung im Frühjahr 1932 an Empfehlungen zur Einrichtung eines Freiwilligen Arbeitsdienstes vorschlug und zum Teil auch das, was danach daraus wurde, hat sehr wohl mit dieser Debatte zu tun. Zumindest muss sensibel darauf geachtet werden, dass nicht wieder ähnliches daraus entsteht.

die reichereren, potentiellen Konsumenten durch die Bedürftigeren subventionieren zu lassen» (Klammer, Bäcker 1998, S. 368).

Allerdings ist bei der Frage nach der relativen Position von Frauen bezüglich der Arbeitslosigkeitsentwicklung generell festzustellen, dass die über lange Jahre überdurchschnittliche Arbeitslosenquote bei Frauen heute in dieser Form in Deutschland nicht mehr zu konstatieren ist.²² Dennoch aber kann von einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden: »Frauen haben nach wie vor größere Schwierigkeiten, ihre Arbeitslosigkeit zu beenden, obwohl ihre Abmeldungen überdurchschnittlich zunahmen ... Die Wiederbeschäftigtequote, d.h. der Anteil der Arbeitslosen, die ihre Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme einer Beschäftigung beendeten, war 1998 bei Männern nach wie vor wesentlich höher ...« (Bundesanstalt für Arbeit 1999, S. 114). Das bedeutet letztlich: Sowohl die Dauer der Arbeitslosigkeit ist bei Frauen in der Tendenz länger als auch die Wahrscheinlichkeit des Ausscheidens aus der Erwerbstätigkeit höher; sie ziehen sich dann eher als Männer in die Nichterwerbstätigkeit zurück.

Sieht man von allen anderen Formen der Benachteiligung – wie z. B. Aufstiegschancen, Bezahlung usw. (vgl. z. B. Bundesanstalt für Arbeit 1998) – von Frauen im Bereich der Erwerbsarbeit einmal ab, so lässt sich allein hinsichtlich der Indikatoren aus dem Bereich Beschäftigung und Arbeitsmarkt resümieren: Trotz einiger Erfolge – die sich bei näherem Hinsehen, wie z. B. bei der ›gestiegenen Frauenerwerbstätigkeit‹, entgegen den landläufigen Argumentationslinien als vordergründig herausstellen – sind Frauen hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung weiterhin benachteiligt. Höhere Anteile von Nichtnormarbeitsverhältnissen und im Falle der Arbeitslosigkeit deren längere Dauer bei geringeren Wiederbeschäftigungschancen sind eindeutige Indikatoren für diese Feststellung (vgl. zu weiteren einschlägigen Argumenten Engelbrech 1999).

2.2 DIE AUSWIRKUNGEN GESELLSCHAFTLICHEN WANDELS BZW. WERTEWANDELS

Aus der sowohl für Frauen als auch für Männer als desolat prognostizierten Arbeitsmarktsituation resultiert die – u.E. differenziert zu betrachtende – in jüngster Zeit immer häufiger

22 Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Arbeitslosigkeit ist vor allem bei internationalen Vergleichen die teilweise gegenläufige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in den anderen EU-Ländern zu beachten. Während die Europäische Kommission (1999, S. 7) für die gesamte EU feststellt: »Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1994 ist zum größten Teil Männern zugute gekommen, so dass die Differenz zwischen Männern und Frauen bei Arbeitslosigkeit derzeit fast 3,5 %-Punkte beträgt«, war die Arbeitslosenquote von Frauen 1994 in der Bundesrepublik – gemessen in der Definition der Bundesanstalt für Arbeit in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen – im Jahr 1994 mit 9,2 % genauso hoch wie der Gesamtdurchschnitt. Dieser Gesamtdurchschnitt hat sich bis 1997 auf eine Arbeitslosenquote von 11,0 % erhöht (bei den Frauen 10,7 %) und ist von 1997 auf 1998 bei den Frauen etwas weniger zurückgegangen (auf 10,3 %) als im Gesamtdurchschnitt (10,5 %) (vgl. Kistler, Schönwälder, Sing 1999, S. 508).

in der wissenschaftlichen, aber auch öffentlichen Diskussion vorgebrachte Vorstellung einer (individuellen) ›Abkehr von der Erwerbsarbeit‹.²³ Diese – im Kern nichts anderes als eine terminologische und taktische Wendung der alten Wertewandeldebatte²⁴ – behauptet, dass immer größere Teile der Bevölkerung – und nicht nur einige Aussteiger – sich sowieso von ihren Lebenslagen und Motiven her vom Modell des Normalarbeitsverhältnisses abwenden würden. D.h., dass es immer mehr Menschen gelingen würde und es auch ihren Präferenzen entgegenkäme, Phasen der Nichterwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit in ihren Lebensplan zu integrieren – Arbeitslosigkeit sozusagen als ›Normalität‹ (vgl. z. B. Mutz 1999) –, bis hin zur Vorstellung eines ›begrenzten Arbeitsdrogenentzuges‹ (vgl. Beck 1997) zu akzeptieren, wenn nicht gar zu wünschen. Reduziert man derartige Vorstellungen nicht nur auf ihren durchaus positiv zu wertenden utopisch-konzeptionellen Aspekt (vgl. z. B. Bonß 1998, S. 51), so muss hier vorab ein wichtiger Punkt festgehalten werden: Die Vorstellungen vom ›Ende der Erwerbsarbeitgesellschaft‹ im Sinne eines zunehmenden individuellen Bedeutungsverlustes von Erwerbsarbeit sind vor dem Hintergrund ihrer teilweise resignativen Tendenz, nämlich dass die Normalarbeitsverhältnisse nicht zu erhalten wären und daher auch ihrer ›paradigmatischen Funktion‹ (vgl. Mückenberger 1985) entkleidet werden müssten, gefährlich. Vor allem aber auch das häufig geäußerte Plädoyer für eine größere (sozial-)politische Abstinenz (vgl. z. B. Kommission für Zukunftsfragen 1997)²⁵ und die sich dahinter verbargenden einseitigen Beschreibungen, dass dies nun Teil einer Risikogesellschaft wäre, die eben auch viele Chancen gewähre, ist überaus – vor allem auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht – problematisch.

2.2.1 Auswirkungen auf den Stellenwert der Erwerbsarbeit

Ohne im Folgenden auf die Wertewandeldebatte, die insbesondere die seit einigen Jahren scheinbar beobachtbaren Tendenzen eines Bedeutungsverlusts wesentlicher

23 »Über den Stellenwert, den Arbeit im Rahmen von Wirtschaft und Gesellschaft zum einen und besonders in der Werthierarchie, in den Lebensplanungen der Menschen auf der Mikroebene zum anderen einnimmt und wie sich dieses über Zeit entwickelt, liegen auch in der Wissenschaft verschiedene, vor allem aber in der Politik sehr unterschiedliche Einschätzungen vor. Dies betrifft nicht nur die Prognosen für die Zukunft, sondern bereits die Messung und Interpretationen von Entwicklungen in der Vergangenheit sowie die Gegenwartsdiagnose« (Kistler, Sing 1998, S. 8).

24 Vgl. mit damals jedoch bereits viel weitergehender und differenzierterer Empirie z. B. Noelle-Neumann, Strümpel 1984.

25 So würde die Finanzkrise des Steuerstaates dazu führen, dass dringend nötige soziale Leistungen und Staatsausgaben nicht mehr erfüllt werden können. Diese sozialen Aufgaben und die Notwendigkeit staatlicher Leistungen entstehen nicht nur durch immer größere externe Effekte des Marktgeschehens (Marktversagen als mikroökonomische Begründung der Staatstätigkeit), sondern sind auch durch das Wegbrechen traditioneller sozialer Bindungen und Netze (von der ›Dorfgemeinschaft‹ bis zur Familie) bedingt, wodurch das ›soziale Kapital‹ der Gesellschaft abnimmt. Gleichzeitig führen veränderte Lebensformen und -stile dazu, dass nicht mehr nur eine Konzentration des ökonomischen und politischen Geschehens in den Makrostrukturen (Unternehmenszusammenschlüsse und -netzwerke sowie Europäisierung) die Zukunft zu prägen scheinen, sondern in dialektischem Sinne durchaus auch die Bedeutung des Kleinstädtischen wie der zunimmt (Regionalisierung, lokale Netzwerke).

gesellschaftlicher Teilbereiche wie der Politik oder der Religion durch eine immer geringere Partizipation der Bürger beschreibt (vgl. dazu z. B. Klages 1999),¹⁸ im Einzelnen eingehen zu wollen, so lassen sich hier zumindest ausgewählte Befunde anführen (zu einer breiteren Diskussion dieser Thematik vgl. Kistler, Sing 1998), die im Prinzip dieser These widersprechen. So ist aus der nachfolgenden Tabelle durchaus zu entnehmen, dass neben der zunehmenden Abstinenz der Bürger in den oben genannten gesellschaftlichen Teilbereichen auch die Wertigkeit dieser im Verhältnis z. B. zu ›Freizeit und Erholung‹ eine untergeordnete Stellung einnimmt. Aber auch wenn die Werte an sich in 1998 mit einem Mittelwert von 4,0 (›Politik und öffentliches Leben‹) bzw. 3,4 (›Religion und Kirche‹) leicht abgesunken sind, so kann dies – vor allem wegen der deutlichen Schwankungen seit 1980 – nicht als ein eindeutiger Trend interpretiert werden. Darüber hinaus zeigt die Gegenüberstellung der Wichtigkeit des Lebensbereichs ›Beruf und Arbeit‹ und weiterer Bereiche, wie ›Freizeit und Erholung‹ oder ›Eigene Familie und Kinder‹, dass die Behauptung von einer steigenden Freizeitorientierung in einem ›kollektiven Freizeitpark Deutschland‹ so nicht gerechtfertigt ist. Zwar ist die Bedeutung von Freizeit nach diesen Auswertungen des Allbus sogar leicht höher als die der Berufsarbeit, die Entwicklung von beiden Lebensbereichen seit 1980 lässt jedoch weder in die eine noch in die andere Richtung eine ›Erosion‹ von Erwerbsorientierungen erkennen.

Gerade das in Abschnitt 2.1.2 beschriebene nachweislich recht stabil hohe bzw. weiter steigende Erwerbsverhalten – und damit implizit die Erwerbsneigung bzw. -orientierung – von ost- bzw. westdeutschen Frauen (vgl. Kistler, Sing 1998; Sing 1998) wirft in diesem Zusammenhang die Fragestellung auf, welchen Einfluss subjektive Determinanten, wie die Arbeitsorientierung, die intrinsische Motivation, der Wunsch nach Selbstverwirklichung, das berufliche Prestige etc. im Verhältnis zur finanziellen Notwendigkeit u.ä.m. auf die Wünsche bzw. das weibliche Erwerbsverhalten (vgl. Senatsverwaltung 1998, S. 41), aber auch auf das zivilgesellschaftliche Engagement (vgl. dazu Abschnitt 2.2.3) bzw. die Bereitschaft zur Familienarbeit (vgl. Abschnitt 2.2.2; vgl. ebenso Notz 1999) ausüben.

An dieser Stelle sollen daher einige ausgewählte empirische Befunde zum Spektrum der subjektiven Einstellungen zur Erwerbsarbeit von west- und ostdeutschen Frauen wiedergegeben werden. Abbildung 4 zeigt für eine spezifische Gruppe der erwerbstä-

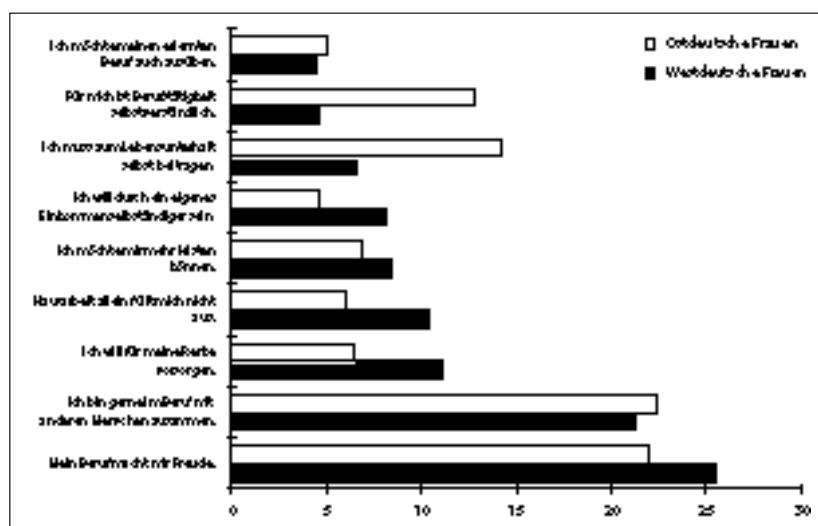
26 »In Verallgemeinerung solcher Entwicklungstrends, die teils nur behauptet werden, die teils aber auch mit Zahlen belegbar sind, wird allenthalben ein zunehmender ›Egoismus‹ oder auch eine Neigung zur ›Ego-‹ oder ›Ellenbogengesellschaft‹ konstatiert, die mit einem angeblichen Verfall der Moral in Verbindung gebracht wird ... Im Hintergrund solcher Erscheinungen wird meist der aktuelle gesellschaftliche Wertewandel mit seinem Kernsachverhalt einer zunehmenden ›Individualisierung‹ gesehen ... Die Gesellschaft fällt, dieser Diagnose zufolge, buchstäblich in ihre individualmenschlichen Einzelatome auseinander und sie verliert damit auch die Eigenschaften eines zu gemeinsamen Denken, Fühlen und Handeln fähigen ›Volkes‹« (Klages 1999, S. 2).

**Tabelle 1: Angaben zur Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche zwischen 1980 und 1998 in Deutschland
(Mittelwerte einer Skala von 1 = unwichtig bis 7 = sehr wichtig)**

		1980	1982	1986	1990	1991	1992	1998
Eigene Familie und Kinder	Gesamt	6,2	6,1	6,3	6,1	6,5	6,3	6,1
davon:	Männer	6,1	6,0	6,2	6,0	6,3	6,2	5,9
	Frauen	6,3	6,1	6,3	6,3	6,6	6,4	6,3
Freizeit und Erholung	Gesamt	5,8	5,6	5,7	5,6	5,8	5,8	5,4
davon:	Männer	5,9	5,7	5,7	5,7	5,8	5,7	5,4
	Frauen	5,7	5,5	5,6	5,5	5,8	5,8	5,4
Beruf und Arbeit	Gesamt	5,7	5,4	5,6	5,3	5,9	5,8	5,3
davon:	Männer	6,0	5,8	5,8	5,5	6,1	5,9	5,6
	Frauen	5,5	5,1	5,4	5,2	5,8	5,7	5,0
Freunde und Bekannte	Gesamt	5,4	5,4	5,5	5,4	5,6	5,7	5,6
davon:	Männer	5,4	5,3	5,4	5,4	5,5	5,6	5,5
	Frauen	5,5	5,4	5,6	5,5	5,7	5,7	5,7
Verwandtschaft	Gesamt	4,6	4,6	4,8	4,6	5,1	5,1	5,2
davon:	Männer	4,4	4,3	4,6	4,4	5,0	4,9	5,0
	Frauen	4,8	4,7	4,9	4,8	5,3	5,2	5,3
Politik und öffentliches Leben	Gesamt	4,3	4,2	4,5	4,4	4,5	4,5	4,0
davon:	Männer	4,5	4,5	4,6	4,5	4,6	4,6	4,1
	Frauen	4,1	3,9	4,4	4,3	4,4	4,4	3,9
Religion und Kirche	Gesamt	3,9	4,0	4,0	3,5	3,2	3,4	3,4
davon:	Männer	3,5	3,6	3,5	3,2	2,9	3,2	3,2
	Frauen	4,2	4,3	4,3	3,8	3,5	3,6	3,6

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Allibus 1980 – 1998.

Abbildung 4:
Angaben teilzeitbeschäftigte verheiratete Frauen über den wichtigsten Grund ihrer Berufstätigkeit 1995 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten des IAB 1995.

tigen Frauen – teilzeitbeschäftigte verheiratete Frauen in West- und Ostdeutschland – den jeweils wichtigsten Grund für ihre Berufstätigkeit. Auffällig ist, dass vor allem die Gründe ›Mein Beruf macht mir Freude‹ und ›Ich bin gerne im Beruf mit anderen Menschen zusammen‹ am häufigsten sowohl von den west- als auch von den ostdeutschen Frauen genannt werden. Während danach in den neuen Bundesländern der finanzielle Aspekt der Lebensunterhaltssicherung und das Statement ›Für mich ist es selbstverständlich, berufstätig zu sein‹ folgt, verteilen sich in Westdeutschland die Anteile der Frauen relativ gleichmäßig auf die verschiedenen Items. Mit anderen Worten heißt dies aber auch, dass z. B. die Hausarbeit an sich von den Frauen nicht so negativ bzw. der Beruf (die Qualifikation und Karriere) als solches nicht so positiv bewertet werden, als dass diese teilzeitbeschäftigen Frauen vor dem einen ›fliehen‹ und das andere unbedingt suchen würden. Hinzuzufügen ist aber, dass die hier dargestellte Gruppe sich insofern von den vollzeitbeschäftigen Frauen unterscheidet, als bei den Vollzeitbeschäftigen nach eigenen Auswertungen des Mikrozensus davon auszugehen ist, dass diese im Schnitt eher auf das Einkommen angewiesen sind (vgl. dazu Sing 1998, S. 94 ff.). Die Gruppe der teilzeitbeschäftigten Ehefrauen hat damit in der Regel eine größere

– zumindest finanzielle – Entscheidungsfreiheit über Erwerbsarbeit.²⁷ Nichtsdestoweniger sprechen sich aber nur etwa 11 % dieser Frauen dafür aus, nicht berufstätig zu sein, wenn es nicht finanziell nötig wäre. Etwa 80 % der ostdeutschen und 72 % der westdeutschen Frauen würden – auch unter dieser Annahme – »sicher erwerbstätig bleiben«. Deshalb lässt sich mit Senghaas-Knobloch zusammenfassend sagen, dass die wachsenden Ansprüche der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf »befriedigende Arbeit«²⁸ um so ernster zu nehmen sind, »als trotz des viel diskutierten Wertewandels Erwerbsarbeit nach wie vor Dreh- und Angelpunkt für die Lebensorientierung der Einzelnen und das Gemeinwesen insgesamt ist« (Senghaas-Knobloch 1999, S. 119).

2.2.2 Auswirkungen auf den Stellenwert von Familienarbeit

Eng verbunden mit der Frage der weiblichen Erwerbsarbeit ist »klassischerweise« – das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, d.h. in diesem Falle die simultane Ausfüllung der Rolle als Mutter bzw. Ehefrau, die sich um den Haushalt kümmert und damit die Familienarbeit leistet, sowie der Erwerbspartnerin. Auch hier wurde in den vergangenen Jahren ein gesellschaftlicher Wandel konstatiert, der nicht zuletzt in ganz besonderem Maße durch die (noch) unterschiedlichen Einstellungen von

27 Auch bei den sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen lassen sich entsprechende Differenzierungen nachweisen. Denn entgegen den in der öffentlichen Diskussion verbreiteten Vorstellungen, dass solche Beschäftigungsverhältnisse praktisch ausschließlich ein einkommensmäßig und sozial dringend nötiges Ventil zur Aufbesserung der finanziellen Mittel einkommensschwacher Haushalte seien, womit die Weiterexistenz dieses sogenannten »Steuerschlupflochs des kleinen Mannes« gerechtfertigt wurde und wird, stellen sich diese Jobs eben nicht als reine Domäne von hinzuverdienenden Hausfrauen bei geringem Einkommen des Ehemanns, von alleinerziehenden Müttern etc. dar. Alleinerziehende Mütter z. B., wollen sie der bei ihnen und ihren Kindern besonders großen Armutsgefahr entrinnen, sind – Verfügbarkeit von entsprechenden Kinderbetreuungseinrichtungen hin oder her – in der Tendenz eher auf die Ausübung von zumindest längerer Teilzeit- oder Vollzeit-Erwerbstätigkeit angewiesen (vgl. z. B. Kistler, Sing 1998; Sing 1999). Anhand verschiedener Datengruppen lässt sich nachweisen, dass die Neigung zu kurzfristigen bzw. geringfügigen Teilzeit-Tätigkeiten signifikant erst mit zunehmendem ökonomischen Wohlstand des Haushalts wächst. Auch die Ausübung von Zweitjobs, von mehr oder weniger »geringfügigen« Nebentätigkeiten, die sicherlich gerade angesichts der seit Jahren stagnierenden Realeinkommen der Arbeitnehmer auch durch schlichte ökonomische Motive geprägt ist, streut entgegen plausibler ökonomischer Annahmen nicht in dem Sinne, dass sie bei einkommensschwächeren Personen oder Haushalten besonders stark verbreitet wären: Derartige Tätigkeiten sind relativ gleichmäßig über die verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen verteilt (vgl. z. B. BMA 1998, S. 61 ff.).

28 »Ebenso unbestreitbar wie der Wertewandel selbst ist nun aber auch die weitere Tatsache, dass er sich auf die sozialen Grundeinstellungen und Verhaltensbereitschaften der Bevölkerung einschneidend verändernd ausgewirkt hat und immer noch auswirkt« (Klages 1999, S. 4). So zählen vor allem »ein verstärktes Bedürfnis nach persönlicher Autonomie, nach Unabhängigkeit, nach eigenem Handlungsspielraum, ein verstärktes Bedürfnis, über Dinge, die einen selbst betreffen, auch selbst (mit-)entscheiden zu können ... insgesamt: ein verstärktes Bedürfnis, Subjekt des eigenen Handelns zu sein« (ebenda, S. 5) zu den wesentlichsten der Wertewandeldebatte zugrundeliegenden Einstellungsänderungen in der Gesellschaft und bei den Individuen.

Tabelle 2: Einstellungen von Männern und Frauen zu den Aufgaben von Frauen in der Familie und bei der Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1982 und 1996 (jeweils die Antwort: „Stimme voll und ganz zu“)

	Westdeutschland			Ostdeutschland			
	1982	1991	1992	1996	1991	1992	1996
»Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.«							
Männer	35,6	36,8	40,4	45,8	62,5	72,4	74,0
Frauen	45,1	48,9	53,3	54,5	67,0	79,8	79,7
»Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.«							
Männer	20,4	5,6	13,6	12,1	8,7	13,0	7,6
Frauen	23,6	9,9	15,7	13,8	10,0	12,0	9,9
»Ein Kleinkind wird sicher darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.«							
Männer	62,7	39,4	48,5	46,2	24,0	24,9	21,8
Frauen	61,0	40,8	43,9	42,5	20,1	22,8	19,0
»Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Beruf leben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«							
Männer	41,1	20,3	28,5	26,1	10,9	14,1	11,0
Frauen	40,9	19,2	26,6	21,8	9,1	10,9	9,8
»Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.«							
Männer	5,1	2,7	5,5	6,1	13,8	31,8	26,1
Frauen	7,1	8,7	14,6	15,6	19,3	30,2	32,2
»Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt, und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.«							
Männer	37,5	20,5	28,6	22,6	14,9	19,0	15,4
Frauen	37,9	19,3	24,4	22,3	14,0	17,6	14,9

Anmerkung:

Die Frageformulierung lautete: »Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.« Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Allbus 1982-1996.

ost- und westdeutschen Frauen, aber auch vor allem zwischen westdeutschen Männern und Frauen zu Tage tritt. Denn auch ohne gleichzeitigen, mit der steigenden Erwerbsneigung einhergehenden Bedeutungsverlust für den Lebensbereich ›Eigene Familie und Kinder‹ (vgl. Tabelle 1) kann in der Tat belegt werden (vgl. Tabelle 2), dass sich das geschlechtsspezifische Rollenverständnis von ost- und westdeutschen Frauen – trotz ihrer unterschiedlichen (Erwerbs-)Biographien und gesellschaftlichen Erfahrungen – in den vergangenen Jahren angeglichen hat. So sank seit 1982 die Zahl derjenigen westdeutschen Frauen, die die Aufgabe der Ehefrau darin sehen, den Ehemann bei der Karriere zu unterstützen, von 24 % auf 14 % im Jahr 1996. Ebenso halbierte sich die Zahl derjenigen, die die Frauen in der Rolle der Hausfrau und Mutter zu Hause wissen wollen von 41 % auf etwa 22 %. Die Angleichungstendenzen zwischen ost- und westdeutschen Frauen sind damit deutlich. Die westdeutschen Männer hängen dieser Entwicklung etwas hinterher, zeigen aber im Prinzip die gleichen Tendenzen. Allerdings beunruhigt es nicht nur aus feministischer Sicht, dass immerhin im Jahr 1996 noch etwa 22 % der Westdeutschen und 15 % der Ostdeutschen – wobei es hier keine geschlechtsspezifischen, wohl aber altersbezogene Unterschiede gibt! – der Ansicht zustimmten, dass es ›traditionellerweise‹ die (verheirateten) Frauen sein sollen, die bei einer Beschäftigungslücke als Puffer fungieren und sich ›stillschweigend‹ wieder aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen sollen. Ein neuer gesellschaftlicher Geschlechtervertrag, der zu einer tatsächlichen Neuverteilung von Aufgaben und Verantwortung in der Familie und Berufsleben führt, scheint damit immer noch nicht erreicht.

2.2.3 Auswirkungen auf den Stellenwert von ehrenamtlichem Engagement

Es liegt nahe, dass der Wandel der Arbeitswelt und der Gesellschaft auch Auswirkungen auf den Bereich des Ehrenamts bzw. ehrenamtlichen Engagements hat (vgl. Klages, Gensicke 1999; Jakob 1993, 1995). Denn vergleichbar mit der Entwicklung des weiblichen Arbeitsangebots profitierte auch das Ehrenamt z.T. von der Bildungsexpansion seit den 70er Jahren (vgl. Friedrich, Puxi 1994, S. 59). So kann trotz vieler widersprüchlicher Ergebnisse über Umfang und Entwicklung von Ehrenamtlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren (vgl. Kistler, Noll, Priller 1999; Beher, Liebig, Rauschenbach 1998) insgesamt ein Anstieg von ehrenamtlichem Engagement – wenn auch bei einer deutlichen Verschiebung von kontinuierlichen Tätigkeiten zu solchen, die auf die Dauer und Inhalte von bestimmten Projekten begrenzt sind (vgl. Olk

1989) – beobachtet werden.²⁹ Die folgenden beiden Abbildungen, die auf Auswertungen des Sozioökonomischen Panels in verschiedenen Jahren³⁰ beruhen, bestätigen diese Aussage: Während in der Abbildung 5 der Anteil der vor allem westdeutschen Männer und Frauen, die sich ›jede Woche‹ bzw. ›jeden Monat‹ ehrenamtlich betätigen, über die Jahre hinweg leicht sank,³¹ nahm die Zahl derjenigen zu, die seltener als ›jeden Monat‹ ein Ehrenamt ausüben (Abbildung 6).

In der wissenschaftlichen Ehrenamtsdebatte wird – insbesondere infolge der Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen, der Lebensstile etc. (vgl. Berger, Hradil 1990) – daher seit Mitte der 80er Jahre auch von einem Motivationswandel für freiwilliges Engagement ausgegangen, wobei man sich der Erhaltung des traditionellen bzw. ›alten‹ Ehrenamts in Teilbereichen der Gesellschaft durchaus bewusst ist (vgl. Beher, Liebig, Rauschenbach 2000; Kühnlein 1998). Hinter der sogenannten ›neuen Ehrenamtlichkeit‹ wird dabei vor allem eine individualistischere Haltung der Beteiligten vermutet: Nicht mehr das altruistische Helfen, das ohne (finanzielle) Gegenleistung bereitwillig regelmäßig – vor allem von Frauen – in sozialen Bereichen erbracht wurde, ist damit nunmehr das alleinige gesellschaftspolitische Leitbild für ehrenamtliches Engagement, sondern das Engagement aus persönlicher Betroffenheit oder spezifischen Interessen an bestimmten themenbezogenen Zielen in zeitlich und inhaltlich begrenzten Projekten kommt hinzu. Darüber hinaus wurde in der Ehrenamtsforschung auf die steigende Bedeutung der ›biographischen Passung‹ (vgl. Jakob 1993, 1995) sowie die Auflösung schichtspezifischer Mechanismen aufmerksam gemacht.

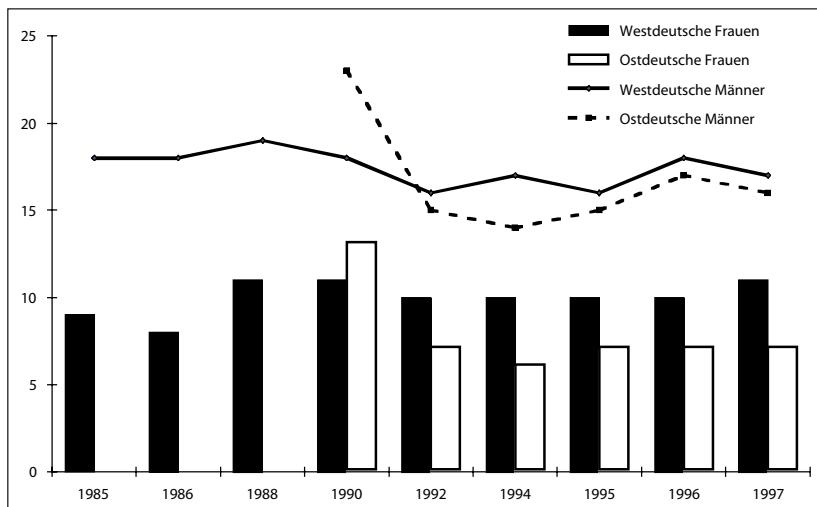
Aber obwohl im modernen Ehrenamt sich die biographischen Ausgangslagen pluralisiert haben (vgl. Kühnlein 1998), zeigen sich beim Engagement – ohne hier schon auf gesellschaftsspezifische Ergebnisse vorgreifen zu wollen (vgl. Abschnitt 2.3.2) – über-

29 Für Deutschland liegen eine Reihe unterschiedlicher Erhebungen zum Thema vor, die aufgrund ihrer Streuweite der Ergebnisse (zwischen 13 % in der Johns-Hopkins-Studie von 1996 und 38 % in der Erhebung von Klages im Jahr 1997 (vgl. Kistler, Schäfer-Walkmann 1999)) einen Eindruck von den methodischen Problemen der Erfassung dieses Gegenstandes geben: »Unterschiedliche Begriffs-Definitionen, nicht-vergleichbare Untersuchungsdesigns und unterschiedliche Fragestellungen garantieren dafür, dass sich die vorliegenden Studien in ihren quantitativen Befunden kaum vergleichen lassen. Eine nähere Analyse auch nur der besten Studien würde rasch zeigen, dass jede von ihnen einen jeweils spezifischen Ausschnitt aus dem Gesamtspektrum freiwilliger sozialer Aktivitäten zur näheren Untersuchung herausschneidet, eigene Frageformulierungen verwendet und durch die kontextuelle Einordnung der Fragen auch jeweils spezifische Antwortstimuli auslöst« (Heinze, Olk 1999, S. 88 f.). Auf der anderen Seite bestehen schon eine Reihe von Befunden, die zumindest in ihren Tendenzaussagen über die soziostrukturale Zusammensetzung der Engagierten, Hintergründe und Motive für ehrenamtliches Engagement – sozusagen in der Summe ihrer Befunde – so eindeutig sind, dass die Erkenntnisse als gesichert angesehen werden können (vgl. Abschnitt 2.3.2).

30 Leichte Abweichungen in der Frageformulierung wurden durch das Zusammenfassen bestimmter Antwortausprägungen auszugleichen versucht.

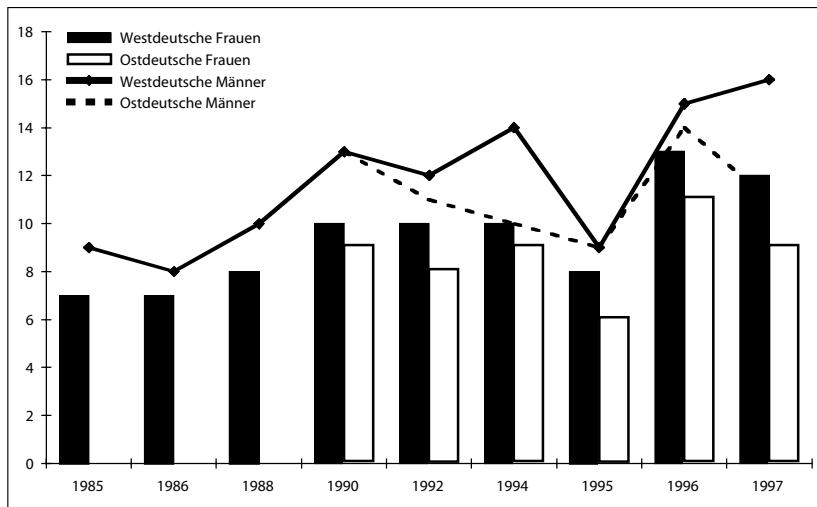
31 Die Interpretation der Daten für Ostdeutschland gestaltet sich im Längsschnitt schwierig, da zum einen davon ausgegangen werden kann, dass es vor allem Anfang der 90er Jahre eventuell durch die Begrifflichkeiten ›ehrenamtliches Engagement, Ehrenamt etc. zu Missverständnissen bzw. Verzerrungen kam, und andererseits die Wiedervereinigung auch zu gesellschaftlichen ›Turbulenzen‹ geführt hat, die eine Interpretation der Daten problematisch macht.

Abbildung 5: Personen, die „jede Woche“ oder „jeden Monat“ ein Ehrenamt ausüben (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten des SOEP, versch. Jahre.

Abbildung 6: Personen, die seltener als „jede Woche“ oder „jeden Monat“ ein Ehrenamt ausüben (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten des SOEP, versch. Jahre.

duchschnittliche Anteile weiblicher Engagierter – bei einem insgesamt geringeren Engagement – im sozialen Bereich (vgl. Tabelle 3), während sich Männer vor allem im Rettungswesen bzw. bei der Feuerwehr (Männeranteil 84 %) oder in der Politik (Männeranteil 73 %) engagieren. Einher geht mit diesen Formen des Engagements aber nicht nur eine ungleiche Belastung, sondern auch ein unterschiedliches Ausmaß an öffentlichen ›Positionen‹ bzw. ›Prestige‹ und finanzieller Anerkennung. Die Tatsache, dass Frauen durch die ehrenamtlichen Tätigkeiten vorwiegend im sozialen Bereich oftmals Aufgaben mit weniger öffentlicher oder finanzieller Anerkennung übernehmen, könnte darauf hinweisen, dass diese »vielleicht weniger als die Männer ihr Selbstwertgefühl aus formalen Positionen denn aus befriedigender Sacharbeit und gelungenen Beziehungen zu ziehen scheinen« (Wellmer 1999, S. 22 f.).

2.3 DIE GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ARBEITSTEILUNG IM WANDEL?

Die bisherigen Darstellungen haben gezeigt, dass in den vergangenen Jahren sowohl die Zahl der in den Arbeitsmarkt integrierten Frauen – wenn auch mit einem deutlich unterdurchschnittlichen Erwerbsumfang in Vergleich zu den Männern – vor allem aufgrund der Expansion im sozialen, personenbezogenen Dienstleistungsbereich deutlich stieg. Zum anderen lassen die ›sich wandelnden‹ gesellschaftlichen Orientierungen keineswegs einen Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit im Verhältnis zu anderen Tätigkeitsbereichen erkennen. Bevor jedoch die Konzepte und Modellprojekte hinsichtlich ihrer Annahmen und (vermuteten) Wirkungsweisen näher analysiert werden, soll in einem weiteren Abschnitt noch aufgezeigt werden, dass neben diesen beschriebenen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor vor allem auch haushaltsbezogene Zwänge bzw. Barrieren verhindern, dass Erwerbs- oder Engagementwünsche oder andere individuelle Orientierungen verwirklicht werden können.

2.3.1 Geschlechtsspezifische Ungleichverteilung von Arbeit in Haushalt und Familie

So finden sich geschlechtsspezifische Disparitäten nicht nur hinsichtlich von Erwerbsarbeits- und Karrierechancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern bekanntermaßen auch im Bereich der privaten bzw. familiären Arbeitsteilung. Denn trotz des ausgeprägten Bedeutungszuwachses von Erwerbsarbeit für Frauen blieb die Rollenverteilung in der Familie weitgehend ihrem traditionellen Leitbild verhaftet. Auch wenn z. B. Geissler

Tabelle 3: Ehrenamtlich Engagierte nach Engagementbereichen und weiteren ausgewählten Merkmalen in Ost- und Westdeutschland 1999

	Ehrenamtlich Engagierte in der Bevölkerung ab 14 Jahren	davon:		Leistungs-/Vorstandsfunktion	davon mit Aufwandsentschädigung:
		Frauen	Jüngere (unter 30 Jahre)		
	in %	in %	in %	in %	in %
Sport und Bewegung	11	34	27	16	37
Schule/Kindergarten	6	65	19	68 ^a	36
Freizeit und Geselligkeit	6	43	25	24	38
Kirchlicher/religiöser Bereich	5	65	17	27	31
Kultur und Musik	5	37	27	23	42
Sozialer Bereich	4	67	49 ⁱ	30	29
Politik/politische Interessenvertretung	3	27	17	50 ^a	50
Berufliche Interessenvertretung	2	31	26 ^a	72 ^a	38
Rettungsdienste/Freiwillige Feuerwehr	2	16	43	41 ^a	35
Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz	2	47	23	18	16
Außerschulische Jugendarbeit, Bildungsarbeit für Erwachsene	2	37	36	16	43
Gesundheitsbereich	1	66	12	46 ^a	32
Justiz/Kriminalprobleme	1	26	58	27	9
Sonstige bürgerschaftliche Aktivität: am Wohnort	1	35	35	23	42
					46
					8

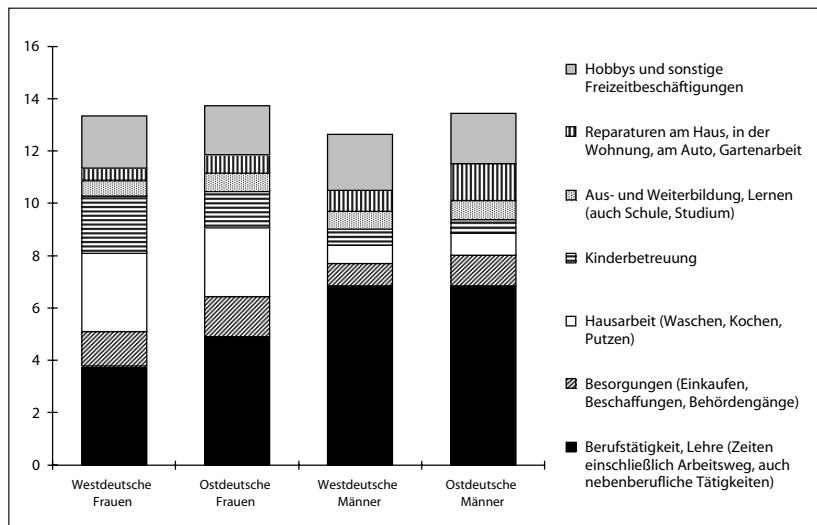
Anmerkungen: 1) 40 bis unter 60 Jahre; 2) unter 40 Jahre; 3) 30 bis unter 50 Jahre; 4) 40 bis unter 60 Jahre 5) 40 bis unter 70 Jahre; 6) 50 und mehr Jahre.

Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt, Picot 1999, Anhang.

und Oechsle bei jungen Frauen vier unterschiedliche Typen der Lebensplanung – zwischen traditionell familienzentriert, berufs- und familienorientiert, berufszentriert bzw. völlig individualisiert – herausstellen (vgl. Geissler, Oechsle 1996), ist erkennbar, dass heute nach wie vor den Frauen – selbst wenn sie voll erwerbstätig sind – der überwiegende Teil haushaltsbezogener oder familialer Aufgaben überlassen bleibt: »Nach wie vor sprechen mehr Indizien für die Kontinuität einer traditionellen Verteilung der Hausarbeit als für Tendenzen zu egalitären Formen der familialen Arbeitsteilung – auch in Dual-Earner-Familien, Familien also, in denen die Angleichung der Lebensentwürfe von Männern und Frauen am weitesten fortgeschritten ist« (Künzler 1994, S. 200). Ferner führt Künzler aus: »Die Hausarbeit der Männer ist stabil und zeigt kaum Variabilität; es ist die Hausarbeitszeit der Frauen, die hochgradig variabel ist und wesentlich davon abhängt, ob die Frauen erwerbstätig sind oder nicht. Erwerbstätige Frauen leisten stets deutlich weniger Hausarbeit als nichterwerbstätige. Die Reduktion der Hausarbeitszeit erwerbstätiger Frauen ist es, die den Eindruck entstehen lässt, Männer mit erwerbstätigem Partnerin würden sich stärker an der Hausarbeit beteiligen als Männer mit nichterwerbstätigem Partnerin, steigt doch derart ihr relativer Anteil an der Hausarbeit« (Künzler 1994, S. 200 f.). So zeigen auch die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Zeitverwendung (Zeitbudgeterhebung 1991/92) beispielsweise für die Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 25 und 30 Jahren, dass die Erfüllung familialer Aufgaben wie Hausarbeit und Kinderbetreuung bei den Frauen mit täglich durchschnittlich 4 Stunden und 34 Minuten ungefähr dreimal höher liegt als bei den Männern (1 Stunde und 35 Minuten) (vgl. Holz 1998, S. 690). In diesen Fragen ist auch eine mögliche ›Verzerrung‹ bei Verwendung von Befragungsdaten (gegenüber Zeitverwendungsstudien mit Aufschreibungen) beachtenswert, z. B.: »Sowohl was Putzen als auch Einkäufe anbelangt, sind 16- bis 34jährige Männer deutlich häufiger der Meinung, diese Aufgaben werden von ihnen und ihrer Partnerin gleichermaßen übernommen, als gleichaltrige Frauen, die sich wiederum selbst stärker allein dafür verantwortlich fühlen. Weitere Discrepanzen sind hinsichtlich des Kochens zu verzeichnen, das darüber hinaus weitaus mehr 16- bis 34jährige Männer als Frauen zu ihrem alleinigen Arbeitsbereich zählen. Eine Veränderung der Rollenverteilung bei der Hausarbeit findet also auch bei den jüngsten Befragten nur nach Einschätzung der Männer statt« (IPOS 1996, S. 14). Zwar kommt das IfD-Allensbach zum Ergebnis, »... Männer neigen nicht generell zu einer Überschätzung ihres Beitrags zur Haushaltsführung...« (Institut für Demoskopie Allensbach 1993, S. 38), aber auch hier ist ein Befund eindeutig: »Stärker als an konkreten Arbeiten im Haushalt beteiligen sich Männer an Dispositionen für den Haushalt, sei dies bei der Verwaltung des Haushaltsgeldes, der Regelung von Geldangelegenheiten oder bei der Einteilung, Planung, was im Haushalt gemacht werden soll« (ebenda). Auf der

Abbildung 7:

Durchschnittlich aufgebrachte Stundenzahl für verschiedene Tätigkeiten an Werktagen nach Geschlecht (Angaben in Stunden)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten des SOEP 1997.

anderen Seite verfügen die Männer mit 5 Stunden und 5 Minuten über wesentlich mehr ›freie Zeit‹ als die Frauen mit 4 Stunden 22 Minuten (vgl. Holz 1998, S. 692). Die geschlechtsspezifische Arbeitsverteilung der (werk-)täglichen sozialen und hauswirtschaftlichen Verpflichtungen bleibt damit, wie die Abbildung 7 nach eigenen Auswertungen des Sozioökonomischen Panels für das Jahr 1997 zeigt, auch in einer sich ›wandelnden‹ Gesellschaft weiter bestehen.

Frauen treffen dabei – wie Männer – aus ihrem gesamten Lebenszusammenhang heraus ihre Entscheidungen bezüglich der Zeitverwendung für alle einzelnen Lebensbereiche. Dabei ist generell festzuhalten, dass die häufig übersehene negative Seite der Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitszeiten insbesondere für Frauen mehrfache zusätzliche Dilemmata birgt (vgl. dazu Garhammer 1994; Stolz-Willig 1999), vor allem für sozial schwächere Frauen bzw. Frauen mit Kindern. Denn wenn auch Teilzeitarbeit vielfach als *das* Lösungskonzept zur Vereinbarung von Familie und Beruf propagiert wird, so »wirken sich die Synchronisationsvorteile dieser Arbeitszeitform eher einseitig und zugunsten des – in der Regel – vollzeiterwerbstätigen Partners aus, während die Synchronisationsanforderungen der beruflichen und familiären Zeitbedürfnisse von

den Frauen allein bewältigt werden müssen» (Barkholdt 1998, S. 152). Oder, um es – trotz einer gewissen »... stärkeren Ausgewogenheit der Zeitverwendung zwischen den Geschlechtern« (Blanke 1996, S. 215) als früher – noch deutlicher zu formulieren: »Traditionelle Arbeitsmuster halten sich. Männer leisten mehr bezahlte, Frauen mehr unbezahlte Arbeit. Hauswirtschaftliche Tätigkeiten sind eine Frauen-, handwerkliche Tätigkeiten eine Männer-Domäne ... Kürzen Frauen ihre Erwerbsarbeit nicht – aus welchen Gründen auch immer – und arbeiten Vollzeit, so sind sie die am stärksten belastete Personengruppe« (ebenda, S. 214). Das bestätigen auch die ISO-Arbeitszeitstudien, die zeigen, »dass Männer durchgängig längere erwerbsarbeitsgebundene Zeiten und längere Eigenarbeitszeiten als Frauen aufweisen, während diese mehr Zeit für Pflege Dritter, Hausarbeit und Kinderbetreuung aufwenden« (Bauer, Groß, Schilling 1996, S. 22). Beachtenswert ist dabei auch, dass nach eigenen Auswertungen des Europäischen Haushaltspanels 1996 weniger als ein Fünftel der befragten deutschen Haushalte angaben, nach eigener Schätzung mehr als 2000,- DM pro Jahr durch Do-it-Yourself zu sparen; in den oberen Einkommensgruppen liegt dieser Anteil immerhin bei einem Drittel.

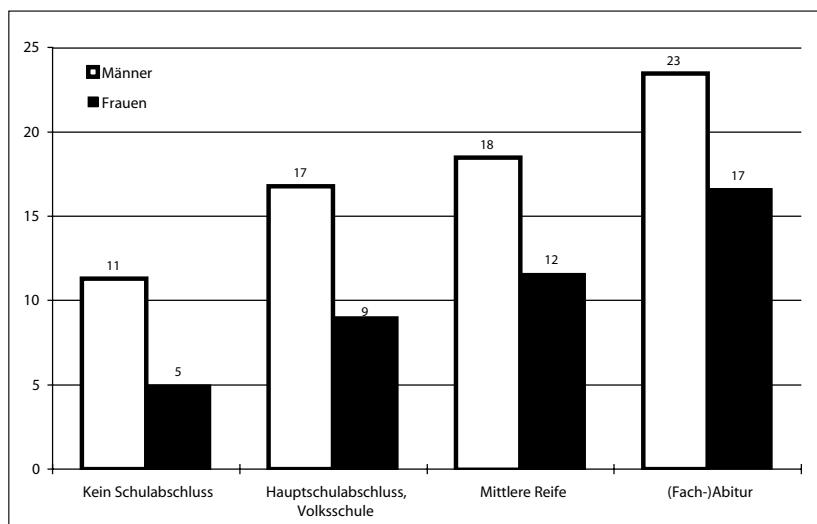
Dass Familienarbeit und Hauswirtschaft insbesondere Männer und Frauen in verschiedener Form betrifft – und letztlich äußerst ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist –, ist hiermit empirisch belegt (vgl. auch Engstler 1998, S. 127 ff.). Darüber darf jedoch nicht übersehen werden, dass Aspekte, wie der verbrachte Zeitaufwand für diese gesellschaftlich und individuell wichtigen Tätigkeiten und ihr Wert (vgl. z. B. Schäfer, Schwarz 1996), das ›Sich-leisten-können‹ von Minder- oder Nichtintegration in den Erwerbsarbeitsmarkt (vgl. z. B. Dathe 1998; Kistler, Sing 1998, S. 156 ff.), aber auch die Zufriedenheit mit z. B. einer ›Nur-Hausfrauenrolle‹ (vgl. z. B. Sing 1998, S. 97 ff.) und die damit wohl eng zusammenhängende Frage nach eben anderen Rollen und Tätigkeiten, die gesellschaftliche Anerkennung und subjektive Sinnfüllung vermitteln (vgl. z. B. Kistler, Hilpert, Sing 1998, S. 27 ff.), nicht nur eine Geschlechterfrage ist. Sie hängen vielmehr in hohem Maß auch vom sozio-ökonomischen Status, nicht zuletzt den finanziellen Ressourcen der Haushalte und Individuen ab. Gleichermaßen gilt, wie oben erwähnt – entgegen landläufiger Stereotype –, übrigens auch für Eigenarbeit, do-it-yourself oder überhaupt Freizeitbeschäftigungen, die teils auch einen direkten geldwerten bzw. -äquivalenten Vorteil bringen (vgl. z. B. Hilpert, Hotopp, Kistler 2000, S. 97).³²

32 Auf eine entsprechende Differenzierungsnotwendigkeit in der Betrachtung, z. B. auch nach Stadt-Land-Unterschieden, Regionen, Wohnquartieren etc., sei hier nur hingewiesen.

2.3.2 Geschlechtsspezifische Ungleichverteilung von ehrenamtlichem Engagement

Im Folgenden sollen einige empirische Ergebnisse eigener multivariater Auswertungen des SOEP³³ zur geschlechtsspezifischen und sozio-ökonomischen Struktur des ehrenamtlichen Engagements kurz dargestellt werden. Während die Zeitreihen in Abschnitt 2.2.3 schon zeigten, dass das Engagement von den weiblichen Befragten selbst durchweg als niedriger, seltener eingeschätzt wird, als es die Männer tun, so zeigen sich auf der darunterliegenden Analyseebene bei beiden Geschlechtern bereits bildungsspezifische Einflüsse (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8:
Personen, die 1997 >jede Woche< oder >jeden Monat< ein Ehrenamt ausübten, nach schulischer Bildung und Geschlecht (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten des SOEP 1997.

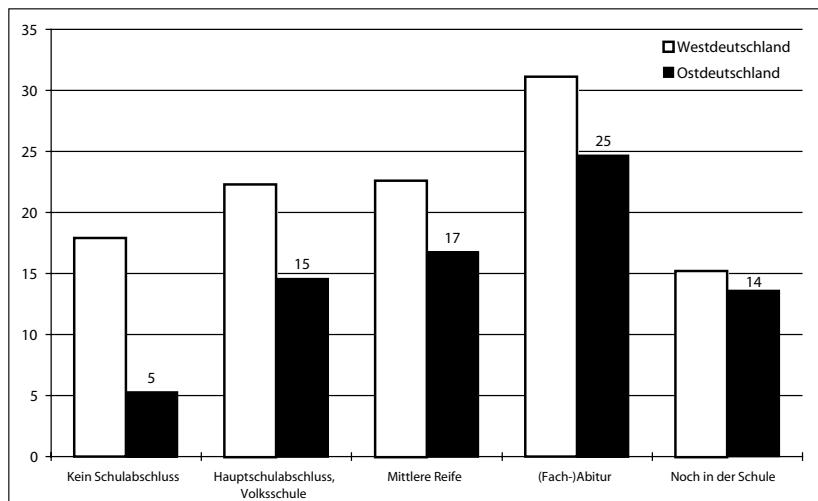
33 Einen Überblick über entsprechende Verfahren gibt z. B. Langeheine 1984. Entsprechend dessen Ergebnis ist auch hier den Auswertungen die Anwendung von Chaid-Analysen (Chi-square Automatic Interaction Detection) zugrunde gelegt. Diese teilen eine Population anhand von vorgegebenen Variablen in verschiedene Teilstichprobengruppen ein, so dass eine abhängige Variable in den verschiedenen Teilstichprobengruppen signifikant unterschiedliche Ausprägungen hat (vgl. Bühl, Zöfel 1996, S. 75 ff.).

Auf dieser nächsten Analyseebene beeinflusst bei den am höchsten gebildeten Männern die Verbundenheit mit der Umgebung das Engagement signifikant, bei denjenigen mit Realschulabschluss zeigt sich nach der Ost-West-Differenzierung für westdeutsche Männer das Alter als wichtiger Einflussfaktor. Das Alter spielt gleichzeitig bei denjenigen ohne Ausbildung eine Rolle, wobei hier – im Unterschied zu denjenigen mit Realschulabschluss – das Engagement in den unteren Altersklassen höher ausfällt. Für diejenigen Männer mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss hängt das ehrenamtliche Engagement zunächst vom Erwerbsstatus ab; auf der darunterliegenden Analyseebene von der Verbundenheit mit der Umgebung.

Die Auswertungen für die Frauen unterscheiden sich davon in mehreren Punkten. So hängt das ehrenamtliche Engagement bei den Frauen ohne Bildungsabschluss ebenfalls vom Alter der Befragten ab (bei vergleichbar starkem Einfluss); bei den Abituriertinnen und denjenigen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss spielt jedoch zunächst die Ost-West-Differenzierung eine Rolle und dann der berufliche Abschluss (bei den westdeutschen Frauen mit Abitur, aber auch Realschülerinnen) bzw. das Einkommen (bei westdeutschen Frauen mit Hauptschulabschluss). Der Einfluss beispielsweise des Vorhandenseins von Kindern unter 16 Jahren im Haushalt oder aber die Verbundenheit mit der Umgebung zeigt sich in den zugrundeliegenden CHAID-Analysen erst aufgrund der Gruppenspezifität auf späteren Analyseebenen. Nichtsdestoweniger können durch eigene bivariate Auswertungen dennoch die allgemeinen Erkenntnisse, dass es nämlich gerade Familien mit Kindern sind, die sich zu einem hohen Prozentsatz engagieren, bestätigt werden (vgl. dazu auch die Ergebnisse in Heinze, Keupp 1998, S. 147).

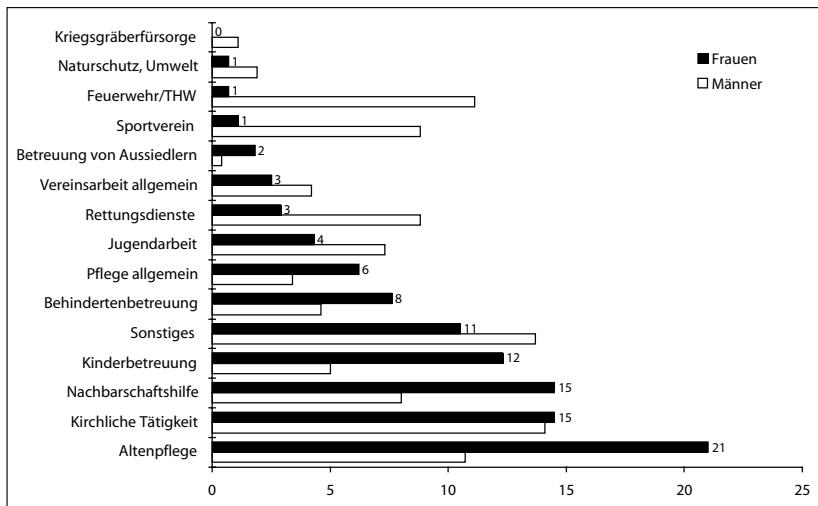
Die aufgezeigten Trends sind natürlich nicht unabhängig von weiteren Faktoren sowie veränderten Einstellungen der Haushaltsmitglieder, die jedoch in diesen Analysen nicht berücksichtigt wurden. Basierend auf empirischen Ergebnissen der Zeitbudgeterhebung 1991/92 stellt beispielsweise Holz hinsichtlich der Verwendung der Freizeit für ehrenamtliche Tätigkeiten oder aber Weiterbildung aufgrund des zeitlich höheren ehrenamtlichen Engagements der Männer (2,5 Stunden) gegenüber den Frauen (2,0 Stunden) – bei einer gleichzeitigen Höherschätzung von Weiterbildungsaktivitäten durch die Frauen – die Vermutung auf: »Möglicherweise ist dies Ausdruck ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und Beruf, welche verstärkte Anstrengungen erforderlich machen« (Holz 1998, S. 692). Notz kritisiert dagegen: »Studien, wie z. B. die Zeitbudgeterhebung der Bundesregierung, die das Ergebnis haben, dass Männer mehr unbezahlte Arbeit leisten als Frauen, werfen diese Tätigkeiten, die meist neben der Berufsaarbeit geleistet werden, in einen Topf mit den sozialen Ehrenämtern der Frauen« (Notz 1999, S. 27). Die beiden folgenden Abbildungen zeigen daher zum einen die Ver-

Abbildung 9: Unentgeltliche karitative Tätigkeiten nach Schulbildung und Geschlecht in Deutschland 1995 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten von IPOS 1995.

Abbildung 10: Ehrenamtliches Engagement nach ausgewählten Bereichen in Deutschland 1995 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten von IPOS 1995.

teilung von unentgeltlichen karitativen Tätigkeiten nach Bildungsstand und Geschlecht in Deutschland, zum anderen ein differenzierteres Bild über die geschlechtsspezifische Verteilung ausgewählter Tätigkeiten im ehrenamtlichen Bereich. Während die >gröbere< Fragestellung ein höheres >soziales< Engagement wieder bei Männern erwarten lässt, kann durch die Abbildung 10 belegt werden, dass insbesondere pflegerische und sorgende Tätigkeiten typisch weibliche Ehrenamtsbereiche sind, während Männer deutlich häufiger sich bei der Feuerwehr/THW, im Sportverein oder z. B. Rettungsdienst engagieren.

2.4 ZUSAMMENFASSUNG

Die Disparitäten bei der Beteiligung am ehrenamtlichen Engagement spiegeln – so kann man zusammenfassend sagen – die Ungleichverteilung von Chancen und Ressourcen in der Gesellschaft wider. Somit gilt das, was bereits vor Jahren in der Selbsthilfediskussion unter dem Begriff des Mittelschicht-Bias diskutiert wurde (vgl. z.B. Jaufmann, Kistler 1985; Deimer u. a. 1983), zweifellos auch für das Ehrenamt. War das klassische bürgerliche Ehrenamt ja von Haus aus eine Form der Inpflichtnahme des Mittelstandes (vgl. Landwehr, Baron 1983, insbesondere S. 22 ff.), was im >Elberfelder System< kulminierte, und hatte die proletarische Solidaritätsausübung ebenfalls ihre eigenen, spezifischen Wurzeln und Ausprägungsformen (vgl. z. B. Wunderer 1980; Eifert 1993), so kann auch für die heutigen, vielfältigeren Formen solchen Engagements und ihre denkbaren zukünftigen Entwicklungslinien nicht unbesehen davon ausgegangen werden, dass sie für alle sozialen Gruppen gleich zugänglich und >geeignet< sind. Sind diese Voraussetzungen aber gruppenspezifisch ungleich verteilt, so ist die Vorstellung, dass entsprechende Aktivitäten einen Ersatz für Arbeit im herkömmlichen Sinne abgeben könnten, vielleicht auch nur für bestimmte Gruppen – wenn überhaupt – als Lösungsweg diskutierbar. Eine Nichtberücksichtigung der Gruppenspezifität könnte entsprechende Versuche von Anfang an – bis hin zum totalen Scheitern – in Frage stellen (vgl. Kistler, Schäfer-Walkmann 1999). Strategien einer Verweisung von Arbeitslosen (ob registrierte oder nichtregistrierte, spielt hier keine Rolle) auf entsprechende Lösungsansätze, eventuell sogar unter Androhung finanzieller oder anderer Sanktionen, wären so sozialpolitisch von Anfang an verhängnisvoll und wären nur ein weiterer Baustein in der unsäglichen >Missbrauchsdebatte< mit ihren Rechtfertigungskonstrukten (vgl. dazu Bleses, Rose 1998, S. 235 ff.) einer rigideren Sozialpolitik.

Darüber hinaus zeigte sich, dass nicht nur das ehrenamtliche Engagement, sondern auch die beiden anderen angesprochenen Bereiche natürlich starke sozio-demogra-

phische, gruppenspezifische Differenzierungen aufweisen: Auch die Erwerbsarbeit und die Familienarbeit, bzw. in einem weiteren Sinne die gesamten informellen Arbeitsformen – die nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst und deswegen gemeinhin geringer geschätzt werden, aber nichtsdestotrotz von enormer Bedeutung sind – stellen sich für verschiedene Gruppen der Bevölkerung in völlig unterschiedlicher Form und Bedeutung dar. Die Frage ist nun, ob die neuen Konzepte und Modelle von der Bürgerarbeit bis hin zu ›Neuen Tätigkeitsgesellschaften‹ die Vielfalt weiblicher Erwerbs-, Berufs- und Ehrenamtsorientierungen – unter den gegenwärtig gegebenen, vor allem auch arbeitsmarktbezogenen Zwängen und Barrieren – berücksichtigen und Ideen entwickeln, die dazu geeignet sind, die bestehenden Ungleichheiten abzubauen.

3. GRUNDLINIEN EINIGER KONZEPTE UND PRAXISBEISPIELE

3.1 ZUR GENERELLEN VERORTUNG DER KONZEPTE UND MODELLVERSUCHE

Die im vorherigen Kapitel aufgeführten empirischen Belege haben gezeigt, dass in der heutigen Gesellschaft durchaus die Notwendigkeit besteht, bei neuen Arbeitszeit- und Lebensmodellen die gesamtgesellschaftlichen Tendenzen, vor allem aber auch die individuellen Neigungen und Präferenzen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder – sei es für Erwerbsarbeit, sei es für bürgerschaftliches Engagement oder für die Eigenarbeit – zu berücksichtigen. Dies gilt dabei nicht nur wegen des Problems anhaltend hoher Unterbeschäftigung, sondern zumal wegen der Folgen zunehmender ‚Beschleunigung‘ (vgl. z. B. Backhaus 1999) und wachsender Flexibilisierungszumutungen (vgl. z. B. Sennett 1998).

Um im Folgenden die hier zu analysierenden Konzepte und die ausgewählten Varianten von Modellinitiativen im Gesamtspektrum der gegenwärtig in der Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutierten Gesellschaftsentwürfe verorten zu können, soll zunächst ein in wesentlichen Punkten an Senghaas-Knobloch (1999) angelehntes, aber erweitertes Raster zur Identifizierung aktueller gesellschaftlicher Strategien – vor dem Hintergrund der jeweils zu lösenden Probleme – erläutert werden (vgl. Tabelle 4).

Während das erste Strategiebündel der erwerbsarbeitszentrierten Ansätze ‚nur‘ auf arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Arbeitszeitverkürzung und Deregulierungsmaßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit setzt, nehmen auch die Strategien der zweiten und zum Teil der dritten Gruppe ihren Ausgangspunkt in den ungelösten Problemen des Arbeitsmarktes, sehen aber vor allem in weitreichenderen Maßnahmen die notwendigen Lösungsansätze. So bezieht sich die dritte Gruppe in ihren Ansätzen insbesondere auf die Neubewertung aller gesellschaftlichen Tätigkeiten, so dass damit fundamentale Implikationen für den Bedeutungswandel des Arbeitsmarktes, die soziale Sicherung und nicht zuletzt des Demokratieverständnisses verbunden sind. Unter diesen verschiedenen einzelnen Konzeptionen finden sich dabei solche, die ehrenamtliches Engagement direkt bzw. indirekt als Ersatzbetätigungsfeld für Nichterwerbstätige bzw. Nichtvollbeschäftigte diskutieren (vgl. z. B. Beck 1997, Giarini, Liedtke 1998), aber auch solche, die primär auf eine gesellschaftliche Aktivierung bzw. Partizipation

Tabelle 4: Übersicht über Strategien zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Ansätze jenseits von Markt und Staat

	Strategie	Problemdiagnose	Maßnahmen
Gruppe 1		Erwerbsarbeitszentrierte Ansätze	
wachstums- und investitionsförderliche	Deregulierung z. B. in der Kapital- und Finanzpolitik	Rezession, Strukturprobleme	Abbau von Überregulierungen, z. B. im Arbeitszeit-, Tarif-, Sozial- und Steuerrecht, Senkung von Sozialstandards
umverteilende	Arbeitszeitverkürzungen verschiedenster Art	Säkulares Sinken des Arbeitsvolumens	Allgemeine Arbeitszeitreduktion, Förderung von Teilzeitarbeit
wieder-erschaffende	Negative Einkommensteuer (z. B. Scharpf)	Gesellschaftliche Desintegration durch Abspaltung am unteren Ende des Arbeitsmarktes	Niedrig entlohnte Arbeitsplätze werden mit Hilfe staatlicher Mittel an die durchschnittliche Lohnentwicklung herangezogen
preis-korrigierende	z. B. Energieeffizienzförderung (E. U. Weizsäcker)	Umweltverbrauch ist zu billig, Arbeit ist zu teuer	Energiesteuer im Rahmen eines Steuerumbaus
Gruppe 2		Ansätze zwischen Erwerbszentrierung und Neubewertung von Tätigkeiten	
Übergänge sichernde	Übergänge und Übergangsmärkte zur Beschäftigungsicherung (z. B. Schmid)	Es fehlen genügend viele und stabile Brücken als Elastizitätspuffer	Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung, Lernen und Arbeiten, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung etc.
Gruppe 3		Ansätze der Neubewertung gesellschaftlicher Tätigkeiten	
segmentierende	Bürgergeld (z. B. Rifkin, Beck/Umsetzungsprojekte, Garini/Liedtke, ›Aktion 55‹)	Es gibt keinen Weg zurück zur Vollbeschäftigung	Aufwertung der Lebensbereiche außerhalb des Arbeitsmarktes, tendenzielle Zuweisungen von Tätigkeitsbereichen an bestimmte Personengruppen
existenzsichernde	›Prämien-,›Sabbath-Konto für (temporäre) Arbeitsmarktaussteiger (z. B. Offe)	Nationaler Souveränitätsverlust, Modernisierungsfalle	Aufwertung des Lebens außerhalb des Arbeitsmarktes, steuerfinanzierte Zuwendung an Arbeitsmarktaussteiger
pluralitätsfördernde	Neukombinationen verschiedener existenzsichernder Tätigkeiten (z. B. Gorz, Bergmann, Mutz, Arbeiterwohlfahrt)	Minderbewertung vieler nützlicher und gemeinwesenorientierter Tätigkeiten; Modernisierungsfalle	Förderung nicht erwerbsorientierter Tätigkeiten als bürgerschaftliches oder ehrenamtliches Engagement durch die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur und Grundsicherung
Gruppe 4		Ansätze jenseits der Erwerbsarbeitsproblematik	
gesellschafts- bzw. gemeinwesenfördernde	Strukturelle Erleichterung gesellschaftlichen Engagements (z. B. Hummel, Deutscher Caritasverband)	Rahmenbedingungen entsprechen nicht dem Bedarf der sich potentiell Engagierenden	Förderung unentgeltlicher Tätigkeiten als bürgerschaftliches oder ehrenamtliches Engagement durch die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur

Quelle: Eigene erweiterte Darstellung nach Senghaas-Knobloch 1999, S. 123.

des Bürgers an sich abstellen (vgl. z. B. Mutz 1999). Die vierte Gruppe ist schließlich mit einzubeziehen, um zu zeigen, ja zu betonen, dass es auch unabhängig von arbeitsmarktpolitischen Problemen gesellschaftliche Initiativen zu einer Stärkung des Gemeinwohls bzw. der Demokratie gibt, was auch heißt: Zivilgesellschaftliches Engagement hat seinen eigenen Stellenwert und andere Effekte ganz jenseits von Arbeitsmarktfragen!

Ohne hier auf alle Strategien im Detail einzugehen, noch allzu sehr den anschließenden Analysen der Konzepte bzw. Modellprojekte vorgreifen zu wollen³⁴, seien vorab einige die Tabelle erläuternde Anmerkungen ergänzt:

Gruppe 1: Erwerbsarbeitszentrierte Ansätze

Die Probleme des Arbeitsmarktes sind sicherlich zunächst adäquaterweise mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik zu lösen. Unter der Perspektive einer nach Einschätzung vieler Beobachter aber allein damit nicht mehr erreichbaren Rückkehr zu Zeiten der Vollbeschäftigung müssen dann allerdings explizit Aspekte der gesellschaftlichen Integration bzw. Exklusion breiter Bevölkerungsschichten berücksichtigt werden. So könnte z. B. eine radikale Deregulierung kurzfristig vielleicht sogar auch zu beschäftigungsfördernden Wachstumseffekten führen. Langfristig bestünde jedoch dabei zweifellos die Gefahr einer nicht mehr tragbaren, noch tieferen Spaltung der Gesellschaft in ›Gewinner‹ und ›Verlierer‹. Maßnahmen, wie verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzungen oder aber auch der negativen Einkommenssteuer, lassen sich idealtypisch dagegen schon eher mit Konzepten einer Aufwertung nicht erwerbsorientierter Tätigkeiten kombinieren. Letztere müssten jedoch derart gestaltet werden, dass keine Verdrängungseffekte von bezahlter zu subventionierter Beschäftigung stattfinden.

Gruppe 2: Ansätze zwischen Erwerbszentrierung und Neubewertung von Tätigkeiten

Die vom Konzept her wohl – wegen der gleichzeitigen Berücksichtigung weiterer Tätigkeitsbereiche außerhalb der Erwerbsarbeit – umfassendste *Arbeitsmarktstrategie* stellt Schmids Modell der ›Transitional Labour Markets‹ (Schmid 1998) bzw. der ›Übergangs Märkte‹ (vgl. Schmid 1997) dar. Diese sind generell als institutionelle Arrangements definiert, die zeitlich befristete Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen oder die Kombination von bezahlter Arbeit und unbezahlten, sozialen, gemein-

³⁴ Die Einordnung der in Kapitel 3.2 und 3.3 zu analysierenden Konzepte in die Kategorien ›segmentierend‹, ›existenzsichernd‹ oder aber ›pluralitätsfördernd‹ im Rahmen der Neubewertung gesellschaftlicher Tätigkeiten kann nur als grober Anhaltspunkt bezeichnet werden. Denn konzeptionelle Überlegungen können sich weiterentwickeln, so dass schließlich nicht immer von einem in sich geschlossenen Modell ausgegangen werden kann.

nützigen sowie sonstigen informellen Aktivitäten erlauben. Bedeutende Elemente dieser Strategie sind die Kombination von Arbeitszeitverkürzung mit Bildung oder Weiterbildung, Lohnsubventionen für untere Einkommensgruppen oder schwer vermittelbare Personen sowie verhandelte oder rechtlich abgesicherte Ansprüche auf eine Übergangsbeschäftigung. Damit sind Übergangsmärkte sozusagen flexible »Puffer«, die in wirtschaftlichen Rezessionen expandieren und in Boomzeiten kontrahieren können. Sie könnten einen fließenderen Übergang zwischen den verschiedenen Formen von Arbeit bzw. anderen Tätigkeiten erleichtern, da nun für beide Statusformen institutionelle Sicherungen vorhanden sind. Durch die breite, sozusagen rotierende gesellschaftliche Beteiligung würde – so die Grundüberlegung – zudem ein dauerhafter Ausschluss von Personengruppen vermieden und auch diskontinuierlichen Erwerbsverläufen Rechnung getragen.³⁵ In diesem Konzept wird daher einerseits die reale Gleichstellung von Mann und Frau durch eine gerechtere Verteilung der Arbeit angestrebt, andererseits soll auch eine finanzielle Anerkennung für nichterwerbsorientierte Arbeiten, wie z. B. Elternarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten etc., erfolgen. Obwohl vorgesehen ist, die durch eine Verkürzung der (Lebens-)Arbeitszeit höhere verfügbare Freizeit sinnvoll für Weiterbildung oder bürgerschaftliches Engagement zu nutzen, so ist dies jedoch nur *optional* – im Sinne größerer individueller Entscheidungs- und Handlungsspielräume – gedacht. Hier geht es demnach nicht darum, für das »Ende der Erwerbsgesellschaft« einen Lösungsansatz zu konstruieren, sondern vor allem um die arbeitsmarktpolitische Installierung struktureller »Brücken« für zunehmend diskontinuierliche bzw. fragmentierte Erwerbsphasen.

Gruppe 3: Ansätze der Neubewertung gesellschaftlicher Tätigkeiten

Neben den Debatten über erwerbsarbeitszentrierte Ansätze zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit werden seit Mitte der 90er Jahre Strategien virulent,³⁶ die vor dem

35 Dies bedeutet die Umverteilung von Arbeit von Insidern zu Outsidern, zwischen verkürzter und vollzeiter Beschäftigung, zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung, zwischen Männern und Frauen usw. Bezuglich des letzten Punktes ist Schmid eben gerade der Auffassung, dass das »Ein-Ernährer-Modell« die Männer bisher von der Familiendarbeit mit der Folge entlastet hat, dass Frauen vom Arbeitsmarkt ferngehalten wurden (vgl. Schmid 1997, S. 105).

36 Zu den frühen Kritikern der Arbeitsgesellschaft in ihrer deutschen Prägung zählen Hanna Arendt (1981, 1992) sowie André Gorz (1989, 2000). Als ein extremer Vertreter der »Befreiung der Gesellschaft« vom bisherigen Zwangscharakter der Arbeit plädiert Gorz schon seit langem für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch die drastische Verringerung der Arbeitszeit. Durch die gleichzeitige Einführung eines Bürgergeldes wäre auch der Lebensstandard aller Gesellschaftsmitglieder gesichert. Die frei werdende Zeit soll dann dem »Zuwachs von Freiheit und freien Selbsttätigkeitsmöglichkeiten« (Gorz, Glotz 1997) dienen. Nach seiner Auffassung dürften die Einkommen nicht mehr von der geleisteten Arbeitsmenge, sondern müssten von der Größe des gesellschaftlich erzeugten Reichtums abhängig gemacht werden. Gorz schlägt deshalb das Tätigsein aller Gesellschaftsmitglieder in dem Segment der ökonomisch zweckbestimmten Arbeit (Lebensunterhaltssicherung), der Hausarbeit und Eigenarbeit (Reproduktionsarbeit) sowie der autonomen Tätigkeiten (Tätigkeit als Selbstzweck) vor (vgl. Gorz 1989, S. 25).

Hintergrund der dauerhaft zu erwartenden ›Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft‹ eine Neuorientierung hin zu einem neuen Arbeitsbegriff bzw. einer neuen ›Tätigkeitsgesellschaft‹ fordern. Ein prominenter internationaler Vertreter dieser Argumentationsweise ist Rifkin. Nach ihm befinden wir uns in einem Informationszeitalter, in dem zunehmend nur noch sogenannte ›Wissensarbeiter‹, d.h. ›eine kleine, hoch ausgebildete Elite‹ (vgl. Rifkin 1997) benötigt werden. Auch er ist, wie z. B. Frithjof Bergmann (1997) der Meinung, dass die ›Leere‹, die durch Arbeitslosigkeit entsteht, durch alternative Tätigkeiten gefüllt werden muss – um beispielsweise zu verhindern, dass diese durch radikale Bewegungen missbraucht wird. Um vor allem auch die Jüngeren vor solchen psychosozialen Beeinträchtigungen zu bewahren, hält er es für erforderlich, neue Arbeitsgebiete z. B. in einem sozialen bzw. dritten Sektor (bei gemeinnützigen Vereinen etc.) – neben Staat und Wirtschaft – zu erschließen. Generell schlägt er dafür einen neuen Gesellschaftsvertrag vor, der durch deutliche Arbeitszeitverkürzungen zu einer Umverteilung von Arbeit – allerdings ohne bedeutende Lohneinbußen – führt. Dies soll dadurch finanziert werden können, dass der Staat die Lohnnebenkosten der Unternehmen übernimmt. Durch die sinkenden Sozialausgaben (z. B. für Arbeitslosengeld etc.) und gleichzeitig höhere Steuereinnahmen können schließlich auch diejenigen (staatlich) in einem sozialen Sektor finanziert werden, die auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht unterkommen. Hier gilt es, ›die brachliegende Arbeitskraft genauso in sinnvoller Weise für gemeinnützige Aufgaben einzusetzen‹ (Rifkin 1997, S. 180).

Da für diesen Bereich – im Gegensatz z. B. zu Bergmann, der gerade durch seine Vorstellungen von ›New Work‹ das aktive und selbstbestimmte Individuum fördern will³⁷ – allerdings die staatliche Organisation und ›Kontrolle‹ des Arbeitskräftepotentials vorgesehen ist, geht es Rifkin letztlich wohl nicht um eine neue Gesellschaftsform mit

37 Aufgrund seiner Erfahrungen in der Automobilstadt Flint Anfang der 80er Jahre entstand die erste Definition von ›New Work‹ (vgl. Bergmann 1997, S. 524 ff.). Um Entlassungen zu vermeiden, wurde damals eine alternative Strategie gefunden: Jeder Arbeiter sollte ein halbes Jahr regulär arbeiten und in der anderen Hälfte des Jahres eine andere, ›höhere, kreativere, den persönlichen Talenten entsprechende Arbeit leisten, die vom Unternehmen sowohl finanziell als auch praktisch, d.h. in der Suche nach der geeigneten Tätigkeit, unterstützt wurde. Die ›Neue Arbeit‹ war dabei jedoch in den wenigen Fällen einfach zu finden, da die Auflage bestand, dass diese eine sein sollte, ›die man wirklich, wirklich will.‹ Aufgrund der von ihm aufgeführten vor allem volkswirtschaftlichen Vorteile, die durch das fortlaufende Einkommen (Kaufkraftersatz, Einsparung der Kosten bei Entlassungen) und die sinnvolle Beschäftigung der betroffenen Arbeiter (Erhalt des Humankapitals, der Motivation und Entwicklung von Kreativität bis hin zu neuen Jobs) entstehen, lag die Transformation der Erkenntnisse aus dem Modellversuch auf einen neuen Gesellschaftsvertrag nahe. Denn auch die vielfach schon praktizierten Arbeitszeitverkürzungen mangelten vor allem daran, dass ›ein Tausch, von einerseits etwas aufgegebenen, aber dafür etwas zu erhalten‹ (Bergmann 1997, S. 532), nicht stattfand. Die Reduzierung der Arbeitszeit konnte von den Betroffenen somit nicht als ›Befreiung‹ erlebt werden. Bergmann unterstützt daher die Institutionalisierung von Zentren (z. B. Zentrum für ›New-Work‹) zur Umsetzung seiner Idee, dass Menschen auch das tun sollten, wozu sie meinen, dass sie da sind, für das sie leben. Aufgrund dieses tief menschlichen Zusammenhangs warnt schließlich Bergmann davor, ›kreativere und höherwertige, aber nicht dem regulären Arbeitsmarkt angehörende Formen der Beschäftigung in Situationen des Personalabbau anzupreisen. In diesen Momenten würde seine Vision einer zukünftigen Tätigkeitsgesellschaft durch billige Interessen z. B. auf Arbeitgeberseite konterkariert.‹

einem eigenständigen dritten oder vierten Sektor, sondern lediglich um den Erhalt der bestehenden Gesellschaft – jedoch mit immer weniger ›Gewinnern‹ und immer mehr (›stillgestellten‹, weil beschäftigten) ›Verlierern‹ (vgl. dazu Möller 1998, S. 480). Denn letztlich weist er bestimmten Bevölkerungsgruppen (Jugendlichen und anderen ›Randgruppen‹ des Arbeitsmarktes) diesem neuen gemeinnützigen Sektor zu, wobei die Konditionen eben nicht denen des ersten Arbeitsmarktes entsprechen.

Wesentlich egalitärer – wenn auch nicht unbedingt realisierbarer – ist dagegen die Ausrichtung in den Überlegungen von Offe (1997). Er setzt an der seiner Ansicht nach gesellschaftlich notwendigen ›radikalen‹ Arbeitszeitverkürzung an und schlägt daher vor, für *alle Bürger* ein ›Sabbath-Konto‹ mit insgesamt zehn Jahren Zeit-Guthaben einzurichten. Dieses kann dann einen temporären Ausstieg in verschiedenen nach individuellen Bedürfnissen ausgerichteten Phasen (z. B. für die Kindererziehung) während der gesamten Erwerbsbiographie – bei einem gesicherten, steuerfinanzierten Einkommen³⁸ – ermöglichen: »Die Wirkungsweise wäre die, dass ... so der Angebotsüberhang am Arbeitsmarkt zu wesentlichen Teilen abgebaut würde, ohne dass es zu einer geschlechts- oder generationenspezifischen ›Ausgliederung‹ käme« (Offe 1997, S. 243).

Von nicht wenigen³⁹ wird somit unter anderem diskutiert, ob das ehrenamtliche Engagement, Freiwilligenarbeit usw. nicht gerade explizit zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen herangezogen werden kann, weil solche ehrenamtliche Arbeit vielleicht doch der Arbeitslosigkeit vorzuziehen wäre.⁴⁰ Dabei wird häufig die Chance zur Selbstverwirklichung und sozialen, ja gerade auch zur späteren beruflichen (Re-)Integration betont (vgl. zur Diskussion dieser Thematik in den 80er Jahren Backes 1987, S. 9). Die im Folgenden näher zu analysierenden Konzepte (vgl. Kapitel 3.2) und Modellversuche (vgl. vor allem Kapitel 3.3) zielen zum Teil ebenfalls auf eine Aufwertung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit – in der Regel einschließlich der von der Frauенforschung schon seit Jahren eingeforderten Berücksichtigung familiärer Leistungen sowie der Eigenarbeit – ab (vgl. z. B. Mutz 1999; Giarini, Liedtke 1998). Dabei bestehen jedoch insoweit bedeutende Unterschiede zwischen den einzelnen Ansätzen, als in den einen freiwilliges Engagement z. B. in Form von ›Bürgerarbeit‹ (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997; Beck 1997) durchaus zum *Ersatz* für wegbrechende Erwerbsverhältnisse werden soll bzw. kann (vgl. z. B. das Konzept der Bürgerarbeit in Kapitel 3.2.1, das ›Mehrschichtenmodell produktiver Tätigkeiten‹ in Kapitel 3.2.3 sowie die ›Aktion

38 Offe schlägt als Maßeinheit 40 % des Durchschnittseinkommens vor, so dass die Bemessungsgrundlage zwar für alle gleich ist, der (materielle) Anreiz – je nach Erwerbseinkommen der Bürger – sich aber unterscheidet.

39 Vgl. z. B. die Kurzbeiträge in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 6/7 (1998).

40 Hier setzt – unseres Erachtens berechtigt – der Verdacht von FrauenforscherInnen bereits an (vgl. z. B. Notz 1989, Notz 1998), dass dadurch insbesondere Frauen auf ›typisch weibliche‹ Beschäftigungsbereiche wie Hausarbeit und Reproduktionsarbeit verwiesen werden sollen. Zu detaillierteren Analysen vgl. Kapitel 3.2 und 3.3.

55< in Kapitel 3.3.2), in den anderen dagegen gerade der ergänzende Charakter zur Erwerbsarbeit und damit die Förderung gesellschaftlicher Pluralität herausgestellt wird (vgl. z. B. die ›Neue Arbeitsgesellschaft‹ in Kapitel 3.2.2 oder die ›Tätigkeitsgesellschaft‹ der AWO-Württemberg in Kapitel 3.2.4). Bei all diesen Konzepten – insbesondere aber bei denjenigen, die eine Substitution von Erwerbsarbeit durch andere gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten nicht ausschließen – muss allerdings genau geprüft werden, ob sie tatsächlich zukünftig die wesentlichen mit der Erwerbsarbeit verbundenen Funktionen übernehmen können.⁴¹ Sofern dies nämlich anzuzweifeln ist, würde eine Verweisung bestimmter Bevölkerungsgruppen bzw. insbesondere der Problemgruppen des Arbeitsmarktes (einschließlich der Frauen aus sozial schwächeren Schichten) in diese Tätigkeitsbereiche zu weiteren Ungleichheiten führen.

Gruppe 4: Ansätze jenseits der Erwerbsarbeitsproblematik

Darüber hinaus bestehen jedoch noch weitere Ansätze, die – unabhängig von der Arbeitsmarktproblematik – auf eine Stärkung bzw. Neuformierung der Bürgerschaft fokussieren (vgl. dazu die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg in Kapitel 3.3.1) oder aber im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsstruktur eine Förderung des ehrenamtlichen Engagements unterstützen (vgl. dazu die Aktivitäten des Deutschen Caritasverbandes in Kapitel 3.3.3). Für diese kann festgestellt werden, dass soziales und bürgerschaftliches Engagement einen eigenen Wert hat – für die Helfenden wie für diejenigen, denen geholfen wird, und im Sinne des ›Sozialen Kitts‹ auch für die Gesellschaft als Ganzes (vgl. Kistler, Sing 1998a, S. 32). Dennoch sollte auch hier beachtet werden, dass das – zumindest heutige – insbesondere bei Frauen verbreitete soziale Ehrenamt »eine widersprüchliche, für positive und/oder negative Ausprägungen offene, unter gegebenen gesellschaftlichen und individuellen Voraussetzungen jedoch problematische Frauenarbeit« (Backes 1987, S. 10) ist.

Auf der Grundlage einer auf einem einheitlichen Raster basierenden Analyse soll nun herausgearbeitet bzw. untersucht werden, inwiefern die ausgewählten Konzepte und Modellvorschläge bzw. -initiativen zum Thema auf eine breite theoretische und

41 Senghaas-Knobloch unterscheidet z.B. vier zentrale Funktionen der Erwerbsarbeit (vgl. Senghaas-Knobloch 1999, S. 119 ff.), die sich im Wesentlichen wiederum in die zwei Dimensionen der materiellen und immateriellen Ressourcensicherung zusammenfassen lassen. So wird durch das Erwerbseinkommen einerseits ein gewisser Lebensstandard direkt bzw. indirekt durch die von der Erwerbsarbeit in der Regel abgeleiteten Sozialversicherungsansprüche gewährleistet, auf der anderen Seite ermöglicht die Erwerbsarbeit den Individuen, ihr Leben zeitlich zu strukturieren und mit sinnvollen, d.h. Identität stiftenden Aufgaben zu gestalten, was letztlich auch die soziale Anerkennung für das Geleistete mit einschließt. Gerade der letzter genannte Punkt bedingt dann auch die Integration bzw. die Teilnahme der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesellschaft.

auch empirische Datengrundlage zurückgreifen. Dazu ist es nötig, verschiedene Kriterien an die zu prüfenden Vorstellungen einer Förderung von Ehrenamtlichkeit – vor allem für Frauen – anzulegen. Aufgrund der unterschiedlichen Untersuchungsgegenstände (Ehrenamt, Bürgerarbeit oder z. B. Sozialkapital), den verschiedenen verwendeten Untersuchungsperspektiven (Mikro- oder Makroebene) oder z. B. der angewandten Theorien (ökonomische, soziologische etc.) bietet es sich für den Problemgegenstand an, zunächst die ausgewählten gesellschaftspolitischen Konzepte und Modellversuche zum zivilgesellschaftlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagement ein Stück weit auf ihre zugrundeliegenden gesellschaftlichen Leitbilder hin zu hinterfragen, ihre genauen Konditionen und Wirkungen hinsichtlich der Themenbereiche ›Frauen zwischen Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Familienarbeit‹ zu systematisieren und unter Einbeziehung ihrer jeweiligen Grundlagen bezüglich Erfolg und unbeabsichtigter ›Nebenwirkungen‹ aufzuarbeiten. Ferner soll zum einen die Art und der Bereich des ehrenamtlichen Engagements, nämlich ob es sich um ›traditionelles‹ Ehrenamt z. B. im sozialen oder sportlichen Bereich oder aber neuere Formen der zeitlich und inhaltlich begrenzten ›gesellschaftlichen Projektarbeit‹ bis hin zu noch weiter gefassten Formen des sogenannten ›Sozialkapitals‹ bzw. ›Sozialvermögens‹ einer Gesellschaft handelt, und zum anderen das Spektrum der Ebenen benannt werden, auf die sich ehrenamtliches Engagement aus Sicht der jeweiligen Autoren auswirkt. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang darzustellen, ob bzw. inwieweit Korrelationen zwischen den individuellen Aktivitäten im Ehrenamtsbereich und in den Lebensbereichen wie Familien- und Erwerbsarbeit konstatiert – bzw. vorausgesetzt – werden.

Im Fokus der Analysen stehen dabei jeweils die frauenspezifischen Besonderheiten sowie die subjektiven und objektiven Voraussetzungen seitens der betroffenen Frauen – speziell der Frauen in schwächeren sozialen Lagen – bzw. der geltenden Beschränkungen in den Handlungsressourcen, die für eine ›Passung‹ dieser Konzepte mit der sozialen Realität nötig sind. Neben der Identifizierung inhaltlicher, theoretischer und empirischer Lücken wird insbesondere Aufmerksamkeit vor allem auf die den Studien zugrundeliegenden quantitativen und qualitativen Belege gerichtet, da bei diesem heterogenen und bisher nur unvollständig und unbefriedigend erfaßten Problemgegenstand aufgrund der jeweils verschiedenen Herangehensweisen selten vergleichbares empirisches ›Material‹ verwendet wird und damit verallgemeinerbare Aussagen schon aufgrund der Inkompatibilität der Ergebnisse nur sehr eingeschränkt erfolgen können. Sofern es sich allerdings um praxisbegleitende Studien, Erfahrungsberichte, qualitative und quantitative ›Prozessdaten‹ oder Evaluationen handelt, so sind mit diesen in der Regel zwar keine repräsentativen Aussagen über den Umfang und die Struktur ehrenamtlich engagierter Personengruppen möglich, dennoch aber können durch

sie wesentliche Hinweise auf z. B. strukturelle bzw. infrastrukturelle Voraussetzungen in Verbindung mit der Motivation der Engagierten für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten erfolgen oder Determinanten des ›Ehrenamtsverhaltens‹ aufgedeckt werden.

3.2 VERSCHIEDENE KONZEPTE ZUM EHRENAMTLICHEN BZW. BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT

3.2.1 ›Bürgerarbeit‹

3.2.1.1 Das Konzept von Beck

Das in den letzten Jahren in der Diskussion am meisten beachtete – und hier am relativ ausführlichsten darzustellende – Konzept zur Definition eines Übergangs von einer ›Nur-Erwerbsarbeitsgesellschaft‹ zu einer ›gemischten Tätigkeitsgesellschaft‹ ist von Ulrich Beck im Rahmen seiner Mitarbeit in der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen entwickelt worden (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 166 ff.). Vor dem Hintergrund des dort diagnostizierten ›Endes der Vollbeschäftigung‹ und des Wandels von einer arbeitnehmerzentrierten, industriegeprägten Erwerbsarbeitsgesellschaft zur unternehmerischen Wissensgesellschaft wird das Konzept als Lösungsansatz für die vielfältigen damit verbundenen Probleme eingeführt. Denn auf die Frage »Was beginnt jenseits der Erwerbsarbeit« meint Beck optimistisch: »Wenn es gut geht und wir es wollen – Bürgerarbeit. Das hieße, die Chance der Krise ergreifen« (Beck 1997, S. 7).

Dafür sollen zunächst nicht-marktgängige, aber gemeinwohlorientierte Arbeiten im Sinne der Stärkung einer politisch aktiven Bürgergesellschaft neu erschlossen werden.⁴² Durch die Bildung von kommunalen Ausschüssen und die Einsetzung eines ›Gemeinwohl-Unternehmers‹, der mit der Organisation von ›neuartigen‹, d.h. außerhalb des traditionellen Ehrenamtsmilieus liegender sowie zeitlich begrenzter Projekte beauftragt wird, soll dabei vor allem das ›freiwillige soziale Engagement‹ gefördert werden, das zur Begründung einer ›neuen öffentlichen Fürsorge‹ – neben Staat und Wirtschaft – beitragen soll. Nach diesen Vorstellungen trate somit »an die Stelle des Monopols der Erwerbsarbeit ... eine plurale Tätigkeitsgesellschaft, in der im Grenzfall alle (in verschiedenen lebenszeitlichen Rhythmen) zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Bürgerarbeit wechseln« (ebenda, S. 8). Damit könnte – so das Konzept – der zunehmenden

42 »Es geht also nicht nur um Beschäftigungstherapie für Arbeitslose. Es geht vor allem um den Ausbau einer engagierten Bürgergesellschaft, die sich um öffentliche Angelegenheiten kümmert und mit ihren Initiativen das Gemeinwesen belebt« (Beck 1997, S. 7).

Individualisierung der Gesellschaft Rechnung getragen und einer Erosion der Demokratie vorgebeugt werden.

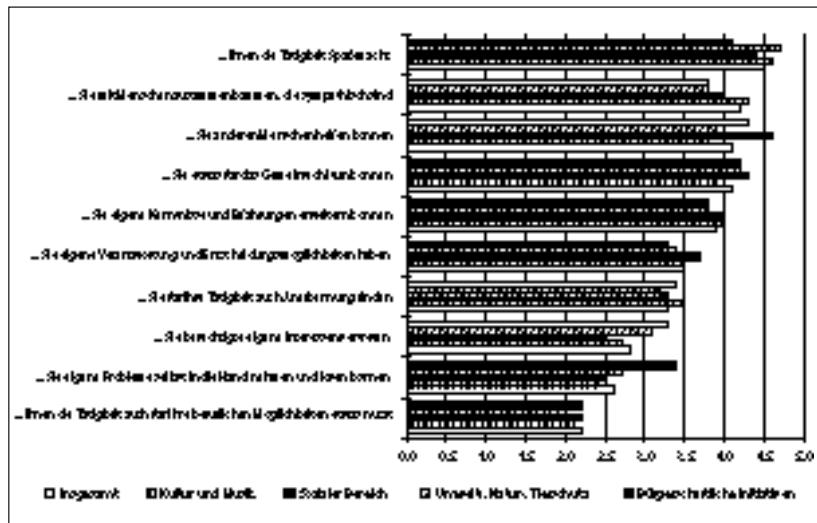
Erste widersprüchliche Aussagen treten jedoch auf, wenn durch ›Bürgerarbeit‹ weitere Zielsetzungen erreicht werden sollen, auf die im Folgenden vor allem unter geschlechts- und schichtspezifischer Perspektive näher einzugehen ist. Denn ›Bürgerarbeit‹ erhebt insbesondere auch den Anspruch, gleichzeitig einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu leisten.⁴³ Somit werden als Zielgruppe neben den Erwerbstägigen⁴⁴ vor allem die Arbeitslosen, Hausfrauen, Studenten, Sozialhilfeempfänger und Rentner genannt. Bereits in diesem Kontext stellt sich die Frage, inwieweit die unterstellten Motive für freiwilliges soziales Engagement in den im Konzept vorgeschlagenen Themenbereichen wie Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sterbehilfe, Betreuung Obdachloser etc. den realen Bedingungen, d.h. vor allem den Möglichkeiten verschiedener sozialer Gruppen entsprechen (vgl. Abbildung 11).

Die Erkenntnis, dass das freiwillige Engagement im Wesentlichen von der ›biographischen Passung‹ gewisser Personengruppen wie Berufseinsteiger, arbeitsloser Akademiker bzw. der intrinsischen Motivation – wenn auch nicht unbedingt im Sinne von Altruismus – abhängt, wird in dem Konzept dagegen treffend beschrieben (ebenda 1997, S. 150 f.). Konzidiert wird – entsprechend des allgemeinen Forschungsstandes – auch, dass das traditionelle Ehrenamt stark gruppenspezifisch geprägt war und ist. Dem für die Kommission von Heinze und Keupp erstellten Gutachten (vgl. Heinze, Keupp 1998) – einer Analyse einiger Wellen des Sozioökonomischen Panels im Querschnittsvergleich – wird dann der Befund einer leichten Angleichung der gruppenspezifischen Häufigkeiten in den in den Interviews berichteten Engagements, z. B. in der Verteilung nach dem Bildungsstand der Befragten, entnommen, wonach »regelmäßiges Engagement zurückgeht, während das unregelmäßige Engagement stark gewachsen ist« (ebenda, S. 111; vgl. auch Abbildungen 5 und 6 in Abschnitt 2.2.3). Gerade auch bei arbeitslosen Akademikern ist danach das Engagement – allerdings in seinen neuen Formen (eher diskontinuierlich, weniger organisationsgebunden, stärker von selbstbezogenen Motiven geprägt) – gestiegen, zumindest in seiner Häufigkeit, nicht jedoch in seiner zeitlichen Intensität.

43 »Darüber hinaus stellt Bürgerarbeit auch einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit dar. Warum? In demselben Maß, in dem Bürgerarbeit attraktiv wird ... sinkt die Nachfrage nach Erwerbsarbeit. Denn es entsteht eine öffentliche Nische, in der die Menschen die schönen Seiten eines begrenzten ›Arbeitsdrogenentzugs‹ erfahren können« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 166).

44 Für diese entstünde nach dem Konzept ›eine ›duale Beschäftigungsgesellschaft, in der sich vielfältige Kombinationen von Erwerbs- und Bürgerarbeit ergeben (für verschiedene Lebensabschnitte, Lagen etc.)‹‹ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 166).

Abbildung 11: Statements von in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ehrenamtlich Engagierten in Ost- und Westdeutschland 1999 auf die Frage: »Welche Erwartungen verbinden Sie mit dieser Tätigkeit? Wie wichtig ist Ihnen, dass ...«

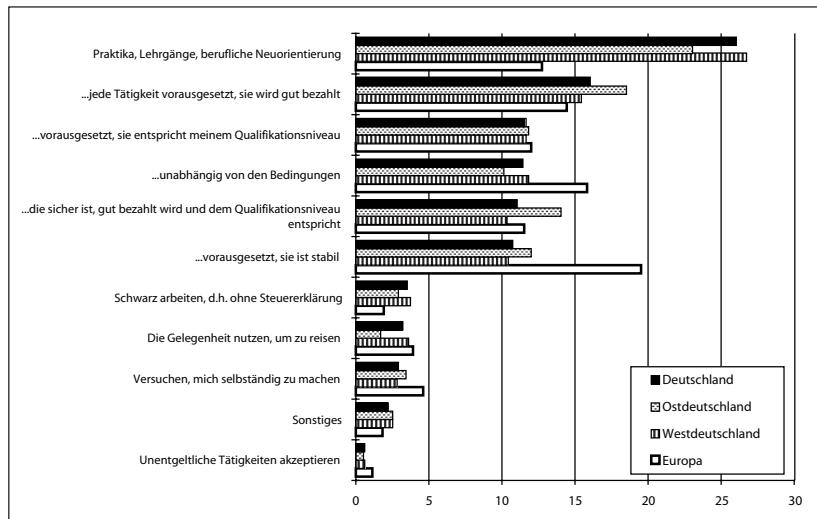


Anmerkung: Mittelwerte einer Skala von 1 (= trifft nicht zu) bis 5 (= trifft in sehr hohem Maß zu).

Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 47 der tätigkeitsbezogenen Auswertungen.

Damit lautet die von Heinze und Keupp in ihrer Expertise gezogene Konsequenz: »Nicht jede Gruppe von Arbeitslosen ist voraussetzungslos für freiwilliges Engagement aktivierbar. Junge Akademiker nutzen Engagement häufiger zur Weiterqualifizierung und als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Vor allem Personen, die bereits vor dem Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit in Netzwerken oder Projekten aktiv waren, setzen dieses Engagement fort, wenn sie nicht mehr erwerbstätig oder arbeitslos sind. Bei Nicht-Engagierten ist dagegen kaum zu erwarten, dass sie beim Eintritt von Arbeitslosigkeit andere Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit automatisch als Option begreifen« (ebenda, S. 113). Abbildung 12 zeigt diesbezüglich auf Grundlage der Eurobarometer-Umfrage 47.2 vom Frühjahr 1997, dass zumindest auf der Ebene von Absichtserklärungen – hier für die Bevölkerungsgruppe der Jungen – nur eine recht geringe Bereitschaft dazu besteht. So würde fast kein Jugendlicher in Deutschland, wie auch in den anderen EU-Ländern, in Phasen der Arbeitslosigkeit ohne weiteres ›unentgeltliche Tätigkeiten‹ akzeptieren. Die befragten Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren wären aber durchaus in relevanten Größenordnungen bereit, Beschäftigungen wie Praktika oder Lehr-

**Abbildung 12: Bereitschaft zu verschiedenen Verhaltensweisen im Fall von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen in Deutschland und in der EU 1994
(Angaben in %)**



Quelle: Eigene Darstellung nach Eurobarometer 47.2; 1997.

gänge anzunehmen, die ihre Chancen für eine Integration in den Arbeitsmarkt deutlich erhöhen könnten.

Ein zentrales Thema für die Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates muss es folglich sein, die hier analytisch und empirisch offenliegende Problematik solcher scheinbar »fließender Übergänge« auf ihre Perspektiven und Implikationen hin näher zu beleuchten und auf ihre Auswirkungen hin kritisch zu hinterfragen, d.h. vor allem auch zu fragen, wie tragfähig diese und ähnliche »Brücken« für wen sind.

Ist diese Formulierung von der nur als *Option* (vgl. dazu das Modell der Übergangs-märkte in Abschnitt 3.1) begreiflich zu machenden Tätigkeit anstelle von Erwerbsarbeit schon optimistisch – und von sozialpolitischen Vorstellungen einer an sich ja via Sozial-/Arbeitslosenhilfe »ausreichenden« materiellen Absicherung und einem Leitbild weg von der (Familien-)Existenzen sichernden Erwerbsarbeit und weg von individualisierten Sozialstaatstransfers geprägt –, so wird aus diesem Optimismus in dem Konzept der Bürgerarbeit daraus bereits eine echte *Alternative* abgeleitet.

Dabei setzt der »begrenzte Arbeitsdrogenentzug« zum einen voraus, dass die intrinsischen Arbeitsanreize wesentlich die extrinsischen überlagern, da Bürgerarbeit nicht

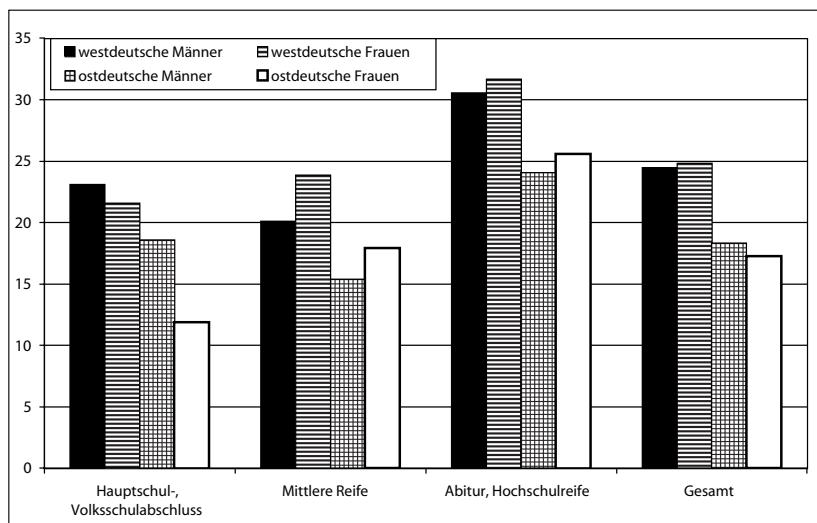
ent-, sondern vor allem immateriell belohnt⁴⁵ wird (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 146) –, wenn auch gleichzeitig die Existenz bei Bedarf durch Bürgergeld⁴⁶ notfalls materiell gesichert wird. Damit werden, wie schon angesprochen, gerade die begrenzten und sozial ungleich verteilten Ressourcen und Handlungspotentiale in schwächeren sozialen Schichten ignoriert. Zahlreiche Studien – von denen Beck selbst eine zitiert (vgl. oben) – belegen dagegen (vgl. Abbildung 13), dass freiwilliges Engagement gerade wegen der dort nötigen Ressourcen wie Bildung und Einkommen noch immer mittelschichtorientiert ist, auch wenn die Zahl bestimmter engagierter Arbeitsloser in den vergangenen Jahren in Deutschland zugenommen hat.

In dem Konzept der Bürgerarbeit wird daher als Lösung für die fehlende Motivation und Überzeugungskraft des ›begrenzten Arbeitsdrogenentzugs‹ sozusagen die ›Zauberkraft‹ des einzusetzenden ›Gemeinwohlführer‹ gesehen (vgl. v.a. ebenda, S. 131 f.), der als eine Verbindung aus ›Mutter Theresa und Bill Gates‹ es versteht, die Menschen »so zu verführen, etwas zu tun, was sie ansonsten vielleicht gar nicht erwogen hätten« (Beck 1997, S. 8). Den ›Gemeinwohlführern‹ kommt folglich eine Schlüsselposition zu, die allerdings hinsichtlich der Machbarkeit und Seriosität hinterfragt werden muss: »Sie sind pfiffig und findig darin, soziales Kapital zu schaffen und zu nutzen: Sie stellen Beziehungen her, knüpfen soziale Netzwerke, stiften Vertrauen und Kooperation. So verschaffen sie sich auch Zugang zu finanziellem Kapital Alles dies macht sie auch leicht bürokratie- und hierarchieunfähig. Ihre Initiativen widersprechen oft dem, was in Politik und Verwaltung als ›machbar‹ gilt. Und das ist gut so ... Sie hassen Vorschriften und wissen, wie man sie umgeht« (Beck 1997, S. 8; vgl. auch Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 154 ff.). Auf der anderen Seite wird die Verantwortung, entsprechend dem Grundtenor der Zukunftskommission, auf den Einzelnen zurückverwiesen: »Bürgerarbeit schließt letztlich niemanden aus, es sei denn, er oder sie schließt sich selber aus« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 156). Gerade in diesem Punkt widerspricht sich allerdings die Konzeption, die ja gerade den gegenwärtigen Exklusionsmechanismen einer reinen Erwerbsarbeitsgesellschaft entgegenwirken will, indem sie sinnstiftende und gemeinnützige Alternativen der Beschäftigung in Form von Bürgerarbeit fördern und damit der Erosion der Demokratie vorbeugen will.

45 Wobei zu beachten ist, dass die ›Belohnungen‹, die ›Favor credits‹, also kostenlose Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen, ÖPNV-Fahrkarten, Theaterabos etc. für Bürgerarbeit, wollte man sie wirklich attraktiv machen, ganz erhebliche Einkommensäquivalente ausmachen würden bzw. könnten (vgl. z.B. Senatsverwaltung 1998, S. 181).

46 ›Was unter den Vorzeichen der ausschließlich auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft als ›Sozialhilfe‹ oder ›Arbeitslosenhilfe‹ ausgegeben wird, wird unter den Bedingungen der Bürgerarbeit dann allerdings zum Bürgergeld. Bürgerarbeiter sind nicht – jedenfalls wenn sie es nicht ausdrücklich wollen – Arbeitslose ... Dieses Bürgergeld, das sich an der Arbeitslosen- und Sozialhilfe bemessen sollte und auch nur in einem begrenzten Ausmaß finanziert werden kann, stellt mit der Basis sicherung der Existenz zugleich eine ... finanzielle Anerkennung für Bürgerarbeit dar. Dabei ist darauf zu achten, dass durch die Beteiligung an Bürgerarbeit Anreize zur Aufnahme regulärer Erwerbsarbeit und Sozialhilfearbeit nicht beeinträchtigt werden‹ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 163).

Abbildung 13:
Unbezahlte soziale Aktivitäten nach Schulabschluss und Geschlecht in West- und Ostdeutschland 1995 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten von IPOS 1995.

Somit bleibt äußerst zweifelhaft, ob Bürgerarbeit tatsächlich als ein Integrationsangebot z. B. auch für (Langzeit-)Arbeitslose verstanden werden kann.⁴⁷ Vielmehr scheint die Kommission für Zukunftsfragen auch zukünftige ›Bürgerarbeitslosigkeit‹ zu akzeptieren (vgl. Stecker 1999, S. 18 f.): »Es gibt kein automatisches Anrecht auf die Beteiligung an Bürgerarbeit. Auch Bürgerarbeit setzt Qualifikationen, d.h. Selektion aufgrund von Eignung voraus« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 165). Welche sozialen Selektionsmechanismen zum Tragen kommen würden, wem für welche Tätigkeiten die Ehre zuteilt bzw. vom ›Gemeinwohlunternehmer‹ und vom ›Bürgerarbeits-Ausschuss‹ zugeteilt wird, kann heute nur spekuliert werden: Claus Noe's Einwand, ›Arbeit für den Caddy‹ (vgl. Noe 1998), ist dabei nicht von der Hand zu weisen.

47 Nochmals, und auch um zu zeigen, dass sich die bayerisch-sächsische Zukunftscommission dieses Problems durchaus bewusst gewesen ist: »Umgekehrt gilt, dass diejenigen, die am längsten und damit weitgehend hoffnungslos aus der Erwerbsarbeit herausgefallen sind, sich zugleich am seltensten in den klassischen Ehrenämtern engagieren. Daraus ergibt sich eine offene, schwierige Frage: Inwieweit gelingt es, Bürgerarbeit zu einem Integrationsangebot für die aus dem Arbeitsmarkt Herausgefallenen – ›Langzeit-Arbeitslose‹ – zu machen?« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 167).

Unweigerlich stellt sich somit die Frage, mit Blick auf welche Bevölkerungsgruppen letztlich das Konzept der Bürgerarbeit kreiert wurde. Ergänzend zu der häufig – vor allem aufgrund der Verortung der Konzeption zwischen unterschiedlichen Strategien der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission zur Reduktion der Arbeitslosigkeit – geäußerten Vermutung, dass durch das Konzept vor allem die Gefahr bestehe,⁴⁸ »die unentgeltliche Tätigkeit im Bereich der gemeinnützigen Aufgaben für Erwerbslose zur Pflicht zu erklären, auf der Basis eines sozialen Pflichtjahres oder durch eine Ausweitung der Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger« (Effinger, Pfauf-Effinger 1999, S. 314), um dadurch die Arbeitslosenzahlen zu senken, könnte man es auch dahingehend interpretieren, dass ein zusätzlicher Exklusionsmechanismus in die Gesellschaft eingeführt wird.⁴⁹ Demnach wären z. B. die heute in der Mehrheit eher gering qualifizierten Sozialhilfeempfänger durch Bürgerarbeit zu fördern (vgl. Abbildung 14)⁵⁰ bzw. diejenigen, die den Wohlfahrtsstaat durch ihre freiwillige soziale Arbeit besonders entlasten (zu entsprechenden Erfahrungen mit ›Creaming-Effekten‹ bei der ›Hilfe zur Arbeit‹ vgl. Kistler, Schönwälder, Sing 1999a). Denn gerade auch die kostenneutrale Erneuerung des Wohlfahrtssystems bzw. die Minderung der Kosten der »chronisch überlasteten öffentlichen Haushalte« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 167 f.) durch »die Innovationskraft eines finanziell abgesicherten und gesellschaftlich aufgewerteten Freiwilligen-Sektors« (ebenda, S. 166), wird in diesem Konzept – neben der Senkung der Arbeitslosigkeit – als explizites Ziel genannt.

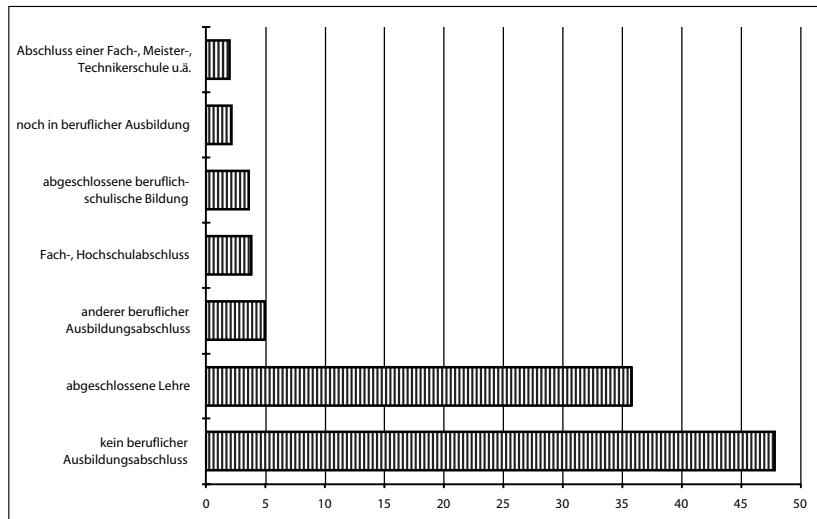
Betrachtet man den letztgenannten Punkt unter der Perspektive der geschlechtspezifischen Arbeitsteilung, so ist auf der einen Seite festzustellen, dass in diesem Konzept zu Recht herausgestellt wird, dass den Familien, in denen die Frauen immer mehr erwerbsorientiert sind, nicht noch mehr unbezahlte ›Subsidiaritätsleistungen‹ abver-

48 Diese Gefahr ist um so größer, wenn man den Umgang der Debatte um ›Pflichten‹ der Empfänger von Fürsorgeleistungen – teils auch von Versicherungsleistungen – gegenüber der Geschichte des Freiwilligen Arbeitsdienstes in der Weimarer Republik betrachtet. Auch den Verfassern scheint die Gefahr zumindest gegenwärtig gering, dass die in Kreisen der politischen Rechten auch heute noch als sozialrevolutionär gefeierte (vgl. Mallebrein 1998) paramilitärische Form des Arbeitsdienstes im Sinne eines Konstantin Hierl fröhliche Urstände feiert. Aber: Es waren Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und staatlicher Finanzkrisen, in denen aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst der Reichsarbeitsdienst wurde (vgl. Dickmann 1992; Benz 1968).

49 An anderer Stelle wird dagegen ausgeführt, ›Bürgerarbeit‹ sei zugleich »ein Stück staatlich sanktionsierter Ausstieg aus dem Markt« (Beck 1999, S. 128) und dürfe »... auf keinen Fall mit dem Zwang verwechselt werden, dem Sozialhilfeempfänger bei der Übernahme kommunaler Arbeit jetzt überall ausgesetzt werden« (ebenda, S. 129).

50 Betrachtet man die Arbeitslosenstatistiken nach beruflicher Qualifikation, so wird deutlich, dass infolge der Veränderungen in der Arbeitswelt vor allem für gering Qualifizierte die Chancen für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt überdurchschnittlich schlecht sind, allerdings zunehmend auch der Anteil der Personen unter den Arbeitslosen steigt, die eine betriebliche Ausbildung abgeschlossen haben (vgl. Kistler, Schönwälder, Sing 1999, S. 521).

Abbildung 14: Erwerbsfähige Empfänger (18- bis 49jährige) von Sozialhilfe (HIU) im engeren Sinne nach dem höchsten Berufsausbildungsabschluss/ höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss in Deutschland am Jahresende 1997 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes o. J.

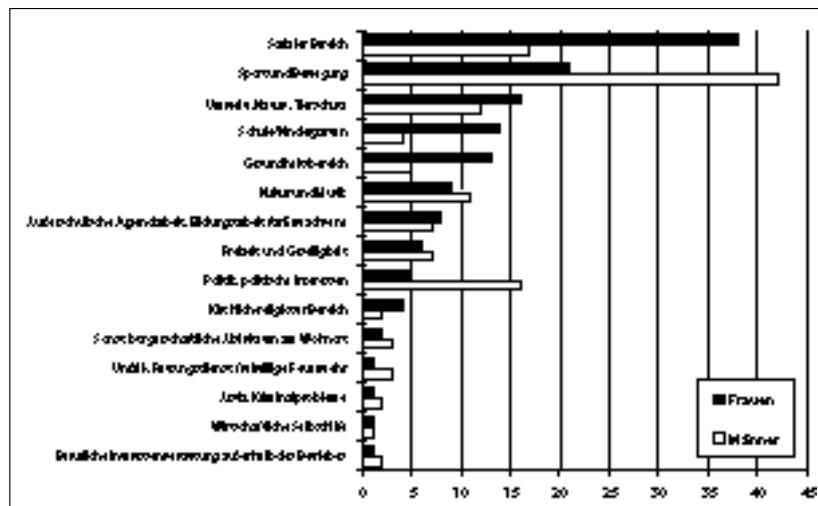
langt werden können.⁵¹ Die Aussage, dass freiwilliges soziales Engagement an eigene Erfahrungen und Fähigkeiten gekoppelt sein soll (vgl. ebenda S. 148)⁵², verstärkt auf der anderen Seite aber den Verdacht, dass die Erwerbsarbeit der Frauen gerade in den Arbeitsmarktbereichen eingeschränkt werden würde bzw. soll, die in der Vergangenheit wesentlich zu den gestiegenen Erwerbsquoten führten, nämlich im Bereich der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen, die schon »vormals von Frauen privat, ohne eigenes Einkommen und ohne öffentliche Anerkennung in den eigenen Familien

51 »Der Schlüssel zu einer neuen Qualität von Wohlfahrt muss aus einem dritten Bereich (jenseits von Familie und Staat, d. Verf.) kommen« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 152). An anderer Stelle vermerkt die Zukunftskommission, »dass die arbeitnehmerzentrierte Industriegesellschaft nicht nur viele nützliche, sondern auch ganz unverzichtbare Tätigkeiten wie die elterliche Erziehung von Kindern aus dem Arbeitsbegriff ausgeklammert hat, hat erheblich zu ihren heutigen Problemen beigetragen« (ebenda 1997, S. 36).

52 In diesem Punkt spielt eine Rolle, dass auch in Deutschland das Ehrenamt nicht geschlechtsneutral und hierarchiefrei organisiert ist (vgl. Senatsverwaltung 1998, S. 183). So werden personenbezogene soziale Dienste auf unteren Hierarchieebenen als »typisch weibliche« Arbeitsformen vor allem durch Frauen erbracht, während Männer sich überwiegend im sportlichen bzw. politischen Bereich und auf höheren Hierarchieebenen engagieren (vgl. z. B. Rosenbladt 1999a; vgl. auch Erlinghagen, Rinne, Schwarze 1997).

erledigt worden sind« (Rauschenbach 1999, S. 137; vgl. auch Effinger, Pfau-Effinger 1999, S. 317). Gerade die auch in Umfragen konstatierbare Tendenz, dass sich (noch) nicht ehrenamtlich engagierte Frauen vor allem für den sozialen Bereich interessieren, falls sie eine solche Tätigkeit aufnähmen (vgl. Abbildung 15), scheint die Vermutung noch nachhaltiger zu unterstützen. Es würde folglich erneut eine Verdrängung bzw. Verweisung aus der Erwerbsarbeit, in diesem Fall in den Freiwilligen-Sektor stattfinden, einen Bereich, der keine angemessene Sicherung des Lebensunterhalts ermöglicht sowie die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt konterkariert (vgl. z. B. auch Klammer, Bäcker 1998, S. 369) – ja sogar die bereits errungenen Erfolge in der Geschlechtergleichstellung würden zurückgedreht, solche Probleme zumindest legitimatorisch kaschiert. Rauschenbach nennt die sozialen Berufe dementsprechend auch »einen sensiblen Seismographen in der Umgestaltung einer Arbeitsgesellschaft zu einer riskanter und prekärer werdenden Dienstleistungsgesellschaft ..., einer Dienstleistungsgesellschaft, die Verheißen und Befürchtungen gleichermaßen in sich trägt, die deutlich mehr Frauen – bei allen Zugeständnissen – in den letzten 30 Jahren eine berufliche Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet hat und sie heute zugleich mit neuen Risiken und Zumutungen konfrontiert. Und dies unter Umständen bis dahin,

Abbildung 15: Präferierte Engagementbereiche von nicht ehrenamtlich engagierten, aber an der Aufnahme einer Tätigkeit interessierten Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 88 der personenbezogenen Auswertungen.

dass sie das, wofür sie sich qualifiziert haben, wofür sie politisch und gesellschaftlich gestritten und wofür sie auch öffentlich Anerkennung erlangt haben – Erwerbstätigkeit in anerkannten Fachberufen – nun wieder zur Disposition gestellt werden soll, und sei es auch nur durch den Wechsel auf ›Bürgerarbeit‹ oder andere Formen des ›freiwilligen Engagements‹ (Rauschenbach 1999, S. 145).

Damit ergibt sich schließlich ein letzter hier auszuführender Kritikpunkt am Konzept der Bürgerarbeit. Während die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen das Leitbild des autonomen Individuums als »Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« bzw. »einer individuellen, unternehmerischen Wissensgesellschaft« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 36) propagiert und mit dieser sogenannten Erneuerungsstrategie »im Wesentlichen auf eine weitere und verschärftere Umverteilung von unten nach oben, den Abbau der Sozialstandards und das Zurückstutzen des demokratischen Sozialstaates auf einen autoritären ›Nachtwächterstaat‹« (Senatsverwaltung 1998, S. 30) abzielt,⁵³ soll das Konzept der Bürgerarbeit durch die scheinbare Aufwertung der Tätigkeiten im Freiwilligen-Sektor die zukünftigen – durch die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen aus Erwerbsarbeit entstehenden – sozialen Konflikte und Spannungen abmildern. Damit fehlt dem Leitbild der ›gemischten Tätigkeitsgesellschaft‹, die letztlich nur aus individuellen Einzelkämpfern – als ›Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft‹⁵⁴ natürlich auch nicht mehr an kollektiver Vertretung ihrer Interessen interessiert – besteht, die sich gleichzeitig jedoch privat freiwillig, wenn auch mehr aus persönlichen Motiven, für das Gemeinwohl einsetzen und damit eine Erosion der Demokratie verhindern, der Bezug zur sozialen Realität: »Die alten Fragen nach wirtschaftlicher Abhängigkeit, sozialer Ungleichheit, gesellschaftlicher Ausgrenzung, unternehmerischer Macht, Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt sowie – last but not least – Geschlechterdiskriminierung haben in der schönen neuen Welt der ›unternehmerischen Wissensgesellschaft‹ keinen Platz« (Klammer, Bäcker 1999, S. 360).

Auch wenn die Kommission darüber hinaus betont »Volunteering is not for free« (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 158), da die entsprechenden Infrastrukturen

53 »In der Konsequenz des neoliberalen Leitbildes werden alle sozialstaatlichen Institutionen und Regelungen als grundsätzlich negativ beschrieben. Der Staat gilt als das eigentliche Hindernis für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, Befähigung zur Eigenverantwortung und Entwicklung von Innovationen« (Klammer, Bäcker 1999, S. 360). »Die Kommission nimmt damit ausdrücklich und unmissverständlich Abschied vom Modell der sozialen Marktwirtschaft« (Kistler, Schönwälder 1998, S. 128).

54 »Es ist zu vermuten, dass nur für einen begrenzten Teil von Menschen Bürgerarbeit das sein wird, was man sich erhofft: nämlich eine selbstbestimmte, gesellschaftlich nützliche Aktivität im Rahmen gemeinschaftsbasierter Initiativen. Für viele neue Arbeitskräfte könnte Bürgerarbeit vielmehr – so die These – eine vorwiegend instrumentelle Aktivität sein: ein funktionaler Bestandteil des Alltags im Rahmen aufwendig rationalisierter Strategien der Produktion und Vermarktung ihrer Arbeitskraft« (Voß 1999, S. 332).

für freiwilliges Engagement ausgebaut werden müssen, geht sie unerklärlicherweise davon aus, dass der immaterielle und materielle Output den materiellen Input um ein Vielfaches übersteigen wird (ebenda, S. 158 ff.). In ihren optimistischen Erwartungen vermutet sie sogar, dass die Nachfrage nach Bürgerarbeit das Angebot deutlich übersteigen könnte.

Das Konzept ist folglich insgesamt ein nicht schlüssiger Versuch,⁵⁵ die negativen Entwicklungen der Auflösung des Vollbeschäftigung Ziels und der Normalarbeitsverhältnisse, die seit Mitte der 80er Jahre sich durchzusetzen drohen bzw. durchgesetzt werden, umzudeuten und gleichsam als lang ersehnte Chance der Gesellschaft »schmackhaft« zu machen.⁵⁶ Dabei erodieren jedoch nicht nur die Arbeitsverhältnisse an sich, sondern – damit verknüpft – die gesamten Lebensverhältnisse einschließlich der sozialen Sicherungssysteme. Die Frage der Finanzierbarkeit einer solchen ›pluralen‹ Tätigkeitsgesellschaft, »in der im Grenzfall alle (in verschiedenen lebenszeitlichen Rhythmen) zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Bürgerarbeit wechseln« (Beck 1997, S. 8), ist allerdings nicht beantwortet.⁵⁷ Denn die scheinbare Aufwertung der Bürgerarbeit sichert nur bei Bedürftigkeit ein geringes Einkommen.⁵⁸ Dafür steigt jedoch die Gefahr, dass immer weitere Teile der Beschäftigung – vor allem eben die arbeitsintensiven und damit teureren personenbezogenen sozialen Dienstleistungen⁵⁹ – aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgegliedert und in den unentgeltlichen Bereich verdrängt werden. Die Frage nach der künftigen Gestaltung der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaates

55 Diese erste eher kurze und pointierte Darstellung des Konzepts der Bürgerarbeit in dem Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission führte in der Folge aufgrund der dargestellten unzureichenden Berücksichtigung zentraler Ergebnisse der Ehrenamtsforschung sowie wegen des insgesamt auf eine Arbeitsangebotsreduktion fokussierenden Kontextes zu heftigen wissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzungen. Durch die Aufnahme wesentlicher Kritikpunkte und die Berücksichtigung vor allem empirischer Befunde entwickelte sich das Konzept weiter (vgl. Beck 1999, 2000), so dass letztlich auch deswegen von einem nicht schlüssigen Konzept Bürgerarbeit gesprochen werden kann.

56 So geht es Beck mehr um eine Umorientierung im sozialpolitischen Leitbild, weg von Normarbeitsverhältnis und Sozialversicherungssystem, »... aus dem Bannkreis der Arbeitsgesellschaft herauszutreten und Grundzüge, Visionen für ein europäisches Gesellschaftsmodell der Nach-Arbeitsgesellschaft zu entwerfen, ... einer im neuen Sinne politischen Gesellschaft« (Beck 1999, S. 125).

57 Es ist schon erstaunlich, wie locker in diesem Konzept die ›Maßstäbe von Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe‹ in einen Topf geworfen werden: Erstaunlich wegen der offensichtlichen Unkenntnis a) der verschiedenen Höhen und Bedingungen der Transferansprüche (vgl. zu einem kleinen Beispiel einer Berechnung der Differenzen zwischen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe z. B. Sell 1999, S. 27), b) vor allem aber auch wegen der Ignorierung der Unterschiede von Versicherungs- und Fürsorgeprinzip.

58 »Bürgergeld sichert materiell die Autonomie der Bürgerarbeit. Sein Minimum leitet sich aus den Maßstäben von Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab. Es wird aufgestockt durch kommunale Mittel und Mittel, die in der Bürgerarbeit selbst erwirtschaftet werden« (ebenda, S. 133).

59 Bürgerarbeit dient nach der Definition der Kommission der »Erschließung nicht-marktgängiger, gemeinwohlorientierter« Arbeit (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 4). Wenn Dienstleistungen aufgrund fehlender Rationalisierungspotentiale, die im Produktionsbereich durch die Ersetzung von Arbeit durch Kapital vorhanden sind, für die Gesellschaft zu teuer werden, so könnte man sie als ›nicht-marktgängig‹ und damit zu potentiellen Tätigkeitsbereichen der Bürgerarbeit interpretieren.

hängt folglich wesentlich von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und damit implizit der Funktionszuweisung des personenbezogenen Dienstleistungssektors im sozialen Bereich ab.

3.2.1.2 Umsetzungsprojekte von Bürgerarbeit in Sachsen und Bayern

So schwierig es ist, die originären konzeptionellen Vorstellungen von denen der Kommission für Zukunftsfragen insgesamt zu trennen (vgl. Bergmann, Beck 1998, S. 65) bzw. unabhängig von der Position der – vor allem bayerischen – Staatsregierung zu diskutieren, so wichtig erscheint es, obwohl z.T. auf diese Differenzierung schon hingewiesen wurde, hier nochmals explizit auf die bayerischen und sächsischen Umsetzungsbemühungen der Bürgerarbeit einzugehen. Sowohl die bayerische als auch die sächsische Staatsregierung haben als Auftraggeber der Kommission für Zukunftsfragen im Jahr 1998 beschlossen, je eigene Modellprojekte zur Umsetzung von Bürgerarbeit in ihren Ländern durchzuführen.⁶⁰ Während zumindest in Bayern letztlich der Startschuss – trotz weitgehender Konkretisierung der auszuwählenden Kommunen bzw. Modellprojekte – noch nicht so recht fiel und damit erste empirische Ergebnisse weiterhin ausstehen, ist es dennoch interessant zu sehen, inwieweit die Leitvorstellungen bzw. die in den beiden Ländern vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen für die umzusetzenden Feldversuche vom ursprünglichen Konzept abweichen. Während die diesbezüglichen Angaben des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, vor allem aus einer Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD, »Entwicklung von Projekten für Bürgerarbeit im Freistaat Sachsen«, sehr rudimentär sind und im Wesentlichen auf die Ausführungen im Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission verweisen – wobei explizit die Verortung der Bürgerarbeit im Kontext der ›Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage‹ genannt wird (vgl. Sächsischer Landtag 1998) –, ⁶¹ modifi-

60 Die sächsische Staatsregierung hat in ihrem Haushaltsplan für die Jahre 1999/2000 insgesamt 11 Mio. DM zur Förderung von Bürgerarbeit eingestellt (vgl. Sächsischer Landtag 1998).

61 Obwohl eine Große Anfrage der SPD-Fraktion einige Monate zuvor zu einer ausführlichen Stellungnahme des sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zum Thema »Bedeutung und Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Tätigkeiten im Freistaat Sachsen« führte (vgl. Sächsischer Landtag 1998), haben die dort herausgearbeiteten Besonderheiten des ehrenamtlichen Engagements in Sachsen sowie die Feststellung: »Die Staatsregierung bestätigt auch die Auffassung, dass das ehrenamtliche Engagement keine Alternative zur Erwerbsarbeit ist« (ebenda, S. 1), keine der Problematik entsprechend differenzierte Berücksichtigung gefunden. Vielmehr scheint die Staatsregierung in ihrer Antwort zur »Entwicklung von Projekten für Bürgerarbeit im Freistaat Sachsen« davon auszugehen, dass die Umsetzung der Konzeption unproblematisch erfolgt, indem durch die Eigeninitiative der Bürger auf regionaler Ebene zu fördernde Projekte beantragt werden. Ebenso wenig scheinen Vorstellungen darüber zu existieren, welche Bürgergruppen konkret in welchem Umfang, mit welchen Motiven etc. Fördergelder nachfragen werden. Es wird lediglich – und im Widerspruch zu der oben genannten kontextuellen Verortung – festgestellt: »... Bürgerarbeit (kann) auf lange Sicht gesehen den Arbeitsmarkt indirekt entlasten, ohne dass es sich dabei um eine Arbeitsplatz- und Einkommensalternative handelt« (ebenda, S. 2).

fiziert die Bayerische Staatsregierung die Anforderungen und Ausprägungen des Konzepts ›Bürgerarbeit‹ in entscheidenden Punkten. So soll es im Gegensatz zum ursprünglichen Konzept keine ›verführerischen‹ Sozialunternehmer, keine besonderen kommunalen Ausschüsse sowie ›Bürgergeld‹ geben. Letzteres bedeutet vor allem vor dem Hintergrund der rechtlichen Regelungen, dass den bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und den daraus abgeleiteten Verpflichtungen für die registrierten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger Priorität eingeräumt wird.

Die Bayerische Staatsregierung will in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und anderen freien Trägern die Modellprojekte entwickeln, durch die insbesondere Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger,⁶² aber auch andere ehrenamtlich Engagierte angesprochen werden. Während einerseits gerade in nicht-marktgängigen Bereichen, wie haushaltsnahen Dienstleistungen zur Unterstützung von Älteren und Familien, das Engagement gefördert werden soll (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1998, S. 2),⁶³ zielen die Modellvorhaben andererseits dennoch deutlich auf eine Überführung der Tätigkeiten in den regulären Arbeitsmarkt ab. Ministerin Stamm fasst dies folgendermaßen zusammen: »Die Arbeiten in den Modellprojekten sollen so ausgerichtet sein, dass sie die Rückkehr von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern und keine Konkurrenz zu gewerblichen und gemeinnützigen Projekten entsteht. Bei wirtschaftsnahen Dienstleistungen etwa können auch durch Einbeziehung von Kombi-Lohn, also die Möglichkeit für einen zusätzlichen Verdienst neben der Sozialhilfe, neue Erwerbsarbeitsplätze entstehen« (Bayerische Staatskanzlei 1998, S. 8). An anderer Stelle wird ferner darauf hingewiesen: »Sofern sich aus den Modellversuchen Einstiegsformen für bezahlte Arbeit, also für marktfähige Produkte (insbesondere wohl Dienstleistungen) entwickeln, sollen diese Angebote marktfähig gemacht und schließlich ausgegliedert, d.h. aus dem gemeinnützigen Status in den ersten Arbeitsmarkt entlassen werden« (Bayerische Staatsregierung 1999, S. 59). Wenn folglich diese eigentliche Zielsetzung, die sich in ihrer konkreten Ausgestaltung offensichtlich zunehmend von dem Grundkonzept Bürgerarbeit entfernt, erreicht wird, werden erfolgreiche Arbeitsbereiche aus den Modellprojekten ausgegliedert und verselbständigt.

Mehr am Rande weist die Bayerische Staatsregierung auf die erhoffte gesellschaftlich integrative Wirkung von Bürgerarbeit hin: »Die Staatsregierung geht davon aus, dass die Modellversuche von Anfang an positive Auswirkungen auf den kommunalen

62 »Die Teilnahme an ›Bürgerarbeit‹ ist – unabhängig vom Status der Teilnehmenden – immer freiwillig« (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1998, S. 6).

63 In diesem Punkt sollen die Modellprojekte dazu beitragen, als strategische Anlaufstellen die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage zu erleichtern, auch wenn in vielen Kommunen vergleichbare Strukturen bereits bestehen.

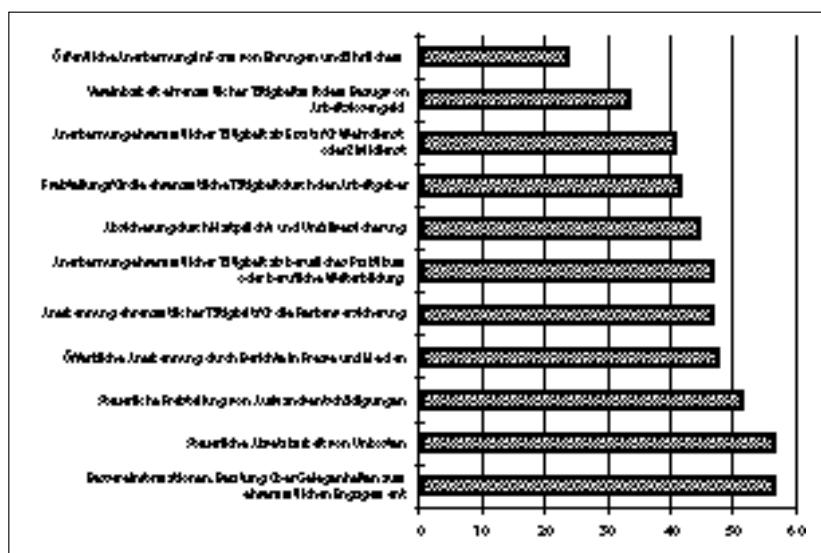
Zusammenhalt, den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt wie die Integration der ›Bürgerarbeiter‹ haben und nach einer Anlaufzeit insgesamt für die kommunalen und andere öffentliche Kassen rentierlich sein werden« (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1998, S. 10).

Durch die Konzentration auf mögliche arbeitsplatzschaffende Effekte für Arbeitslose werden die Voraussetzungen, die in der Vergangenheit in Bayern bei bestimmten Personengruppen (geschlechts-, schichtspezifisch, Land-Stadtbezug etc.) zu ehrenamtlichem Engagement geführt haben, weder analysiert noch wird überhaupt eruiert, inwieweit von einer Akzeptanz bei den Arbeitslosen für Bürgerarbeit ausgegangen werden kann.⁶⁴ Durch Bürgerarbeit den Betroffenen das ›Stigma‹ der Arbeitslosigkeit zu nehmen, ist zwar gut gemeint, noch aber fehlt der Nachweis für eine wirkliche Akzeptanz derartiger Tätigkeiten in der Bevölkerung und den Zielgruppen. Erfahrungen zu bürgerschaftlichem Engagement sind darüber hinaus in anderen Bundesländern seit längerem vorhanden (z. B. in Baden-Württemberg; vgl. dazu Abschnitt 3.3.1); auf diese sowie auf weitere empirische Ergebnisse, wie z. B. die aus Sicht der ehrenamtlich Engagierten tatsächlich als notwendig erachteten Maßnahmen zur Förderung des Freiwilligensektors (vgl. Abbildung 16), wird aber nicht systematisch zurückgegriffen.

Auch wenn in den Ausführungen der Bayerischen Staatsregierung die Überschneidungsproblematik zwischen regulärem Arbeitsmarkt und nicht entlohnter, aber einnahmeorientierter Bürgerarbeit deutlich, allerdings nur einseitig angesprochen wird, so scheint letztlich die Abgrenzung zwischen freiwilligem Engagement und einem schlecht bezahlten ›dritten Arbeitsmarkt‹ noch nicht gelöst zu sein. So sollen zwar Absprachen vor Ort zwischen den unterschiedlichen Leistungsanbietern Konfliktpotentiale schmälern, dennoch aber herrscht sehr große Vorsicht vor den unterschiedlichen Formen subventionierter (z. B. Kombi-Löhne) bzw. nicht entlohter ›billiger‹ Dienstleistungen, da sie letztlich zu einer Verdrängung verschiedenster Erwerbsarbeitsplätze führen könnten. Die gleiche – u.E. übergroße – Vorsicht gilt bezüglich der Abgrenzung bzw. Aufgabenteilung gegenüber den traditionellen ›claims‹ der Wohlfahrtsverbände (vgl. im Gegensatz dazu zu Vorstellungen einer integrierteren (Unterstützungs-)Infrastruktur z. B. Breitkopf, Wohlfahrt 1999; Heinze, Strünck 1999). Darüber

64 So findet sich beispielsweise in den Leitvorstellungen der Bayerischen Staatsregierung ohne weitere Begründung folgende nicht nachvollziehbare Stellungnahme zum Ehrenamt: »Freiwilligenarbeit und herkömmliches, wie auch gewandeltes Ehrenamt können erfahrungsgemäß die im ersten Arbeitsmarkt unbeschäftigten Menschen nicht in genügender Zahl aufnehmen. Soviel Angebot und Nachfrage (Beispiel: 1 Mio. zusätzliche Freiwillige mit zehn Wochenstunden entsprächen etwa 250.000 Vollzeitstellen) nach freiwilliger Arbeit ist nicht zu erkennen« (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1998, S. 3).

Abbildung 16: Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch Staat und Öffentlichkeit aus der Sicht von ehrenamtlich Engagierten in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt, Picot 1999, S. 50.

hinaus ist an den ›Eckpunkten zu den bayerischen Modellprojekten‹ in gleicher Stoßrichtung zu kritisieren, dass die staatliche Förderung vor allem strikt nur als Anschubfinanzierung zu verstehen ist und die zu verteilenden Gelder degressiv über die Zeit abnehmen, da diese sehr schnell durch die Kommunen bzw. die Projekte selbst aufgebracht werden sollen. Auch wenn es entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip verständlich ist, dass der Staat nur aktiv wird, soweit dies erforderlich ist, so sollte zumindest eine gewisse Grundfinanzierung entscheidender Organe des Informationsaustausches oder z. B. der Weiterbildung, die auf kommunaler Ebene eventuell nicht angeboten werden können, gesichert sein.

3.2.2 Die ›Neue Arbeitsgesellschaft‹ bei Mutz

Eine andere Definition für den Begriff ›Arbeit‹ setzt Mutz in einer Mischung aus Vorstellungen von Hannah Arendt und vor allem Frithjof Bergmann in seinem auf ver-

schiedenen Ebenen⁶⁵ ausdifferenzierten Konzept der ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹ ein. So ist unter Arbeit »die bedachte tätige Auseinandersetzung mit der natürlichen, sozialen, kulturellen und psychischen Umwelt, die als gesellschaftlich wertvoll anerkannt wird« (Kühnlein, Mutz 1999, S. 297), zu verstehen.⁶⁶ Zwar bildet auch in diesem Konzept die Erwerbsarbeit gegenwärtig – und auch zukünftig – die zentrale Grundlage für die materielle Existenzsicherung, soziale Anerkennung und die Bildung von Identität. Aufgrund der zunehmenden Erosion der Erwerbsgesellschaft durch immer weniger Erwerbsarbeit⁶⁷ einerseits und der Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen (mit Phasen sich wiederholender und länger andauernder Arbeitslosigkeit) andererseits werden jedoch wachsende Teile der Bevölkerung – »und nicht mehr nur die sogenannten Risikogruppen« (Mutz 1999, S. 5) – von gesellschaftlichem Ausschluss bedroht sein.⁶⁸ Daher sollen alle anderen, nicht-marktgängigen Tätigkeiten, die bereits heute mehr als die Hälfte aller Arbeiten ausmachen (Eigenarbeit, Haus- und Erziehungsarbeit, Ehrenamt, Netzwerkarbeit, Selbsthilfe sowie öffentlich-gemeinnützige Tätigkeiten; vgl. ebenda), zukünftig in der Gesellschaft auch qualitativ an Bedeutung gewinnen (zum gegenwärtigen Engagement der Bürger über das traditionelle Ehrenamt hinaus vgl. z. B. Abbildung 17).⁶⁹

Die Forderung nach einer stärkeren Aufwertung nicht-marktgängiger Tätigkeiten wird begünstigt vom gesellschaftlichen Wertewandel, der zwar nicht zu einer sinkenden Erwerbsorientierung in der Vergangenheit führte, es aber zuließ, dass neben der Erwerbsarbeit andere Lebensbereiche (Familie, bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit) an Wichtigkeit gewonnen haben. Menschen, die sich als ›Bürger‹ verstehen und

65 Mutz formuliert einerseits auf der Makroebene das etwas allgemeinere Konzept der ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹, während er auf der Mikroebene ein ganz konkretes Umsetzungsmodell, das sogenannte ›Münchener Modell‹ (vgl. unten), entwirft.

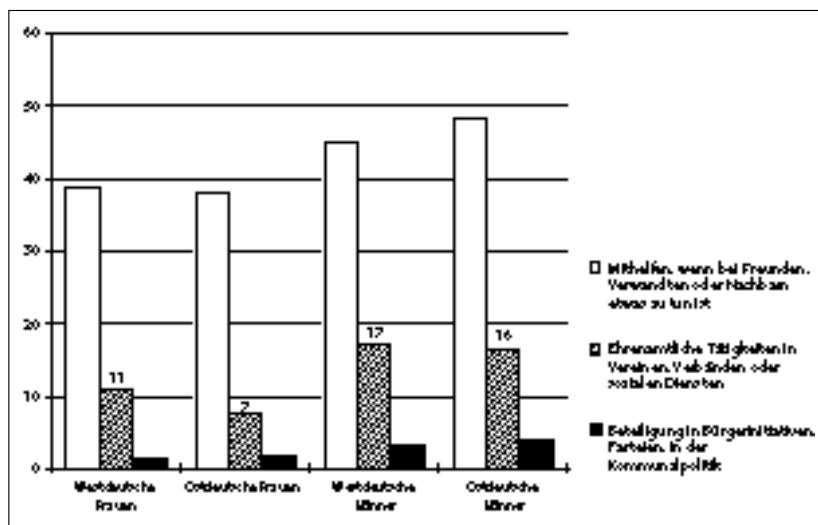
66 Leitvorstellung ist damit für Mutz der aktive Bürger, »der seine Lebenswelt sozial engagiert, ökologisch verantwortlich und kulturell kompetent mitgestaltet« (Mutz 1999, S. 11).

67 In diesem Zusammenhang wird auf das sogenannte ›jobless growth‹ infolge der Digitalisierung bzw. Kapitalisierung der Produktion verwiesen, das auch durch das mögliche Wachstum des Dienstleistungssektors nicht kompensiert werden kann.

68 Ähnlich wie Frithjof Bergmann wird davon ausgegangen, dass der Zustand der Vollbeschäftigung nicht mehr erreicht werden kann und der dadurch entstandene Verlust an sinnstiftender und gesellschaftlich integrierender Arbeit durch andere Tätigkeiten ausgeglichen, ja vielmehr gefördert werden muss. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für eine Ausweitung regulärer Beschäftigung werden daher nicht weiter diskutiert, sondern ein alternatives Gesellschafts- bzw. Zeitkonzept gegenübergestellt: »Im Grunde ist nicht Arbeit die knappe Ressource in unserem Leben, sondern Zeit. Denn es gibt genug Arbeit, aber die Erwerbsgesellschaft schafft es nicht, diese in bezahlte Erwerbsarbeit zu transformieren. In dieser Hinsicht ist die Neue Arbeitsgesellschaft eine Zeitgesellschaft, weil es um die Problematik geht, wie wir Lebenszeit verwenden« (Mutz 1999, S. 7). Nur am Rande wird vermerkt, dass die »neuen Erfahrungen in den unterschiedlichen Tätigkeiten ... die dauerhafte Bereitschaft zu Teilzeitarbeit fördern« (ebenda, S. 10) könnten.

69 »Um der Arbeit in der Arbeitsgesellschaft (wieder) ihren prominenten Stellenwert zu geben, ist es notwendig, Tätigkeitsfelder jenseits der Erwerbsarbeit zu erschließen und gesellschaftlich aufzuwerten. Dies bedeutet, dass die (im-)materielle soziale Sicherung der Menschen nicht länger nur an deren Arbeitsleistung innerhalb des Erwerbssystems gekoppelt sein darf« (Kühnlein, Mutz 1999, S. 297).

Abbildung 17: Ausgewählte Tätigkeiten, die in der freien Zeit von den Befragten „jede Woche“ oder „jeden Monat“ ausgeübt werden (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach den Daten des SOEP 1997.

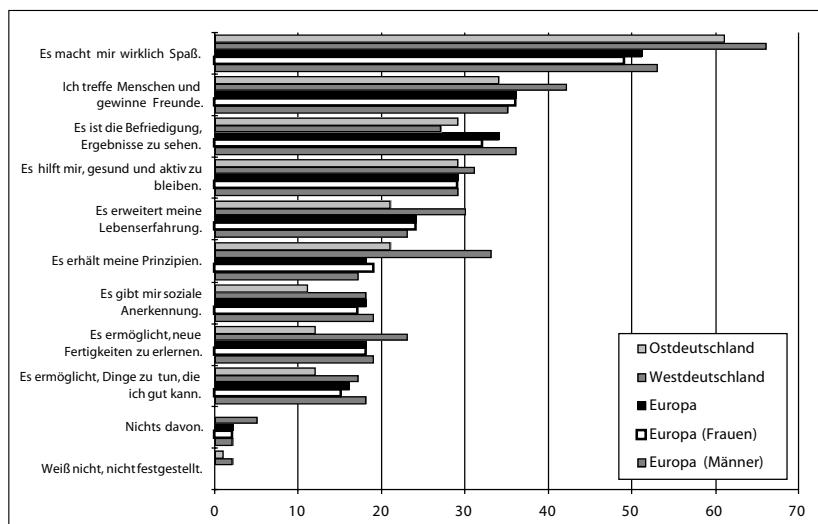
»die neben der Erwerbsarbeit »schon immer« etwas anderes machen wollten« (Mutz 1999, S. 9 f.),⁷⁰ sind somit die erste Zielgruppe der ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹. So sind zwar Langzeitarbeitslose,⁷¹ die oft nur über geringere Qualifikationen verfügen und häufig nicht gesellschaftlich integriert sind (z. B. in Vereinen, Ehrenamt etc.), nicht generell ausgeschlossen (vgl. dazu auch unten das Münchener Modell), ihre Einbindung in die ›Neue Arbeitsgesellschaft‹ dürfte sich allerdings genauso schwierig gestalten wie ihre bisherigen (meist gescheiterten) Rückkehrversuche in den Arbeitsmarkt.

Ziel in dem Konzept ›Neue Arbeitsgesellschaft‹ ist es daher, quasi präventiv – und hier wird wieder sehr ähnlich wie bei Frithjof Bergmann argumentiert (vgl. Abschnitt 3.1) – in Phasen der Beschäftigung anzusetzen, um so in Zeiten des Arbeitsplatzver-

70 Es handelt sich in diesem Konzept dabei um Menschen, die entsprechend der gegenwärtigen Diskussion über die Gründe für ›neues‹ ehrenamtliches Engagement nicht aus reinem Altruismus oder gar religiösen Gründen eine Neu-ausrichtung in ihrem Leben suchen. Neben der ›biographischen Passung‹, dem Wunsch nach einer eigenen aktiven und kreativen Lebensgestaltung und der jeweiligen Lebenslage für bürgerschaftliches Engagement spielt daher auch das ›Prinzip des Gebens und Nehmens, das auf Gegenseitigkeit beruht‹ (Kühnlein, Mutz 1999, S. 300), eine wichtige Rolle.

71 »Um es ganz klar zu sagen: Bürgerschaftliches Engagement ist kein Modell für Langzeitarbeitslose. Einem Sozialhilfe-empfänger zu sagen, nun engagiere dich mal, damit du dich nicht mehr arbeitslos fühlst – das funktioniert nicht. Es ist eher ein Modell, das Langzeitarbeitslosigkeit verhindern soll. Es geht uns um die Beschäftigten, um die von Arbeitslosigkeit Bedrohten« (Mutz 1998a).

Abbildung 18: Vorteile durch Volunteering in Deutschland und Europa 1994*
(Angaben in %)



Anmerkung: * Basis sind alle, die im Jahr 1994 irgendeine unbezahlte Arbeit erbracht haben.

Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskin, Smith, Paulwitz 1996, S. 98.

lustes oder der Arbeitslosigkeit den Menschen persönlichen und gesellschaftlichen Halt zu geben. Insgesamt wird damit eine Neugestaltung bzw. -gewichtung der Tätigkeitsfelder durch einen Prozess des Umdenkens (›Bewusstseinswandel, Mutz 1999, S. 11) bezüglich der Zeitordnung angestrebt. Abbildung 18 enthält entsprechend dem ›gewandelten‹ bzw. ›modernen‹ Ehrenamt exemplarisch Angaben zu den Vorteilen von ehrenamtlichem Engagement.

Der Prozess des Umdenkens beinhaltet aber auch aus geschlechtsspezifischer Sicht, dass die bisherige typische Arbeitsteilung, bei der die Frauen vorwiegend die unbefahlte Haus- und Familienarbeit neben einer eventuellen Erwerbsarbeit übernommen haben und die Männer einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgingen, in der ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹ aufgelöst werden soll. So wird die strikte Trennung von Erwerbs-, Frei-, Familien- und Bildungszeit im Verlaufe eines Tages,⁷² in der Einteilung der Wochen und über das ganze Leben hinweg bemängelt und damit gleichzeitig als Ansatzpunkt

72 »Die moderne Arbeitsgesellschaft hat eine starre Hierarchie der Wertigkeiten des gesellschaftlichen Arbeitens und eine wenig durchlässige Zeitordnung entwickelt, die den Menschen nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten lässt« (ebenda, S. 3).

für gesellschaftliche Veränderungen durch die Formulierung einer neuen Konvention, der ›Triade der Arbeit‹, gesehen: »Die Neue Arbeitsgesellschaft ist, ebenso wie die derzeitige Erwerbsgesellschaft, eine besondere Ausprägung der Arbeitsgesellschaft. (...) Alle Arbeitsformen können abgebildet werden in einer Triade der Arbeit mit den Elementen Erwerbsarbeit (gesellschaftlich nützliche und bezahlte Tätigkeiten im privaten, öffentlichen und Non-Profit-Sektor), Eigenarbeit (individuell nützliche personenbezogene Arbeit) und bürgerschaftliches Engagement (nützliche gemeinschaftsbezogene Arbeit, wie etwa Ehrenamt, Netzwerkarbeit und öffentlich-gemeinnützige Arbeit)« (ebenda, S. 6). Zwischen diesen Tätigkeitsbereichen bestehe dabei eine hohe ›Durchlässigkeit‹ und ›fließende Übergänge‹.

Wie realistisch solche, aus feministischer Sicht wünschenswerte Gesellschaftsentwürfe allerdings sind, soll im Folgenden durch die Veranschaulichung des Münchner Modells als Umsetzungskonzeption der ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹ nachgegangen werden. Dieses wird vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München unterstützt und hat explizit zum Ziel, »Beschäftigten den Übergang zu Tätigkeitsfeldern des Bürgerschaftlichen Engagements und zur Eigenarbeit attraktiv zu machen« (Mutz 1998, S. 2). Unter bürgerschaftlichem Engagement wird in diesem Modell einerseits Bildung (zum Erwerb von sozialer und kommunikativer Kompetenz) und andererseits freiwilliges Engagement im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich verstanden. Nach einem Schweizer Vorbild, dem Zürcher Konzept ›SeitenWechsel‹, wird vorgeschlagen, dass sich Mitarbeiter in kooperierenden Unternehmen in einem Monat von 12 Monaten weiterbilden können. In dieser Zeit erhalten sie von ihrem Arbeitgeber 70 % des Nettolohns, die restlichen 30 % werden durch eine zu gründende Stiftung⁷³ ausgeglichen. Eine ähnliche Konstruktion wird für die Förderung von ›stabilem bürgerschaftlichem Engagement‹ entworfen. Dabei soll nach US-amerikanischen Vorbildern durch die Mitarbeiter eines Unternehmens das soziale, ökologische oder kulturelle Umfeld aktiv gestaltet werden. In dieser vom Unternehmen freigestellten Zeit, die bis zu 20 Stunden monatlich – die laufend, aber auch kumuliert bis zu 7 Jahren in Anspruch genommen werden können – umfassen kann, bleibt der Erwerbs- und Sozialversicherungsstatus des Arbeitnehmers erhalten (vgl. oben). Nach dem Münchner Modell bzw. der ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹ ist Bürger-Zeit somit »ein Zeitsegment für bürgerschaftliches Engagement, das zukünftig nicht nur eine soziale, sondern vor allem eine partizipative und zivilgesellschaftliche Funktion einnehmen wird. Deshalb kann die Arbeit in der Bürger-Zeit eine Einkommensquelle werden, die das traditionelle Erwerbs-

73 Die Finanzierung des bürgerschaftlichen Engagements soll im Wesentlichen durch eine Stiftung erfolgen, die durch Spenden, Erblassungen und Einlagen der beteiligten Organisationen Gelder akquiriert.

einkommen ergänzt oder als eine Form Bürgergeld die Basis des Lebenseinkommens bildet« (Mutz 1999, S. 8).⁷⁴

Aber auch in der Eigen-Zeit bzw. Eigenarbeit – damit ist Zeit gemeint, die frei von Erwerbsarbeit und sonstigen Verpflichtungen ist –, kann in der Gemeinschaft mit anderen gearbeitet werden (vgl. dazu ausführlich Kühnlein 1997). Die Intention bzw. die Motivation der Bürger ist in diesem Falle aber eine andere (persönliche Bedürfnisse, Entfaltung von Kreativität), die Sicherung des Lebensunterhaltes entfällt daher in dieser Phase (max. ein Jahr), wenn auch der Sozialversicherungsstatus finanziert werden soll. Vorbilder für diese Art von Arbeit bzw. Eigenarbeit sind das ›Haus der Eigenarbeit‹ in München oder die ›New-Work-Zentren‹. Aus diesen Modellteilen ergibt sich schließlich das Münchener Vier-Schichten-Modell: Eigenarbeit (nach Absprache), stabiles bürger-schaftliches Engagement (ca. 240 Std. pro Jahr), Erwerbsarbeit (zwischen 1.450 und 1.530 Stunden pro Jahr) und dies gekoppelt mit bürgerschaftlichem Engagement als Bildung. Darüber hinaus ist bürgerschaftliches Engagement generell auch in der Arbeitslosigkeit möglich. Ähnlich wie bei der Bürgerarbeit ist in diesem Falle daran gedacht, das bisherige Transfereinkommen aus Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe durch in diesem Fall ›Stiftungsgelder‹ aufzubessern und damit den Arbeitslosen einen Arbeitsanreiz zu geben. Das Konzept versteht sich allerdings grundsätzlich nicht als eine Beschäftigungsinitiative für Arbeitslose. An anderer Stelle fordert jedoch Mutz, dass nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die »Arbeiten jenseits der Erwerbsarbeit ... gleichmäßig verteilt werden (müssen), damit keine neuen sozialen Ungleichheiten durch die Teilhabe an den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern entstehen« (Kühnlein, Mutz 1999, S. 301).

Zur Abstimmung dieses Prozesses ist dabei die Kooperation aller auf regionaler Ebene involvierter Arbeitsmarktakteure (Unternehmen, Gewerkschaften, Kommune, Arbeitsverwaltung, caritative, ökologische u.ä. Einrichtungen sowie einzelne Bürger) notwendig. Das ›Herz‹ des Münchener Modells bildet schließlich ein vom Stiftungsrat eingesetztes ›Dialogzentrum‹, das Angebot und Nachfrage von bürgerschaftlichem Engagement in der Region zusammenführt und koordiniert (vgl. Mutz 1999, S. 10).

Zusammenfassend kann man damit sagen, dass durch das Modell die Durchlässigkeit des Arbeitens in verschiedenen Tätigkeitsfeldern erleichtert werden soll, d.h. es werden zum einen regionale Absprachen mit den Arbeitsmarktakteuren getroffen (und nicht jeder Einzelne muss für flexiblere Beschäftigungsformen kämpfen) und zum anderen bleibt der Beteiligte auf jeden Fall sozialversichert bzw. bekommt sogar z.T. den vollen Nettolohn. Damit wird bürgerschaftliches Engagement weniger be- als eher

⁷⁴ Zur Bedeutung des gesellschaftlichen Nutzens unterschiedlicher Engagementformen vgl. Kühnlein, Mutz 1999, S. 298 ff.

entlohnzt. Es wird den Beschäftigten ermöglicht, in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu arbeiten, ihre persönlichen Fähigkeiten und Interessen zu erweitern und durch vernetztes Denken und Handeln die jeweils anderen Tätigkeitsfelder zu bereichern. Sie erlangen »Grenzgänger-Kompetenzen«. Bürgerschaftliches Engagement als Bildung kann auch eine Erprobungsphase sein, in der Mitarbeiter nach ihren dauerhaften Engagementfeldern suchen« (ebenda, S. 10). Die Unternehmen erhalten auf der anderen Seite »lernende, kreative und innovative Mitarbeiter, die sich in unterschiedlichen Welten bewegen können. Diese verfügen über soziale und kommunikative Kompetenzen und stärken das Sozialkapital des Unternehmens« (ebenda, S. 10).

In diesem Konzept geht es folglich einerseits tatsächlich um die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, andererseits aber auch um die gesellschaftliche Partizipation, die je nach Tätigkeit unterschiedliche Qualitäten aufweisen kann. Darüber hinaus wird explizit darauf hingewiesen, dass dadurch die Kosten für Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit nicht sinken werden, da zum einen vor allem Erwerbstätige an bürgerschaftlichem Engagement interessiert sind, zum anderen die Schaffung und Gestaltung von »Gelegenheitsstrukturen« finanziellen Aufwand erfordern (vgl. Kühlein, Mutz 1999, S. 302). Insgesamt scheint somit diese Konzeption aus der Perspektive der Frauensforschung den Interessen der Frauen generell entgegenzukommen und damit wünschenswert zu sein.

Von welcher Bereitschaft zur Umsetzung einer »Neuen Arbeitsgesellschaft« in der Bevölkerung bzw. vor allem bei den Unternehmen allerdings in der Realität ausgegangen werden kann, wird nicht näher erläutert. Angesichts der wohl allenfalls noch in Modellversuchen möglichen Finanzierbarkeit besteht u.E. berechtigter Zweifel an einer breiten Durchführbarkeit dieses Konzeptes. Die Finanzierung des bürgerschaftlichen Engagements soll im Wesentlichen durch eine Stiftung erfolgen, d.h. letztlich, dass es hier von der jeweiligen Finanzlage und »Spendenfreudigkeit« vor allem der Unternehmen abhängt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen man besonders auf solche Konzepte bauen möchte, wird somit wohl wenig Geld dafür vorhanden sein. Die Unternehmen wären – ohne die gesamtgesellschaftlichen Effekte zu berücksichtigen – darüber hinaus doppelt, ja dreifach belastet: Zum einen durch die Stiftungsbeiträge, zum anderen durch die Lohnfortzahlungen und die eventuellen zusätzlichen Neueinstellungen. Aber auch die sozialpolitischen und finanziellen Wirkungsmechanismen (Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge, Überschneidungen mit der Sozial- und Arbeitslosenhilfe etc.) werden nicht vertieft analysiert und auf ihre Machbarkeit hinterfragt.

Die Vorstellung einer aktivierenden Förderung der Bürger durch einen »anderen Sozialstaat«, der nun in der »Neuen Arbeitsgesellschaft« vor allem auf den »sozialen Nahbe-

reich« bzw. die Akteure ›vor Ort‹ fokussiert und die Potentiale der Menschen erschließt (vgl. Mutz 1998), ist sicherlich diskussionswürdig.⁷⁵ Ob man darüber hinaus aber die – dafür u.E. sehr kurz gegriffene – Einschätzung innerhalb des Konzepts teilen kann, bleibt äußerst zweifelhaft: »Menschen, die sich in der Phase der Bürger- und Eigen-Zeit befinden, reduzieren damit ihre Erwerbs-Zeit und entlasten so den Arbeitsmarkt. Durch Bürgerschaftliches Engagement entsteht soziales Kapital in der Gesellschaft; Eigeninitiative und Verantwortung werden gestärkt; der soziale Nahbereich wird selbstbestimmt gestaltet; die Kommunen werden entlastet; das Subsidiaritätsprinzip kann mit neuem Leben gefüllt werden: das Engagement der Bürger hat Vorrang vor staatlichen Zuständigkeiten« (Mutz 1999, S. 10). Vor allem hinsichtlich der Finanzierung, aber auch hinsichtlich der schichtspezifischen Wirkungsmechanismen (vgl. dazu auch Abbildung 19)⁷⁶ bleibt so zu fragen, ob diese Vision einer ›Neuen Arbeitsgesellschaft‹ überhaupt (schon) zur Diskussion stehen kann.

3.2.3 Das ›Mehrschichtenmodell produktiver Tätigkeiten‹ von Giarini und Liedtke

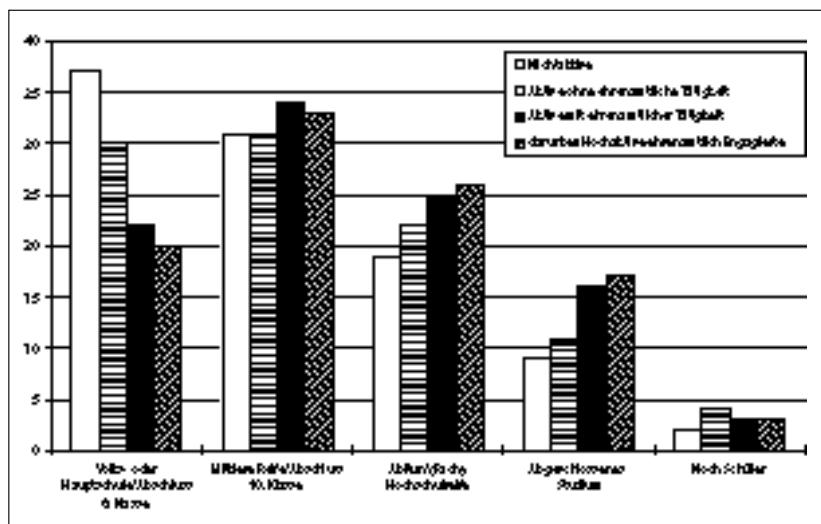
Neben den bisher aufgeführten Konzepten und Modellen versuchen auch Giarini und Liedtke in ihrem Bericht an den Club of Rome durch einen alternativen Ansatz, Arbeitsmarkt und Sozialstaat neu miteinander zu verbinden und das knappe Gut Arbeit gerechter zu verteilen. Da die Autoren keine Möglichkeit sehen, das Beschäftigungsdefizit mit bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu lösen, haben sie ein ›Mehrschichtenmodell produktiver Tätigkeiten‹ entwickelt (vgl. Giarini, Liedtke 1998, S. 231 ff.).

In der sogenannten ersten Schicht wird für alle Menschen im Alter von 18 bis 70 (bzw. sogar 78) Jahren die Vermeidung von absoluter Armut sichergestellt, indem jeder einen Anspruch auf eine Arbeit von etwa 20 Stunden pro Woche mit einem ›Mindestgehalt‹ hat. Explizite Zielgruppe sind hier die Alten, die Jugendlichen und die Frauen, denen nun der Einstieg, die Rückkehr in oder aber auch der Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt erleichtert werden soll. Die zweite Schicht ist mit dem heutigen Arbeitsmarkt

75 Daß das Konzept in diesem Punkt noch weiter entwickelt werden muß, zeigt vor allem auch folgende Aussage: »Eine soziale Sicherung kann durch die herkömmlichen Verfahren oder durch neue Grundversorgungsmodelle gewährleistet werden« (Kühlein, Mutz 1999, S. 303).

76 So ist zu vermuten, dass – wenn überhaupt – nur in bestimmten Bereichen bzw. Führungsebenen ein Interesse der Arbeitgeber für z. B. die Anreicherung der sozialen Kompetenz bzw. des ›Sozialen Kapitals‹ seiner Mitarbeiter besteht. Es ist daher fraglich, ob nicht gerade beispielsweise gering Qualifizierte systematisch bei der Umsetzung eines solchen Modells außen vor bleiben würden und indirekt damit natürlich auch insbesondere Frauen aus unteren sozialen Schichten (z. B. mit Putztätigkeiten, Fließbandarbeit etc.).

Abbildung 19: Ehrenamtlich (Hoch-)Engagierte, nicht ehrenamtlich engagierte Aktive und Inaktive nach Schulabschluss in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)



Anmerkung:

Während ›Nichtaktive‹ in keinem in der Erhebung genannten Tätigkeitsfeld in einer Organisation oder Gruppierung mitmachen, sind die ›Aktiven ohne ehrenamtliche Tätigkeit‹ zwar in diese Bereiche eingebunden, übernehmen aber keine ehrenamtlichen Aufgaben. Unter denen, die ein Ehrenamt ausüben, werden hier nochmals diejenigen als ›Hochaktive‹ gesondert ausgewiesen, die mehr als 5 Stunden pro Woche dafür aufwenden (vgl. dazu Rosenbladt, Picot 1999, S. 17 ff.). Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 111 der personenbezogenen Auswertungen.

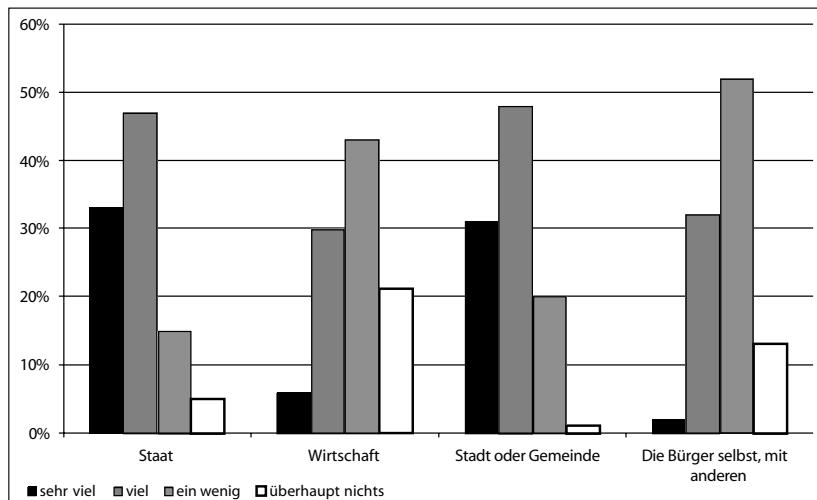
gleichzusetzen. Sie enthält keine Arbeitszeitbeschränkungen und kann darüber hinaus für Einzelne die Arbeit in der ersten Schicht überflüssig machen. In der dritten Schicht werden die freiwilligen und unbezahlten produktiven Tätigkeiten erstellt, die als eine Art Ergänzung zu sehen sind, weil sie keinen (messbaren) Marktwert haben.

Das Modell stellt damit zwar einerseits sicher, dass bei einer solchen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Konstruktion alle Erwerbsfähigen einer gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit nachgehen, die Armut vermeidet. Andererseits aber ist zu befürchten, dass auf diese Weise in der ersten Schicht ein minderwertiger zweiter bzw. dritter Arbeitsmarkt etabliert wird, auf den nun alle Unterbeschäftigte – explizit gerade auch die Frauen (vgl. Giarini, Liedtke 1998, S. 238) – absorbiert werden sollen. In diesem Punkt handelt es sich folglich »nicht um Teilzeitarbeit im üblichen Sinne, sondern um Pflichtarbeit, die eine ›grundlegende Bezugseinheit für direkte und indirekte öffentliche Maßnahmen‹ darstellt« (Möller 1998, S. 481). Somit könnte man diese erste Schicht als eine Ausweitung der bereits bestehenden

Pflicht zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger bzw. als eine Erweiterung der Zumutbarkeitsregelungen in der Arbeitslosenversicherung interpretieren.

Statt die wettbewerbsfähige und qualitativ hochwertige Beschäftigung in der zweiten Schicht zu fördern, gehen Giarini und Liedtke sogar so weit, einen Teil der bisher auch gegen Bezahlung geleisteten Tätigkeiten (Kinderbetreuung durch Kindergärten etc., psychosoziale Versorgung von Kranken) durch Umstrukturierung den gemeinnützigen Tätigkeiten, »die als Komplemente und in Substitution zu bezahlter Tätigkeit fungieren« (Giarini, Liedtke 1998, S. 241), zuzuweisen: »Immer mehr Menschen werden vermutlich mehr und qualifiziertere Arbeiten anbieten, ohne dafür eine monetäre Entschädigung zu erwarten« (ebenda 1998, S. 245). Auch hier sprechen die Autoren explizit von Alten, implizit aber auch von den Frauen, die sich für die Erfüllung unbezahlter gemeinnütziger und sozial ausgerichteter Tätigkeiten wie Kinderbetreuung durch ihre besonderen Kompetenzen eignen.⁷⁷

Abbildung 20: »Die zur Zeit wichtigsten Probleme im Wohnort/Stadtteil – Kinderbetreuung/Schule/Jugendeinrichtungen« – »Es können zur Lösung dieses Problems beitragen«



Anmerkung: Befragte, die von diesem Problem zur Zeit unmittelbar betroffen sind. Der Unterschied zu 100 % ergibt sich aus der Kategorie ›Keine Antwort‹.

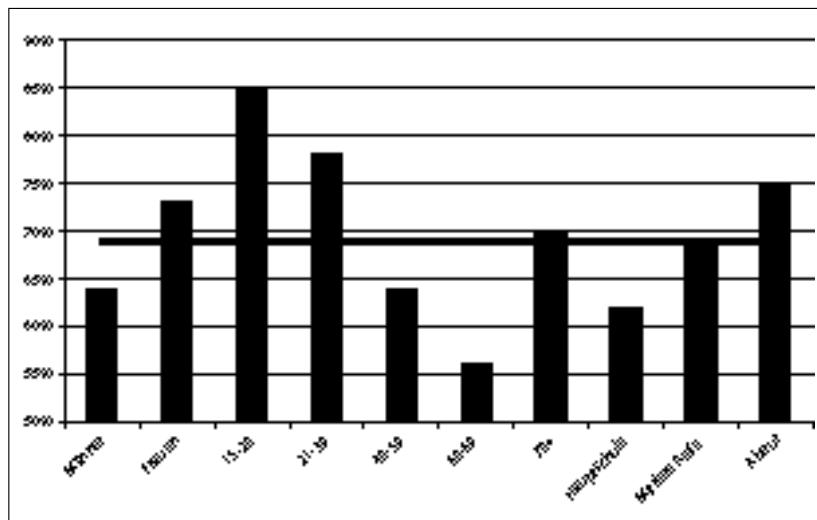
Quelle: Eigene Darstellung nach Ueltzhöffer, Ascheberg 1997, S. 35.

77 Möller verweist darauf, dass »die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten in diesem Modell nicht mehr vorkommen, obgleich sie im Analyseteil als »produktiv« bezeichnet wurden. Für die Autoren sind die nichtmonetisierten Tätigkeiten, in Verkennung der Realität, überwiegend wohltätige oder freiwillige Arbeiten« (Möller 1998, S. 481; vgl. auch Hartwich 1998, S. 338 f.).

Wie realitätsfern und ungeeignet jedoch gerade letzterer Lösungsvorschlag aus Sicht derjenigen ist, für die gegenwärtig das wichtigste Problem fehlende Kinderbetreuungs- und Jugendeinrichtungen in ihrem Wohnort bzw. Stadtteil ist, zeigt beispielhaft Abbildung 20. So gaben 1997 in einer Umfrage des SIGMA-Institutes in Baden-Württemberg (vgl. Ueltzhöffer, Ascheberg 1997) nur 2 % der Befragten an, dass die Bürger selbst >sehr viel< zur Lösung dieser Probleme beitragen könnten; dem Staat trauten dies jedoch mit 33 % bzw. der Stadt oder Gemeinde mit 31 % wesentlich mehr zu.

Insgesamt wird mit diesem Konzept – ohne jegliche Überprüfung der Motive, Motivation und Anreizsysteme für die einzelnen Tätigkeitsbereiche und ungeachtet des gestiegenen Bildungsniveaus und der Erwerbsorientierung der Frauen – davon ausgegangen, dass sich wieder einzelne Bevölkerungsteile als nicht oder allenfalls schlecht bezahlte Manövriermasse für die vielfältigen gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten einsetzen lassen. Immer weniger jedoch entspricht dies den Vorstellungen der Bürger, die in einer sich wandelnden Lebens- und Arbeitswelt auch neue Erwartungen und Ansprüche an den Freiwilligensektor stellen (vgl. Abbildung 21).

Abbildung 21: »Es wird behauptet, dass viele, die sich bürgerlich engagieren, nicht nur anderen Menschen helfen oder dem Gemeinwohl dienen wollen, sondern auch eigene Interessen dabei verfolgen« – »Das halte ich für richtig«



Anmerkung: Antwortkategorien >völlig richtig< und >eher richtig<.

Quelle: Eigene Darstellung nach Ueltzhöffer, Ascheberg 1997, S. 22.

3.2.4 Die ›Tätigkeitsgesellschaft‹ der AWO-Württemberg

Ein weiteres interessantes Konzept in Richtung ›Von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft‹ ist das Papier ›Ein Denkanstoß der AWO-Württemberg‹ (1998), das vor allem aufgrund des gegenwärtigen Ausschlusses immer größerer Teile der Bevölkerung von der Erwerbsarbeit und damit von der Gesellschaft an sich auf der einen Seite eine gerechtere Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch Abbau von Überstunden und Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung fordert (vgl. Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 8),⁷⁸ auf der anderen Seite für eine auch finanzielle Aufwertung, ja sogar für eine individuelle materielle Sicherung bei sinnstiftenden, gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten plädiert: »Unserer Ansicht nach besteht die Chance, dass sich die gesellschaftliche Akzeptanz eines Einkommensausgleichs für Phasen der Nichterwerbstätigkeit deutlich steigert, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens dadurch, dass möglichst alle beteiligt sind. Und zweitens durch die Tatsache, dass der Einzelne in allen Phasen seiner Tätigkeitszeit gesellschaftlich nützliche ›Leistungen erbringt‹« (ebenda, S. 11). Der dazu erforderliche ›Umstrukturierungsprozess‹ in der Gesellschaft betrifft dabei im Wesentlichen die folgenden Bereiche: Die Arbeits- bzw. Tarifverträge, die sozialrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die unbezahlten gemeinnützigen Tätigkeiten (vgl. ebenda, S. 8). Bezuglich der Arbeitsverträge bedeutet dies zunächst eine möglichst kollektive Verringerung der Arbeitszeit. Während das ›Denkmodell‹ davon ausgeht, dass diese von den meisten erwerbstätigen Gesellschaftsmitgliedern entweder aus Solidarität⁷⁹ oder aber aus persönlichem Freiheitsgewinn begrüßt würden,⁸⁰ ist nicht klar, inwiefern tatsächlich das nun größere frei zur Verfügung stehende Zeitbudget bevorzugt für vermehrte Eigenarbeit in der Familie oder ehrenamtliches Engagement Verwendung finden würde. Vor allem aber liegen nicht nur positive, sondern auch kritische Studien zu den geringen Realisierungschancen von zusätzlichen Arbeitsplätzen z. B. durch Abbau von Überstunden vor (vgl. Pannenberg, Wagner 1999). Ebenso erscheint die Umverteilung von Erwerbsarbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung derzeit kaum durchsetzbar.

78 Erwerbsarbeit verliert in diesem ›Denkmodell‹ nicht ihre zentrale Bedeutung für das Individuum und seine gesellschaftliche Integration. Nach diesem Ansatz ist Erwerbsarbeit – wie die geringe Beteiligung von Arbeitslosen an ehrenamtlichem Engagement zeigt – Voraussetzung für die Übernahme sinnstiftender, gemeinnütziger Aufgaben (vgl. Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 9).

79 In diesem Zusammenhang wird – allerdings sehr unkritisch (vgl. dagegen Ottersbach, Yıldız 1997) – auf die Bedeutung des Kommunitarismus verwiesen (vgl. Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 13).

80 Zitiert wird dafür eine Umfrage in der ZEIT vom 4.10.1996, die belegt, dass etwa 71 % der Bürger bereit wären, ohne Lohnausgleich weniger zu arbeiten, wenn dadurch Arbeitsplätze erhalten werden könnten (vgl. Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 13).

Abgesehen davon, dass unbestreitbar die Struktur der Arbeitslosen und Beschäftigten eklatante qualifikationsspezifische Unterschiede aufweisen und mit zunehmender Länge der beruflichen Unterbrechungsphasen kaum noch Chancen einer angemessenen Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt bestehen, dürfte die gesellschaftliche Bereitschaft zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Einkommen (vor allem in einem Anlauf und in relevanten Größenordnungen) an den bisherigen Demarkationslinien der Besitzstandswahrung auf Grenzen stoßen.⁸¹ Ein mehr oder weniger verpflichtender Gesellschaftsvertrag, in dem die Gesamttätigkeitszeit, d.h. »der Anteil der Erwerbstätigkeitszeit auf ein zwischen den gesellschaftlichen Kräften auszuhandelndes Maß festgelegt« (ebenda, S. 10) wird, würde zwar die Bürger in diesem Modell zu einer Umverteilung der Erwerbsarbeit zwingen und die Einführung des vorgeschlagenen ›Rotationsmodells‹, das zwischen Phasen der Erwerbstätigkeit (= Zeit der ›materiellen Bereicherung‹), Lehren und Lernens sowie der soziokulturellen Tätigkeiten (= Zeiten der ›ideellen Bereicherung‹) unterscheidet (ebenda, S. 9 f.), ermöglichen, es konfliktiert allerdings auch in dieser Form mit der Realität in unserer Gesellschaft. Es wäre daher denkbar: Nicht mehr Bürgersinn, sondern eventuell sogar mehr ›kriminelle Energie‹ könnte entstehen, um den Restriktionen z.B. in Form von Schwarzarbeit auszuweichen.

Nicht einsichtig in diesem Modell ist aber vor allem, warum das Rotationsmodell zwar Phasen der Weiterbildung zum Qualifikationserhalt bzw.-erwerb und des gemeinnützigen Engagements berücksichtigt, die Leistungen beispielsweise der Frauen in den Familien aber explizit ausklammert (vgl. ebenda, S. 9). Wenn dieses Konzept des Umstrukturierungsprozesses zu einer Tätigkeitsgesellschaft⁸² ernstgenommen werden will, so kann es diesen wichtigen Lebensbereich, der auch seit langem hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Anerkennung aufgewertet werden müsste, nicht per se ausschließen.

Einige Punkte der angeführten Kritik schon selbst vorwegnehmend wird daher in der ›Tätigkeitsgesellschaft der AWO-Württemberg‹ – ähnlich wie in dem Konzept der Bürgerarbeit hinsichtlich des ›Gemeinwohlunternehmers‹ – argumentiert: »Natürlich ist hier noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten, bis auch die hartnäckigeren ›Arbeitswütigen‹ anfangen werden, ein bisschen neidisch zu werden auf alle, die sich Selbstbewusstsein und Bestätigung auch in anderen, autonomen und nicht entfremdeten Tätigkeitsfeldern verschaffen. Schließlich bieten auch diese Tätigkeitsbereiche genügend Raum für die Entwicklung von Ehrgeiz« (ebenda, S. 8). Dass die Frage der

81 Dies bestätigen auch die Ausführungen zu dem von den Autoren der AWO-Studie sonst als musterhaft gewürdigten Arbeitszeitmodell: In einer Umfrage unter den Mitarbeitern bei VW zeigte sich bei den Mitarbeitern der höheren Einkommensgruppen und höheren Bildungsabschlüsse eine wesentlich höhere Unzufriedenheit mit dem praktizierten Umverteilungsmodell (Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 13). Weiteres Vorbild für das entwickelte Denkmodell ist darüber hinaus Hewlett Packard durch seine Mobilarbeitszeit (ebenda, S. 16).

82 Die Autoren verweisen diesbezüglich vor allem auf die Arbeiten von Andre Gorz (vgl. Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 10).

Erwerbsneigung und des Erwerbsverhaltens nicht nur auf Arbeitseifer und persönliche Entfaltung zielt, sondern ganz einfach auch zur Erhaltung des Lebensunterhalts bzw. eines gewissen Lebensstandards dient, wird nicht diskutiert, da in diesem Modell der Staat bzw. die Solidargemeinschaft für die materielle Existenzsicherung des Individuums aufkommt. Nicht berücksichtigt wird dabei jedoch, dass die gesellschaftlichen Lasten durch z. B. Steuerausfälle und Sozialabgaben je Erwerbstätigen sinken, wobei eine immer größere Gruppe für gemeinnützige Leistungen zusätzlich honoriert werden soll. Die Finanzierbarkeit⁸³ dieser neuen Tätigkeitsgesellschaft und wer letztlich die Bürger für dieses Konzept begeistern soll, werden damit zu Schlüsselfragen.

Die Lösungskompetenz für die vielfältigen mit dem Denkmodell aufgeworfenen Probleme liegt nach Ansicht der Autoren – ungewöhnlicher-, aber durchaus bemerkenswerterweise – bei den Unternehmen: »Nur wenn die Unternehmen spürbare und vor allemzählbare Vorteile erreichen, werden sie die Rolle in dem Prozess einnehmen, die für ein Gelingen notwendig ist: die Rolle der treibenden Kraft« (ebenda, S. 11). Allerdings werden auch hier die entstehenden Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht saldierend in Rechnung gestellt: Die Unternehmen scheinen z. B. durch höhere Zahlen an Teilzeitbeschäftigten nur Vorteile – belegt durch eine Studie von McKinsey – in Form höherer Flexibilität und Produktivität der Beschäftigten zu haben (ebenda, S. 12). Damit »... bergen die vorgeschlagenen Umstrukturierungen jedoch erhebliche Inkonsistenzen und verharren in einer ordoliberalen Marktlogik« (Stoppe 1998, S. 32).

Trotz aller Kritik ist von Seiten der Arbeiterwohlfahrt des Bezirksverbands Baden-Württemberg beabsichtigt, die neue ‚Tätigkeitsgesellschaft‘ in zwei Modellversuchen in die Tat umzusetzen. Dabei setzen diese auf regionaler Ebene allerdings jeweils in einer Situation an, in der es um den Erhalt von Unternehmen geht. Die Motivation der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten sowie die Möglichkeit der Finanzierung (Gelder z. B. aus dem Sozialplan) entsprechender Maßnahmen zur Umverteilung der Erwerbsarbeit sowie – eventuell auch – zur Aktivierung der Beschäftigten zu gemeinnützigen Tätigkeiten wären daher in besonderer Weise gegeben. An einer breiteren und vor allem nicht nur temporären Durchsetzbarkeit muss – auch wenn das Modell auf der Ebene von Betrieben als ‚Schicksalsgemeinschaften‘ oder auf regionaler Ebene als ‚Satelliten-Modell‘, das mehrere Betriebe umfasst, weiter durch die AWO konkretisiert werden würde – deshalb nach wie vor gezweifelt werden. Denn durch die Ein-

83 Eine vollständige finanzielle Gegenüberstellung der zusätzlichen gesellschaftlichen Aufwendungen zur Umsetzung einer Tätigkeitsgesellschaft und der entsprechenden Entlastungen durch eine geringere Arbeitslosigkeit erfolgt nicht. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass in Phasen des ‚Lehrens und Lernens‘ sowie bei soziokulturellen Tätigkeiten eine sozialrechtliche Absicherung »bei allerdings vermutlich geringem Entgelt« (Arbeiterwohlfahrt 1998, S. 10) gewährleistet werden soll. Die Finanzierung könnte durch die Bundesanstalt für Arbeit, die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung und durch eine Steuerreform, die zu einer höheren ‚Belastungsgerechtigkeit‘ führt, erfolgen (vgl. ebenda, S. 6).

führung von regional integrierten Institutionen⁸⁴ können zwar – ähnlich wie bei dem Konzept der Bürgerarbeit – die Gelegenheitsstrukturen für ein höheres zivilgesellschaftliches Engagement prinzipiell gefördert werden – ohne hier nochmals auf die ebenfalls exkludierenden Wirkungsmechanismen eingehen zu wollen⁸⁵ –, ob dabei allerdings ein Gegengewicht, ja zumindest teilweise eine gleichwertige Kompensation für Erwerbstätigkeit gelingt, bleibt jedoch fraglich.

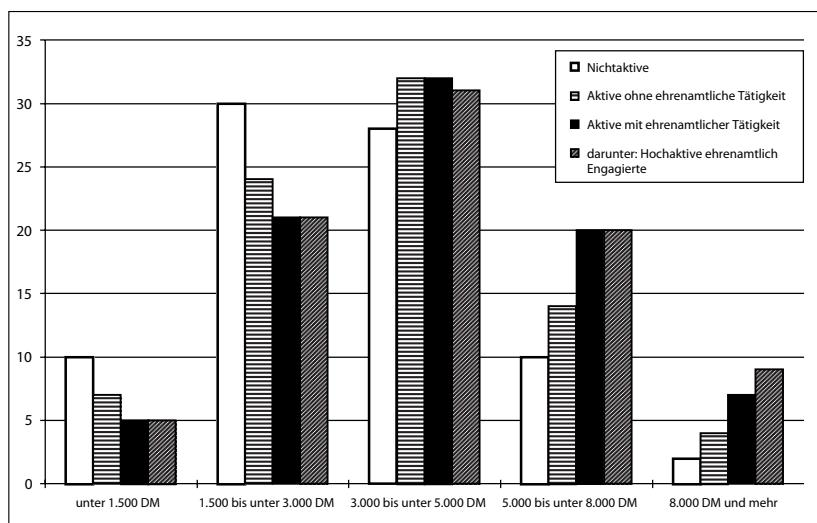
Damit lässt sich zusammenfassen: Als gravierender Mangel an den meisten Konzepten – sei es für das Konzept der Bürgerarbeit, die ›Neue Arbeitsgesellschaft‹, das ›Mehrschichtenmodell produktiver Tätigkeiten‹ oder aber sei es für die ›Tätigkeitsgesellschaft‹ nach dem Modell der AWO-Württemberg – wurde herausgestellt, dass die Finanzierungsmöglichkeiten entweder nicht konkretisiert werden oder aber wohl eher unrealistischen Vorstellungen entspringen. Darüber hinaus kann konstatiert werden, dass die schön klingenden Konzepte für die Entstehung einer ›neuen Tätigkeitsgesellschaft‹ allesamt wohl gerade diejenigen auch in Zukunft nicht in die Gesellschaft integrieren werden können, die bereits durch den Ausschluss vom Arbeitsmarkt marginalisiert bzw. depriviert sind – im Besonderen Langzeit-Arbeitslose und gerade auch Frauen aus unteren sozialen Schichten. Zwar wird niemand bestreiten, dass die Gesellschaft umgebaut und mehr Beschäftigung geschaffen werden muss, allerdings sollte jeder Vorschlag, jedes Konzept und jeder Modellversuch dahin geprüft werden, ob er nicht zu einer noch größeren Ungleichheit in bzw. Spaltung der Gesellschaft (z.B. durch ›Bürgerarbeitslose‹) führt. Nicht übersehen werden darf somit, dass eben die einen Konzepte im Sinne der Lösung von Arbeitsmarktproblemen dazu tendieren, bestimmten Personengruppen – vor allem den Frauen (vgl. z.B. Giarini, Liedtke 1998 sowie Kommision für Zukunftsfragen 1997a) oder aber auch den Arbeitslosen (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1998) – einen bestimmten Platz – sei es in der ersten Schicht, sei es in der Bürgerarbeit – zuzuweisen (d.h. zu segmentieren), die anderen aber im Sinne ›ganzheitlicher gesellschaftlicher Konzepte‹ nicht ausschließen können, größere gesellschaftliche Ungleichheiten

84 Die AWO-Württemberg plant die Einrichtung eines TG-Büros zur Koordination und Leitung von Projekten, eines TG-Beirats aus den beteiligten Intermediären (wie Arbeitsamt, Gewerkschaft etc.) zur Definition von Rahmenbedingungen sowie eines TG-Coaching zur Beratung.

85 Wie in Kapitel 2 aufgezeigt, sind es doch gerade die Frauen, die zu Teilzeitarbeit – bei einer gleichzeitig steigenden Erwerbsneigung in Richtung Vollbeschäftigung (vgl. Sing 1998) – bereit sind und den damit häufig verbundenen Verzicht auf Aufstiegschancen und andere Vergünstigungen bisher akzeptierten. Anstatt auf die ›Solidarität‹ oder aber die von Arbeitnehmern scheinbar gewünschten ›Freiheits-‹ bzw. ›Freizeitpotenziale‹, die so nicht beobachtet werden können (vgl. Abschnitt 2.2), zur Reduktion der Arbeitszeit zu hoffen, sollte man eher eine Änderung der Rahmenbedingungen fordern, die Teilzeitarbeit in einer nach wie vor erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft attraktiv werden lässt – im Sinne neuer Chancen und Möglichkeiten sowohl für Männer als auch für Frauen. Dabei ist jedoch stets zu bedenken, dass der individuellen Wertschätzung der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts nicht genug Bedeutung beigegeben werden kann.

zu produzieren. So ist diesbezüglich zunächst zu fragen, wer sich prinzipiell eine Reduktion des Erwerbseinkommens z. B. infolge von Arbeitszeitverkürzungen (vgl. Arbeiterwohlfahrt 1998) oder vermehrter Eigenarbeit leisten kann (vgl. zum Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Teilhabe an (ehrenamtlichen) Aktivitäten Abbildung 22) bzw. wer mit einer ausreichenden Aufstockung des Einkommens durch Stiftungsgelder (vgl. Mutz 1999) bei gemeinnützigen Tätigkeiten rechnen kann. Wesentlich ist folglich bei den Konzepten im Rahmen der Diskussion um das ›Ende der Erwerbsarbeit‹, einerseits vor allem die Arbeitsmarkteffekte im Niedriglohnsektor, im Sektor der Geringqualifizierten oder aber beispielsweise im Bereich der sozialen personenbezogenen Dienstleistung zu analysieren und andererseits ungewollte Nebeneffekte im Bereich des ehrenamtlichen Engagements auszuschließen.

Abbildung 22: Ehrenamtlich (Hoch-)Engagierte, nicht ehrenamtlich engagierte Aktive und Inaktive nach dem Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)



Anmerkung: Während ›Nichtaktive‹ in keinem in der Erhebung genannten Tätigkeitsfeld in einer Organisation oder Gruppierung mitmachen, sind die ›Aktiven ohne ehrenamtliche Tätigkeit‹ zwar in diese Bereiche eingebunden, übernehmen aber keine ehrenamtlichen Aufgaben. Unter denen, die ein Ehrenamt ausüben, werden hier nochmals diejenigen als ›Hochaktive‹ gesondert ausgewiesen, die mehr als 5 Stunden pro Woche dafür aufwenden (vgl. dazu Rosenbladt, Picot 1999, S.17 ff.).

Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 108 der personenbezogenen Auswertungen.

3.3 MODELLPROJEKTE ZUM AUSBAU DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Im Gegensatz zu den bisher angesprochenen ›neuen, grundsätzlicheren, >anderen< Konzepten (Bürgerarbeit, ›Neue Arbeitsgesellschaft‹ etc.) gibt es natürlich eine Reihe konkreter Entwicklungen im Bereich der ›traditionellen‹ Ehrenamtlichkeit bzw. des ›neuen‹ freiwilligen bzw. bürgerschaftlichen Engagements in seinen vielfältigen Facetten (Bürgerinitiativen, Freiwilligen-Agenturen etc.), die bereits in der Umsetzung ihrer spezifischen Ansätze schon weiter fortgeschritten sind und damit Praxiserfahrungen vorweisen. Im Folgenden soll daher eine kurze Darstellung einiger dieser bedeutenden Projekte – angefangen vom ›Landesprogramm Bürgerschaftliches Engagement‹ in Baden-Württemberg über das Programm ›Aktion 55‹ in Sachsen bis hin zu den Initiativen des Deutschen Caritasverbandes mit seinen neuen ›Freiwilligenzentren‹ – erfolgen. So spannend die diesen Modellprojekten zugrundeliegenden unterschiedlichen konzeptionellen Überlegungen sind, so ist vor allem zu fragen, inwiefern sich bei diesen Ansätzen, die hier stellvertretend für viele einzelne Initiativen stehen können (vgl. für einen Eindruck über den schwer überschaubaren Gegenstand z. B. Blandow 1997; Beher, Liebig, Rauschenbach 1998, S. 36 ff.), Hinweise auf geschlechts- und schichtspezifische Wirkungsmechanismen empirisch finden lassen.

3.3.1 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg

In starker Anlehnung an die Kommunitarismusdebatte⁸⁶ in den USA wurde in Baden-Württemberg Anfang der 90er Jahre das ›Landesprogramm Bürgerschaftliches Engagement‹, das anfangs vor allem für die sogenannten ›jungen Alten‹ konzipiert war (z. B. Seniorengenosenschaften, Bürgerbüros der Initiative 3. Lebensalter), entwickelt (vgl. o.V. 1999). 1994 entstand daraus schließlich die ›Vereinbarung zur Bildung der Landes-

86 Nach Benjamin Barber, der eine Art Vorbildfunktion in der aktuellen baden-württembergischen Variante dieser Debatte einnimmt, bedeutet Bürger zu sein, »auf eine bestimmte, bewusste Weise an etwas teilzunehmen, auf eine Weise, die voraussetzt, dass man andere wahrnimmt und gemeinsam mit ihnen handelt. Aufgrund dieses Bewusstseins verändern sich Einstellungen und gewinnt Partizipation jenen Sinn von wir, den ich mit Gemeinschaft assoziert habe. Teilzunehmen heißt, eine Gemeinschaft zu schaffen, die sich selbst regiert und eine sich selbstregierende Gemeinschaft zu schaffen, heißt teilzunehmen. Ja, vom Standpunkt starker Demokratie aus sind die zwei Begriffe *Partizipation* und *Gemeinschaft*, Aspekte ein und derselben sozialen Daseinsweise: der Bürgerschaft« (Barber 1994, S. 152). Zur Kennzeichnung des ›Landesprogramms Bürgerschaftliches Engagement‹ als ›schwäbischem Kommunitarismus‹ vgl. Hummel 1999a, S. 6.

arbeitsgemeinschaft zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Ziel der in diesem Rahmen unterstützten Modellprojekte ist es, vereinfacht gesagt, nach der Einrichtung geeigneter Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement konkrete Initiativen (z.B. Bürgerbüros, Bürgertreffpunkte etc.) anzuregen und zu vernetzen, um auf diese Weise »die Stärkung demokratischer Strukturen und die Solidarität der Menschen durch gemeinschaftliches Handeln« (Sozialministerium Baden-Württemberg o.J., S. 7) zu erreichen. Insgesamt werden in Baden-Württemberg gegenwärtig Projekte an etwa 100 Standorten gefördert.⁸⁷

Die zugrundeliegende Idee des ›Landesprogramms Bürgerschaftliches Engagement‹ leitet sich von einem neuen, anzustrebenden Leitbild des ›starken‹ Bürgers sowie einer aktiven Bürgerschaft⁸⁸ ab. Diesem Verständnis entsprechend wurde 1997 in Bad Urach die Charta ›Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg‹ verabschiedet.⁸⁹

Demnach gilt es sowohl das Verhalten und die Einstellungen der Bürger als auch die politischen Rahmenbedingungen zu verändern: »Zu den Erfolgskriterien Bürgerschaftlichen Engagements gehört ..., dass Bürger und Bürgerinnen selbstbewusster, unabhängiger, risikobereiter und stärker werden, dass sie – wie Giddens erklärt – teleologisch (zielbestimmter) handeln« (Hummel 1999, S. 241). Damit kommt dem Menschen in einer sich im Wandel befindlichen Gesellschaft (Erosion der Erwerbsarbeit und familiärer Strukturen, zunehmende Mobilität) und einem neuen Verständnis vom Staat als ›Ermöglicher, Moderator und Diskursgestalter am Zukunftsentwurf künftiger Wohlfahrts- und Bürgergesellschaften‹ (o.V. 1999, S. 1) besondere Bedeutung zu: »Die entscheidende Bilanz des Programms ist der Wandel von einem angebotsorientierten Sozialstaatprogramm zu einem Förderinstrumentarium für eine zeitgemäße Arbeitsweise ›Bürgerschaftliches Engagement‹« (o.V. 1999, S. 1). Dabei ist nach Hummel bür-

87 In der ›vorläufigen Bilanz des Landesprogramms Bürgerschaftliches Engagement‹ heißt es: »Es ist festzustellen, dass es ohne ein einziges festes standardisiertes Förderprogramm gelungen ist, zwischen 30 und 90 lokale Anlaufstellen des Engagements einzurichten und diese mit allen anderen Entwicklungen, wie der Selbsthilfekontaktstellenförderung, den Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen (anders als in den übrigen Bundesländern) zusammenzuführen, umfangreiche Kurse und Qualifizierungsmethoden, Jahressdokumentation und Mischfinanzierungen einzurichten. Es ist in Ansätzen eine Struktur der lokalen Förderung von Bürgerengagement erkennbar, die mehr ist als ›Freiwilligenvermittlung‹« (o.V. 1999, S. 1).

88 Zur aktiven Gesellschaft: vgl. Etzioni 1975.

89 Dort heißt es: »1. ›Bürgerschaftliches Engagement‹ stellt eine für die Demokratie der Zukunft notwendige und wünschenswerte Einstellung und Verhaltensweise dar, die sich weniger an Notlagen, vorgefertigten Tätigkeitsfeldern oder am Vereinswesen orientiert, sondern am selbstbestimmten, praktischen und eigenen Beitrag zu einem Gemeinwesen der freien und gleichen Bürger. Das Konzept ist eine Querschnittsaufgabe. 2. Bürgerschaftliches Engagement bedarf gemeinschaftsfördernder Rahmenbedingungen. Hierzu gehört (in Überwindung hoheitlicher und fürsorglicher Umgangsformen) eine neue partnerschaftliche und moderierende Verwaltung, neben bereits bestehender Vereinsunterstützung, Ehrenamtswürdigung oder professionalisierter Sozialarbeit ... Bürgerschaftliches Engagement bedeutet für die daran beteiligten Bürger, dass sie sich um die Ziele, Aufgabengestaltung, Selbstverwaltung und demokratische Meinungsbildung kümmern und sich den Anforderungen stellen, die sich aus aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen ergeben« (Sozialministerium Baden-Württemberg o.J., S. 11).

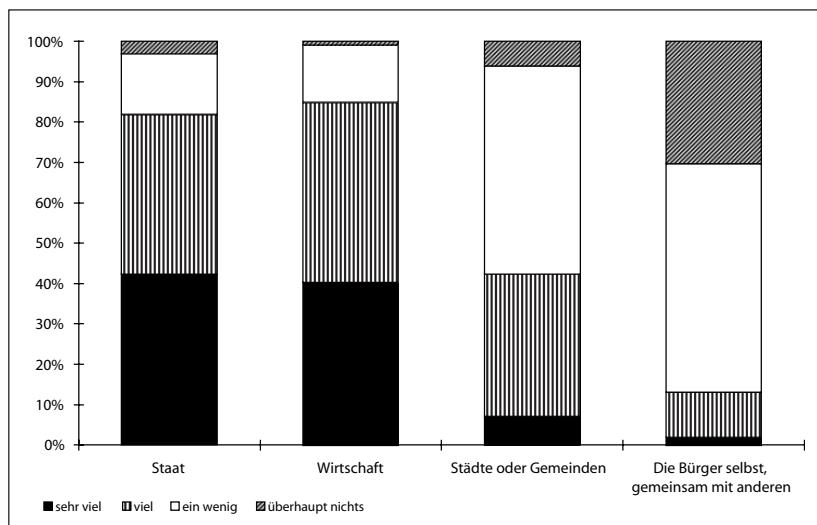
gerschaftliches Engagement »kein eindeutig definiertes, bestimmbares und ausschließlich sichtbares Verhalten. Es umfasst reale Tätigkeitsanteile sowie sinnhafte Deutung und symbolisches Handeln. Es besteht sowohl im Handeln und der Einstellung des Bürgers als auch der Definitionszuweisung, Begrifflichkeit und Wertschätzung durch die Gesellschaft« (Hummel 1999, S. 239). Letztlich entscheidet die spezifische Situation bzw. Lebenslage der Bürger darüber, ob es sich z. B. um gemeinwohlorientierte, eigennützige oder aber gar erwerbsarbeitsorientierte Arbeit (z. B. in Tauschringen) handelt (vgl. ebenda).

Ob und inwieweit die Bürger in Baden-Württemberg den Vorstellungen von bürger-schaftlichem Engagement entsprechen, wurde in verschiedenen Untersuchungen analysiert.⁹⁰ Insgesamt erheben diese eine Fülle von Befunden bezüglich der Bereitschaft, Motivation, Barrieren u. a. für bürgerschaftliches Engagement. 36 % der 1.000 befragten Bürger in der durch SIGMA erhobenen Landesstudie 1997 nannten ›Arbeitslosigkeit/ Sorgen um den Arbeitsplatz und die berufliche Zukunft‹ als das für sie wichtigste Problem in ihrem persönlichen Nahbereich (vgl. Ueltzhöffer 1998, S. 27). Im Gegensatz dazu ist gerade die Lösung dieses Problems aus Sicht der Betroffenen jedoch am wenigsten durch die Bürger selbst zu erreichen (vgl. Abbildung 23).

Auf der anderen Seite weist Hummel darauf hin, dass es in einzelnen Projekten des baden-württembergischen Landesnetzes, wie in der Arbeitsloseninitiative Göppingen, schon gelungen ist, durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit aus ›Betroffenen‹ aktive – und in diesem Fall auch integrierte – Bürger zu machen (vgl. Hummel 1999a, S. 11). Darüber hinaus liegen weitere empirische Ergebnisse zu den Erfolgen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem auf der Ebene von Beispielen vor. Quantitative Aussagen bzw. eine auch nur in Ansätzen qualitative Bewertung der Modellprojekte hinsichtlich ihrer Inklusions- oder aber Exklusionswirkungen können aber aufgrund fehlender Statistiken nicht erfolgen. Die vorliegenden bivariaten Ergebnisdarstellungen etwa aus der für die Baden-Württemberger Initiative zentralen ›Geislingen-Studie‹ (vgl. Ueltzhöffer, Ascheberg 1996) weisen jedoch darauf hin, dass es eher Personen mit höherem formalem Schulabschluss sind, die ein ›Klima sozialer Kälte‹ in ihrem Wohnort und ›defizitäre Nachbarschaften‹ empfinden, eine mehr privatistische Haltung aufweisen und sowohl aktiv wie passiv gegenseitiger Hilfe reservierter gegen-

90 Darin liegt nach Hummel gleichzeitig die besondere Herausforderung an die Sozialforschung, denn sie muss die »Strukturanalyse des Engagements und Sinnanalyse der Akteure aufeinander beziehen, wenn sie der Wirklichkeit nahekommen will« (Hummel 1999, S. 239). Sie muss die jeweiligen Kontextbedingungen beschreiben und reflektieren, »unter welchen herrschenden Normen und Begriffen soziales Verhalten, Einstellungen und Prozesse beobachtet wurden« (ebenda, S. 240). Und weiter: »Vom subjektiven Umfang der Problemwahrnehmung und vom objektiven Umfang der Problemlösungsmöglichkeiten hängt ab, ob es Raum für Handeln gibt«. Demnach müsste »nicht der Bürger als Objekt, sondern das Feld, der Sozialraum« (ebenda, S. 242) untersucht werden.

Abbildung 23: »Zur Lösung des Problems ›Arbeitslosigkeit‹ können beitragen ...« (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Ueltzhöffer 1998, S. 28.

überstehen. Sie – und dabei eher Männer – sind etwas häufiger in Vereinen ›engagiert‹, während nach dem Bildungsstand keine einheitlichen Muster in der Häufigkeit des Engagements in der Hilfe und Pflege für andere aufscheint – sehr wohl aber deutlich mehr Frauen als Männer dort tätig sind (vgl. Ueltzhöffer, Ascheberg 1996, S. 47 ff.). Die Ergebnisse aus der landesweiten Befragung (vgl. Ueltzhöffer, Ascheberg 1997, S. 68 ff.) deuten in gleiche Richtungen.

Generell ist festzustellen, dass die Leitvorstellungen für dieses Konzept sich zunächst aus den Aktivitäten im Seniorenbereich ableiteten: »Mit Seniorengenossenschaften wurde der Versuch unternommen, Ältere als produktive Selbstgestalter von Dienstleistungen anzusehen. Verschiedene Tauschformen, insbesondere nichtmonetärer Art (Beziehungen, Zuwendung, Pflege, Zeit, manches Mal Abneigung) und Zeittauschverfahren spielten dabei eine wesentliche Rolle« (Hummel 1999, S. 224 f.). Dieses Prinzip der Aktivierung und Partizipation der Bürgerschaft an gemeinschaftlichen und selbstbestimmten Aufgaben schließt somit keinen aus, führt aber auch nicht automatisch zu einer Integration von z. B. gesellschaftlichen Randgruppen. Allerdings wurde Wert darauf gelegt, die Angebote ›niedrigschwellige‹ (vgl. Hummel 1999a, S. 11) anzulegen. Insgesamt ist es kein – weder im Ansatz noch der Intention nach – arbeitsmarktpolitisch

ausgerichtetes Konzept, das für weggebrochene Erwerbsmöglichkeiten materiellen oder immateriellen Ersatz bieten will (vgl. ebenda, S. 3); vielmehr hat es die ›Stärkung der Demokratie‹ im Fokus seiner Bemühungen.⁹¹ Allerdings besteht hier die Gefahr, dass so organisiertes bürgerschaftliches Engagement als soziales Netzwerk durch Politiker oder soziale Träger für lokale und kommunale Interessen in mehr oder weniger offener Form zur Entlastung kommunaler Haushalte, und damit professionelle Arbeitsplätze ersetzend oder zumindest bedrohend (vgl. dazu deutlich Blandow 1997), mit weiteren Effekten auf »professionelle und qualitative Anforderungen« (Bauer 1998, S. 7) instrumentalisiert werden könnte und die Bürger und Bürgerinnen – aufgrund der damit verbundenen Aufwertung – sich dafür auch bereitwillig verwenden lassen (vgl. o.V. 1999, S. 7).

3.3.2 ›Aktion 55‹ in Sachsen

Durch die Wiedervereinigung bedingt gab es in Sachsen – wie in den anderen neuen Bundesländern – tiefgreifende strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, von denen insbesondere auch die älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betroffen waren. Während aber in den ersten Jahren gerade für diese aufgrund gesetzlicher Maßnahmen im Bereich der Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen weniger die finanzielle Absicherung als Problem in Erscheinung trat, fühlten sich nicht wenige vor allem ›orientierungslos, isoliert, nicht mehr gebraucht‹ (Hildebrand 1997, S. 214). Das Programm ›Aktion 55⁹² richtete sich daher an Bürger zwischen 55 und 60 Jahren, die sich im Vorruhestand oder Altersübergang befinden, mit dem Ziel, ein neues Verständnis bürgerschaftlicher Mitsorge, Mitverantwortung und Mithilfe in der Gesellschaft zu schaffen und die Bereitschaft zu fördern, ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen (vgl. Sächsischer Landtag 1998a). Denn auf der anderen Seite gibt es, so die expliziten Erläuterungen zu diesem Programm, eine Reihe von vor allem sozialen Aufgaben,⁹³ die bisher in der Gesellschaft nur

91 Aber auch die Kooperation und friedliche Koexistenz neben anderen Institutionen im ehrenamtlichen Bereich (Verbände, Vereine etc.) ist eventuell in der Umsetzungsrealität weitaus problematischer, als es zunächst scheint (vgl. o.V. 1999, S. 4 f.).

92 1994 wurde dieses Programm unter dem Titel ›55 Aufwärts‹ auch im Land Brandenburg eingeführt (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998, S. 28). Einen etwas anderen Ansatz hat dagegen das im Jahr 2000 beginnende ›Thüringer Programm 50-plus‹, das vor allem für die über 50jährigen Langzeitarbeitslosen eine ›Maßnahmenkombination‹ aus zunächst Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die möglichst vollständig ausgeschöpft werden sollen, vorsieht, die dann bei Bedarf um finanziell unterstützte Formen des ehrenamtlichen Engagements – allerdings zeitlich versetzt – ergänzt werden können, um so die beschäftigungsfreie Phase vor dem Übergang in den Ruhestand zu verkürzen (vgl. Schuster 1999).

93 Als Engagementbereiche nennt Hildebrand sinnvolle Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Freizeit (z. B. Hausaufgabenbetreuung, Umwelt- und Verkehrserziehung etc.), Betreuung von Alten und Behinderten, Aufbau sozialer Kontakte zu Bürgern ohne Sozialbindungen u.ä. (vgl. Hildebrand 1997, S. 214 f.).

unzureichend erledigt werden. Durch das Programm soll somit das Angebot an Hilfe (gegen eine pauschale Aufwandsentschädigung als »öffentliche Anerkennung in finanzieller Form« (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998, S. 28)) und die Nachfrage nach sozialer Unterstützung durch staatliches Eingreifen⁹⁴ zusammengeführt werden. Trotz anfangs zögerlicher Reaktionen hat das Programm inzwischen einen regen Zulauf. Insgesamt haben bis 1998 etwa 84.000 Bürger am Aktionsprogramm teilgenommen (vgl. Sächsischer Landtag 1998a, S. 19).

Dabei lässt sich sagen, dass die geförderten Projekte im Wesentlichen eher nicht basisorientiert entstanden, sondern von der Sächsischen Staatsregierung entwickelt und gezielt gefördert wurden. So ist zwar die Wahl des Engagementbereichs prinzipiell von den Bürgern frei zu wählen, dennoch können bei der Realisierung von Projekten Probleme bezüglich der Förderkriterien auftreten, die entweder eine beratende, belehrende oder aber begleitende Tätigkeit erfordern (vgl. Hildebrand 1997, S. 215). Die ›aktivierenden‹ Impulse gehen somit letztlich von staatlicher Stelle aus, so dass auch in Zukunft erwartet werden kann, dass das ›treibende Moment‹ für bürgerschaftliches Engagement bei diesem Programm eher ›von oben‹ kommt bzw. kommen muss.⁹⁵

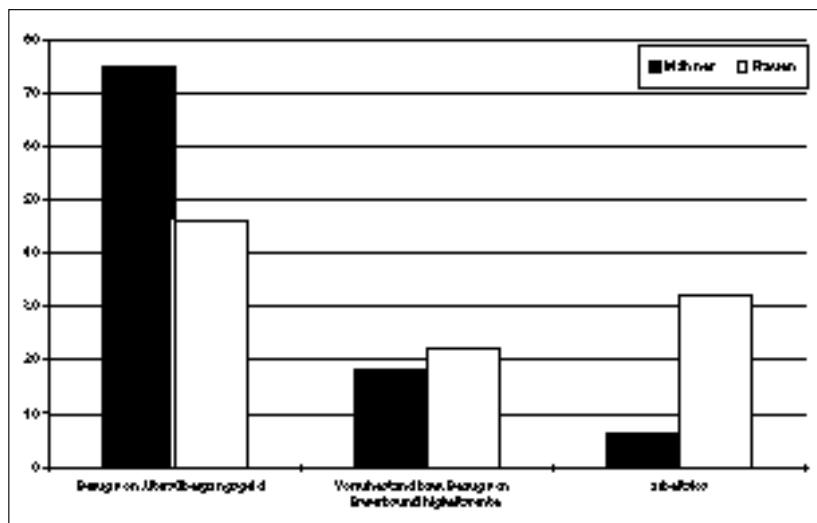
Nach Angaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren 1997 etwa 55 % der Engagierten Frauen. Angaben zur bildungs- und schichtspezifischen Struktur der Engagierten sowie weitere Daten wurden im Rahmen einer schriftlichen Teilnehmerbefragung im Jahr 1994 erhoben (vgl. Baur u. a. 1997). Neben der Feststellung, dass die Teilnehmer insgesamt eine etwas höhere Bildungsstruktur als die Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern aufweisen (ebenda, S. 127 f.),⁹⁶ zeigt die Erhebung interessante Ergebnisse hinsichtlich des (Erwerbs-)Status der teilnehmenden Personen (vgl. Abbildung 24). So sind vor allem die Männer Empfänger von Altersübergangsgeld (75 % der Männer). Nur etwa 6 % zählen zu den Arbeitslosen. Bei den Frauen sieht das Verhältnis dagegen etwas anders aus: Hier sind immerhin 32 % arbeitslos.

94 Dieses basiert auf der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeiten von Bürgern zwischen 55 und 60 Jahren aus dem Jahr 1993. 1996 wurden in Sachsen etwa 30 Mio. DM für dieses Programm aufgewendet, 1997 nur noch etwa 22,5 Mio. und 1998 15 Mio. DM.

95 Allerdings ist zu bedenken, dass eine Kultur des freiwilligen Engagements oder der aktiven Gestaltung des Gemeinwesens im Sinne westdeutscher Kategorien in Ostdeutschland erst seinen Platz findet. Die Erfahrungen der Bürger aus DDR-Zeiten mögen manchen sensibel gegenüber staatlichen Aufforderungen, ja ›Verpflichtungen‹ gemacht haben, so dass es – bei gleichzeitig radikal gewandelten Lebensverhältnissen – einer Phase der Orientierung bedarf. Dabei darf dies allerdings nicht mit einer ›Tabula-rasa-Situation verwechselt werden (vgl. z. B. Gehrmann 1999; Priller 1997).

96 Dieses Ergebnis wird durch weitere Untersuchungen in den neuen Bundesländern generell bestätigt: »Bezogen auf den beruflichen Hintergrund lässt sich auch für die neuen Bundesländer und die von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekte sagen, dass ehrenamtliche Arbeit eine Angelegenheit der Mittelschichten ist« (Kramer, Wagner, Billeb 1998, S. 55).

Abbildung 24: Teilnehmer der ›Aktion 55c nach (Erwerbs-)Status und Geschlecht 1994 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Baur u. a. 1997, S. 128.

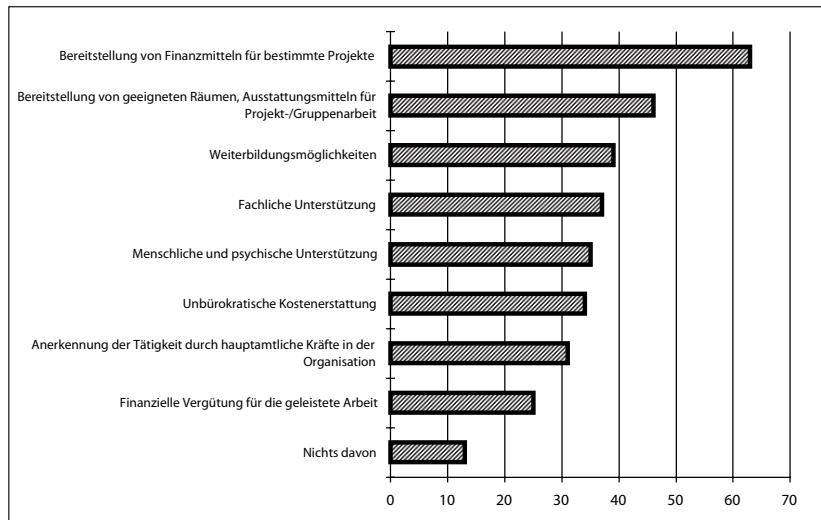
Darüber hinaus scheint aber vor allem bemerkenswert, »dass auch in den Projekten, die sich mit Menschen beschäftigen, die Männer noch in der Mehrzahl sind, ein Bild, das in den alten Bundesländern wohl anders aussieht« (ebenda, S. 126). Hinsichtlich des geschlechtsspezifischen Aspekts lässt sich daher für die ›Aktion 55c‹ zusammenfassend sagen, dass die empirischen Ergebnisse in einem gewissen Gegensatz zu Untersuchungen anderer ostdeutscher Initiativen bzw. Bereichen freiwilliger Arbeit stehen. Denn »hier ist das soziale Ehrenamt in einem Verhältnis von ca. 2/3 zu 1/3 überwiegend eine Domäne der Frauen« (Kramer, Wagner, Billeb 1998, S. 50).⁹⁷

3.3.3 Freiwilligenzentren im Deutschen Caritasverband

Neben den genannten und anderen Initiativen auf der Ebene von Ländern haben auch die großen Wohlfahrtsverbände, wie der Deutsche Caritasverband, erkannt, dass sich im Bereich des ehrenamtlichen Engagements in den vergangenen Jahren ein Wandel voll-

97 Zu den aktuellsten Entwicklungen in Sachsen zur ›Erschließung von Aufgabenfeldern außerhalb der Erwerbsarbeit‹ vgl. o.V. 2000 sowie Kress 1999.

Abbildung 25: Statements von ehrenamtlich Engagierten in Ost- und Westdeutschland 1999 auf die Frage, wo Verbesserungen in den Organisationen selbst erforderlich sind (Angaben in %)



Anmerkung: Die Frageformulierung lautete: »Es wird viel darüber diskutiert, mit welchen Maßnahmen man ehrenamtliches Engagement fördern und unterstützen könnte. Zunächst zu der Frage, was die Organisationen selbst tun könnten, in denen Ehrenamtliche arbeiten. Wenn Sie an Ihre eigene Tätigkeit denken, bei welchen der folgenden Punkte würden Sie sagen: Da drückt der Schuh, da wären Verbesserungen wichtig?«

Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 57 der tätigkeitsbezogenen Auswertungen.

zogen hat (zu Statements von ehrenamtlich Engagierten bezüglich der in Organisationen generell erforderlichen Verbesserungen zur Förderung der Freiwilligenarbeit vgl. Abbildung 25). Über die Anpassung seines Leitbildes hin zu einer offenen Plattform für Interessierte hinaus⁹⁸ bemüht sich der Caritasverband auch durch die Vergabe zahlreicher empirischer Studien, mehr Wissen über die Personen, die sich in seinen sozialen Einrichtungen ehrenamtlich engagieren, ihre Motive und Wünsche zu erhalten und über die Art ihrer Zusammenarbeit mit Professionellen sowie ihre Bedeutung für die Außenerscheinung des Verbandes zu erheben (vgl. dazu ausführlich Bock 1999, S. 212 ff.).

98 »Der Deutsche Caritasverband ... fördert das Engagement durch Beratung und Fortbildung. Er unterstützt ehrenamtlichen caritativen Einsatz in Pfarrgemeinden, Verbänden, Gruppen und Initiativen. Er tritt für verbesserte Rahmenbedingungen für das soziale Ehrenamt ein. Er fördert die Idee einer Sozialbewegung und arbeitet mit sozial engagierten Menschen, Initiativen und Organisationen zusammen an der Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft« (zitiert nach Bock 1999, S. 212).

Ohne hier näher die Ergebnisse dieser Studien vorstellen zu wollen, die sich überwiegend noch im Bereich des sogenannten traditionellen Ehrenamts bewegen, soll im Folgenden direkt auf die neuesten Entwicklungen, den ›Modellverbund Freiwilligenzentren im Deutschen Caritasverband‹⁹⁹ eingegangen werden. Dabei handelt es sich um Informations- und Vermittlungsstellen für soziales Engagement auf lokaler Ebene.¹⁰⁰ In den 16 seit Dezember 1996 deutschlandweit eingerichteten Freiwilligen-Zentren¹⁰¹ werden dafür ›Foren sozialen Engagements‹ (z. B. für Informationsveranstaltungen, Fachgespräche, Interessenvertretung, Diskussionsplattform) sowie ›Werkstätten sozialen Engagements‹ (z. B. für die Diskussion sozialer Ideen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Sport, Musik, Kultur etc. oder zur Förderung selbstorganisierter Hilfe) angeboten, um so gerade auch den Bedürfnissen der Engagementbereiten, aber noch nicht Engagierten,¹⁰² nach Beratung entgegenzukommen. Ziel dieser Institutionen ist somit einerseits die Erschließung neuer Potentiale des ›Volunteering‹ gerade auch innerhalb der Wohlfahrtspflege, andererseits aber auch die intensive Auseinandersetzung und Förderung bereits bestehender, eher traditionell ausgerichteter Ehrenamtsstrukturen.

In der Zwischenzeit liegen bereits erste Ergebnisse und Erfahrungsberichte zu den Freiwilligenzentren vor. Nach einer zweijährigen Tätigkeit konnten bis 5. Dezember 1998 1.062 Bürger in eine Freiwilligentätigkeit vermittelt werden. Von diesen waren 313 (29,5 %) arbeitslos; 734 (69,1 %) waren zuvor noch nicht freiwillig engagiert (vgl. Deutscher Caritasverband 1998, S. 1). Generell konnte in den verschiedenen Zentren festgestellt werden, dass mehr als die Hälfte der zu den Freiwilligenzentren Kontakt aufnehmenden Bürger bisher noch nicht freiwillig engagiert war, d.h. dass mittels der neuen Strukturen es tatsächlich gelingt, ein noch ›ungenutztes‹ Potential an Freiwilligen zu erschließen. Auf der anderen Seite stellte sich heraus, dass die Engagementbereitschaft von bestimmten, bisher zu wenig beachteten Rahmenbedingungen beeinflusst wird. In

99 Der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes beschloss im Mai 1995 eine umfassende Positionsbeschreibung zur ehrenamtlichen Tätigkeit. Demnach sollten »An einzelnen Orten ... als Pilotprojekte ›Ideen-Börsen‹ oder ›Zentren für Ehrenamtliche‹ nach dem Muster der ›Voluntary Center‹ der Caritas in Italien, Spanien, Frankreich sowie anderer Träger in England und den Niederlanden aufgebaut werden« (zitiert nach Bock, Baldas 1996, S. 3).

100 Jedes Freiwilligenzentrum wird von einem oder mehreren kirchlichen aber auch nichtkirchlichen Träger unterstützt. Aufgrund des Ziels der Selbstorganisation der Zentren werden Beiräte bestimmt, die aus den verschiedensten Gruppen (Bürger, Vertreter von Kirchen, Verbandsvertreter, Initiativen etc.) kommen können (vgl. Deutscher Caritasverband 1997, S. 9).

101 Die 16 Freiwilligenzentren wurden zu einem Modellverbund zusammengeschlossen, um einen engen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Darüber hinaus wird dieser wissenschaftlich begleitet sowie extern und intern regelmäßig evaluiert. Die umfassenden Dokumentationen in den einzelnen Freiwilligenzentren sichern wichtige Informationen für den weiteren Verlauf dieser sowie neuer Projekte. Zusätzlich wurden zehn weitere Zentren ins Leben gerufen, die mit dem Modellverbund kooperieren.

102 Im Caritasverband wird dabei »unter ›ehrenamtlicher/freiwilliger Tätigkeit‹ das kontinuierlich eingebrachte, nicht auf Entgelt ausgerichtete und mit einem gewissen Grad an Organisiertheit verbundene Engagement verstanden« (Deutscher Caritasverband 1997, S. 6).

der Befragung der vermittelten Freiwilligen gaben die bisher noch nicht Engagierten an, dies zu 87 % aus ›Zeitmangel aus beruflichen Gründen‹ bzw. 57 % aus ›Zeitmangel aus familialen Gründen‹ nicht getan zu haben. Ferner gaben 76 % an ›Wollte mich nicht fest an eine Organisation binden‹ und 52 % ›Ich brauchte einen Anstoß‹. Neben der Vermittlungstätigkeit der Zentren spielt auch die Beratung eine wichtige Rolle. So hatten etwa 60 % der Engagementbereiten keine konkreten Vorstellungen über ihren möglichen Einsatzbereich (vgl. ebenda, S. 3).

Schon diese wenigen Zahlen belegen, dass Veränderungen im Freiwilligensektor unter Berücksichtigung der jeweiligen Motive und Rahmenbedingungen der Engagementbereiten zu einem Anstieg entsprechender Aktivitäten führen können. Dagegen wird in anderen Erhebungen z. B. für Baden-Württemberg (vgl. Ueltzhöffer, Ascheberg 1997) deutlich, dass – wenn auch die ersten Ergebnisse des Deutschen Caritasverbandes erfreulicherweise in die entgegengesetzte Richtung weisen – zwar eher keine geschlechtsspezifischen ›Berührungsängste‹ oder fehlendes Selbstvertrauen für ehrenamtliches Engagement bestehen, aber auf der Ebene der Bildungsabschlüsse durchaus Divergenzen hinsichtlich der Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, sichtbar werden. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass es gelingen sollte, diejenigen, die einmal durch das neue Konzept der Freiwilligenzentren angesprochen werden konnten, auch eventuell für eine Fortsetzung ihrer Tätigkeiten zu gewinnen. So werden vor allem Dokumentationen in dieser Richtung – unter Berücksichtigung vor allem des gruppen-spezifischen Aspekts – wichtige Hinweise auf das ›flächendeckende‹ Integrationspotential dieser Modellprojekte geben.¹⁰³

103 Bisher äußerten 75 % der Freiwilligen die Absicht, auch weiterhin sich engagieren zu wollen, 22 % möchten dies immerhin ›ab und zu‹ tun. Geschlechts- und schichtspezifische Daten dazu liegen bisher noch nicht vor.

4. NEUE CHANCEN FÜR FRAUEN?

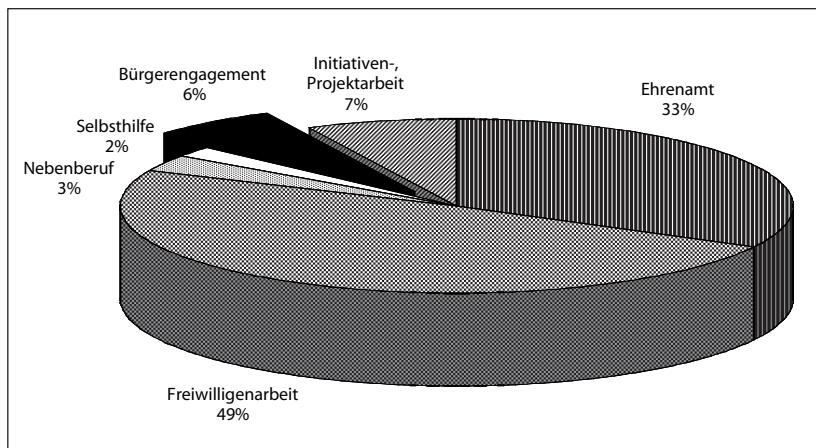
4.1 ›NEUVERTEILUNG‹ GESELLSCHAFTLICHER ARBEIT – ALTER WEIN IN NICHT GANZ ALTEN SCHLÄUCHEN?

Zielsetzung des vorausgegangenen Kapitels war es zu überprüfen, inwiefern in den Konzepten und Modellversuchen der Konnex ›Frauen zwischen Erwerbstätigkeit, Familienarbeit und Ehrenamt‹ vor dem Hintergrund möglicher geschlechts- und schichtspezifischer Exklusionsmechanismen Berücksichtigung – vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten und Interessen der Frauen – findet. Die Diskussion hat dabei gezeigt, dass unbestreitbar ein weites Spektrum an Tätigkeitsfeldern außerhalb der Erwerbsarbeit für sinnvolles und gemein–, aber auch ›eigennütziges‹ zivilgesellschaftliches Handeln (im Sinne von ›altem‹ und ›neuem‹ Ehrenamt) zur Verfügung steht. So ›blühen bereits tausend Blumen‹ im Bereich neuer Arbeitsformen und gerade auch hinsichtlich von Mischformen etwa zwischen ehrenamtlichem Engagement und Erwerbsarbeit. Gemeint sind damit nicht nur die großen und spektakulären praktischen Versuche – von ›New Work‹, Modellversuche zu freiwilligem sozialen Engagement, die beispielsweise in Baden-Württemberg bereits erstaunlich weit in den Alltag hinein diffundiert sind, sowie vielfältigste Freiwilligeninitiativen oder das vielbeachtete Haus der Eigenarbeit in München (vgl. z.B. Mutz u. a. 1997) – sondern die schier unübersichtliche, meist anonyme Vielfalt an individuellen und kollektiven Initiativen und Formen von Arbeit.

Wie wenig allerdings diese veränderten Realitäten – bzw. zum Teil eben doch ›nur‹ theoretisch entwickelten Konzepte und Interpretationen beobachtbarer Einstellungs- bzw. Motivationsänderungen im Ehrenamtsbereich – im Bewusstsein der beispielsweise ehrenamtlich engagierten Bevölkerung verankert sind, zeigt die folgende Darstellung. Während immerhin noch ein Drittel der Befragten angibt, das eigene Engagement als ›Ehrenamt‹ zu betiteln und fast die Hälfte den Begriff der ›Freiwilligenarbeit‹ bevorzugt, sprechen gerade einmal 6 % von ›Bürgerengagement‹ und 7 % geben an, in Initiativen- bzw. an Projektarbeit beteiligt zu sein.

Darüber hinaus ist bei der Zusammenschau der bisherigen Befunde generell zu beachten: Insgesamt leitet sich die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte um das bürgerschaftliche Engagement – insbesondere in geschlechtsspezifischer Hinsicht – einerseits zu wenig aus der tatsächlichen Motivation für freiwilliges Engagement (vgl. z.B. Kistler, Hilpert 1999, S. 269), aber auch für Erwerbsarbeit ab (vgl. Köhler, Kistler 1997).

**Abbildung 26: Präferierte Bezeichnung für ehrenamtliches Engagement nach Ansicht von ehrenamtlich Aktiven in Ost- und Westdeutschland 1999
(Angaben in %)**



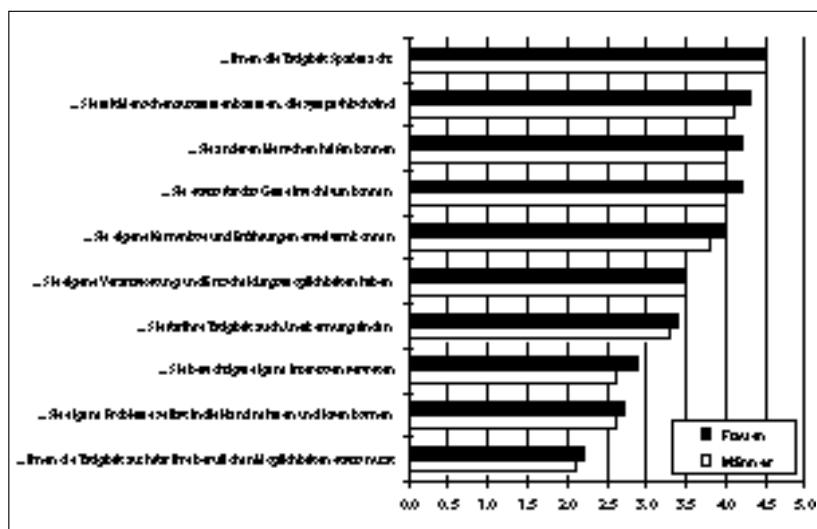
Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt, Picot 1999, S. 15.

Andererseits werden Rückwirkungen des Arbeitsmarktes und deren soziale Sicherungsmechanismen nicht ausreichend berücksichtigt. Denn vergleicht man die zugrundegelegten Motive, Zielsetzungen oder Anreizstrukturen der als fundamentale gesellschaftliche Lösungskonzepte propagierten ›Zukunftsentwürfe‹ z. B. mit den rein am zivilgesellschaftlichen Engagement orientierten Modellen (z. B. die Freiwilligenzentren der Caritas), so wird deutlich, dass ›Bürgerarbeit‹ oder die Tätigkeiten in der sogenannten ›dritten Schicht‹ bei Giarini und Liedtke einerseits für bestimmte sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (gerade für Arbeitslose) weitgehend keine Lösung sein können, und dass andererseits insbesondere Frauen trotzdem, ja vielleicht sogar noch mehr von den negativen Verdrängungseffekten vom ersten Arbeitsmarkt betroffen sein würden.

Ferner zeigt sich beim Zusammenhang Ehrenamt und Erwerbsarbeit, dass ehrenamtliches Engagement zwar immerhin bei einem Fünftel der freiwillig Engagierten mit der beruflichen Tätigkeit zu tun hat,¹⁰⁴ die wenigsten Männer und Frauen sich dadurch aber einen Nutzen bzw. Vorteil für den Beruf erwarten (vgl. Abbildung 27).

104 Auf die Frage: »Hat Ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit der beruflichen Tätigkeit zu tun, die Sie ausüben oder früher ausgeübt haben«, geben in der Infratest-Erhebung im Jahr 1999 21 % der engagierten Männer und 24 % der engagierten Frauen an, dass diesbezüglich ein Zusammenhang besteht (vgl. Rosenbladt 1999, Tabelle 41 der personenbezogenen Auswertungen).

Abbildung 27: Statements von ehrenamtlich engagierten Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland 1999 auf die Frage: »Welche Erwartungen verbinden Sie mit dieser Tätigkeit? Wie wichtig ist Ihnen, dass ...«



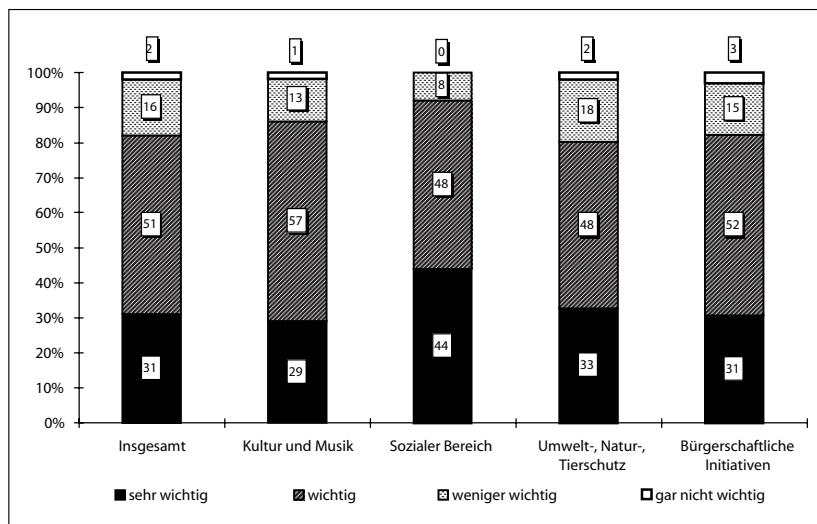
Anmerkung: Mittelwerte einer Skala von 1 (= trifft nicht zu) bis 5 (trifft in sehr hohem Maß zu).

Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 47 der personenbezogenen Auswertungen.

Somit kann gegenwärtig scheinbar nicht davon ausgegangen werden, dass ehrenamtliches Engagement einen im Verhältnis zur Erwerbsarbeit gleichwertigen, d.h. in diesem Fall austauschbaren Tätigkeitsbereich darstellt. Vielmehr ist anzunehmen, dass dem >echten< ehrenamtlichen Engagement in der Gesellschaft bzw. durch den einzelnen engagierten Bürger eine besondere Wertschätzung zukommt (vgl. dazu Abbildung 28), die aufgrund der wohl dort gemachten Erfahrungen – mit anderen Menschen und spezifischen Inhalten und Themenstellungen – eben nicht mit der Erwerbsarbeit verglichen werden kann (vgl. dazu ausführlich Kühnlein 1998).

Steht man jedoch vor der Notwendigkeit, die auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen zukünftig begrenzt vorhandene >marktförmige< und >bezahlbare< Arbeit in Zusammenhang mit der >unbezahlbaren< Arbeit neu organisieren zu müssen, stellt sich die Frage, ob mit den (neu aufgewerteten) Tätigkeitsbereichen außerhalb des Arbeitsmarktes Funktionen der Erwerbsarbeit tatsächlich übernommen werden könnten. Denn während sich insgesamt zusammenfassend sagen lässt, dass Konzepte, die auf eine Komplementarität zur Erwerbsarbeit abstellen, in die-

Abbildung 28: »Ist Ihr ehrenamtliches Engagement für Sie persönlich ein wichtiger Teil Ihres Lebens oder spielt das in Ihrem Leben keine wichtige Rolle? Würden Sie sagen, es ist für Sie ...« (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt 1999, Tabelle 20 der tätigkeitsbezogenen Auswertungen.

ser Hinsicht unproblematisch sind – weil durch sie eben nicht notwendigerweise die materiellen und immateriellen Lebenssicherungsfunktionen der Erwerbsarbeit kompensiert werden müssen –, muss bei Konzepten und Modellversuchen, die auf einen wirklichen Ersatz von Erwerbsarbeit durch andere Tätigkeitsbereiche abstellen, genau untersucht werden, inwieweit darin – vor allem für die Frauen – eine echte Alternative besteht bzw. in Zukunft bestehen könnte.

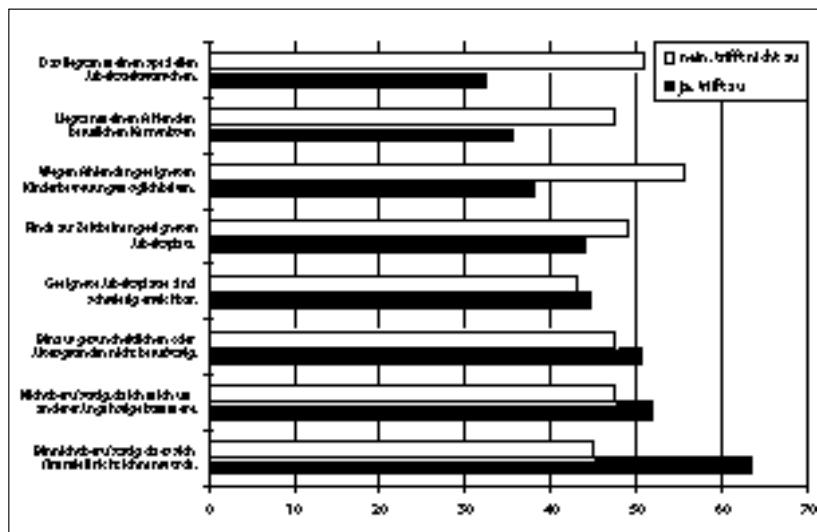
4.2 (K)EIN ›ENDE DER ERWERBSARBEITSGESELLSCHAFT‹

Im Folgenden werden – bereits im Sinne eines Ausblicks – die Einstellungen von Frauen zur subjektiven Bedeutung von Erwerbsarbeit und der möglichen Substitution durch ehrenamtliches Engagement (hier vor allem aus der Sicht der nicht erwerbstätigen, aber eine Arbeit suchenden Frauen) sowie die Einstellungen zur eigenen Lebensunterhalts- und sozialen Sicherung zusammenfassend dargestellt.

4.2.1 Individuelle Wertschätzung der Lebensbereiche außerhalb der Erwerbsarbeit durch Frauen

Hinsichtlich der Funktion der Erwerbsarbeit, den Beteiligten Identifikation und soziale Anerkennung zu gewähren, stellt sich die Frage, inwiefern auch durch andere Tätigkeitsbereiche diese wichtige Aufgabe erfüllt werden kann. Interessante, überraschende Ergebnisse zeigt dazu eine eigene, zusammen mit Infratest im Jahr 1998 durchgeführte Erhebung (vgl. dazu auch Sing, Hilpert 1999, S. 331 f.). Dort erklärt sich fast die Hälfte (44,6 %) aller nicht erwerbstätigen, aber auch nicht arbeitslos gemeldeten Frauen, die in verschiedenen Intensitätsabstufungen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen, bereit, (notfalls) anstelle einer bezahlten Beschäftigung ein unentgeltliches Ehrenamt auszuüben. Die folgende Abbildung gibt die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement der befragten Frauen in Abhängigkeit der Gründe für ihre Nichterwerbstätigkeit an. Es ist ersichtlich, dass vor allem Frauen, die finanziell nicht auf Berufstätigkeit angewiesen sind, am häufigsten die Bereitschaft zu unbezahlter Arbeit äußern.

Abbildung 29: Bereitschaft von nicht erwerbstätigen, nicht arbeitslos gemeldeten Frauen zu ehrenamtlichem Engagement in Abhängigkeit der Gründe für ihre Nichterwerbstätigkeit 1998 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten der INIFES/Infratest-Erhebung 1998.

Damit ist, auch wenn das Potenzial an freiwilligem ehrenamtlichen Engagement in dieser Umfrage insgesamt sehr hoch ist, letztlich wieder der schichtspezifische Bias unter den Frauen nicht zu leugnen. Dies bestätigt auch die Betrachtung der von den Frauen persönlich eingeschätzten Chance, eine (Erwerbs-)Arbeit zu finden: Die scheinbar flexibleren bzw. diejenigen, die glauben, leicht eine Arbeit zu finden, sind zu 57,5 % zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit bereit, während die, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als eher schlecht einstufen, nur zu 47,9 % ihre Bereitschaft dazu äußern.

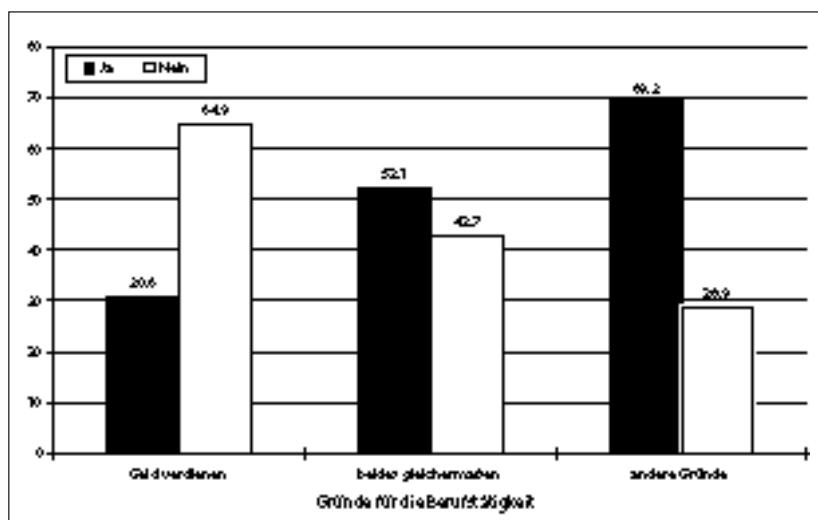
Während diese Auswertungen es zumindest prinzipiell möglich erscheinen lassen, durch die Formulierung geeigneter Tätigkeitsfelder – unter Berücksichtigung der Selbstverwirklichungswünsche, der vorhandenen Gelegenheitsstrukturen¹⁰⁵ und Prestigevorstellungen von zumindest Teilen der Frauen (und Männer!) – Alternativen zur Erwerbsarbeitswelt zu entwickeln, belegt Notz im Rahmen einer Pilotstudie von ehrenamtlich engagierten ArbeiterInnen in Thüringen dagegen (vgl. Zander, Notz 1997), dass ehrenamtliche Tätigkeiten unter den gegebenen Umständen kein Ersatz für weggebrochene oder aber fehlende Arbeitsverhältnisse sein können. Bezugnehmend auf die Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal« (vgl. Jahoda, Lazarfeld, Zeisel 1975), die Erwerbsarbeit als die »Ordnungsgröße« für das menschliche Leben identifizierte, konnte vor allem auch für erwerbslose Frauen gezeigt werden, »dass die ehrenamtliche Arbeit zwar einige Kriterien (vergleichbar der Erwerbsarbeit, d.Verf.) erfüllen und einen persönlichkeitfördernden Charakter haben kann, jedoch nicht als Lebensaufgabe gesehen wird ... Auch wenn sie erwerbslos sind, sehen die Frauen in ehrenamtlicher Arbeit keine »Ersatzberufsaarbeit« ..., sondern allenfalls die Möglichkeit, daraus eine Erwerbsperspektive abzuleiten« (Notz 1999, S. 28).

Gerade der Aspekt der Vergütung bzw. die individuelle Sicherung des Lebensunterhalts spielt dabei – in Ostdeutschland vor allem auch aufgrund der dortigen Sozialisation zur materiellen Unabhängigkeit der Frauen – eine wesentliche Rolle. Dies bestätigen wiederum auch unsere eigenen Ergebnisse, die eine geringere Bereitschaft zu freiwilligem Engagement bei denjenigen erwerbslosen Frauen konstatieren, die primär aus Gründen des Gelderwerbs eine Erwerbsaufnahme wünschen (vgl. Abbildung 30).

Darüber hinaus zeigt sich, dass es vor allem auch wieder die Frauen mit Kindern sind (vgl. dazu die Angaben zum tatsächlichen ehrenamtlichen Engagement in Punkt 2.3.2 sowie Heinze, Keupp 1998, S. 147), die zu ehrenamtlichem Engagement bereit sind (vgl. Sing, Hilpert 1999, S. 332 f.). Als Ursache für dieses Phänomen werden im allgemeinen vor allem die stärkeren sozialen Netzwerke und der besondere Problembezug, den

105 Da nach Klages z. B. »die Gelegenheiten und Herausforderungen zum Engagement in der Bevölkerung sehr unterschiedlich verteilt« (Klages 1998, S. 34 f.) sind, müssten in einer differenzierten Analyse auf jeden Fall die institutionellen Randbedingungen – auch regional, örtlich – für zivilgesellschaftliches Engagement berücksichtigt werden.

Abbildung 30: Bereitschaft von Frauen aus der Stillen Reserve zum Ehrenamt statt einer bezahlten Tätigkeit 1998 (Angaben in %)



Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten der INIFES/Infratest-Erhebung 1998.

diese Haushalte haben, genannt. Damit sind zum Teil auch die Unterschiede im Engagement vor allem ost- und westdeutscher Frauen erklärbar. Für die Frauen in der ehemaligen DDR waren die sozialen Netze in Form von staatlichen Kindergärten und Kinderhorten institutionalisiert vorhanden, um den Frauen die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Ein privates Netzwerk war damit hierfür eher nicht erforderlich. Insgesamt kann folglich von einem gewissen Substitutionseffekt sozialer Dienstleistungen durch den Privatbereich in Westdeutschland ausgegangen werden, der teils notgedrungen, teils aber auch freiwillig erbracht zu werden scheint: »There still exists a broad social consensus in ›West Germany‹ that child care is still primarily a task of ›the family‹, to be performed by state institutions only secondarily. The dividing line between public and private thus in Western-Germany is different to that in the eastern part of Germany or to that in other European countries like Finland or France, where child care is a public task« (Pfau-Effinger 1994, S. 338). Ferner schreibt Pfau-Effinger: »A great proportion of women clearly share the consensus about the private character of child-caring, as well as the social value-orientation of women being primarily responsible for these tasks within the family itself. The consequence of this is that most mothers with small children do not offer their labour in the labour market, and only with reduced hours if they

do« (ebenda, S. 338). Auf der anderen Seite darf die Bereitschaft der Frauen zu unbezahlten Arbeiten aber letztlich nicht dahingehend missgedeutet werden, dass die im internationalen Vergleich sowieso recht gering ausgebauten Betreuungseinrichtungen in Zukunft noch weiter vernachlässigt werden (vgl. Veil 1997, S. 37). Denn nach wie vor ist davon auszugehen, dass sowohl ein verringertes Arbeitsangebot, z. B. in Form von Teilzeitarbeit, als auch ehrenamtliches Engagement nicht nur ein Ergebnis der individuellen Arbeitsangebotsstrategie von Frauen ist, sondern auch eine Konsequenz aus einem nicht ausreichenden Angebot an geeigneten Arbeitsplätzen und Vereinbarkeitsmöglichkeiten von Familie und Beruf.

4.2.2 Chancen und Risiken der individuellen Einkommenssicherung in einer neuen Tätigkeitsgesellschaft

Aber auch die Ausgestaltung der sozialstaatlichen Arrangements hat einen Einfluss auf das Familien- und Berufsleben von Frauen sowie letztlich auf das Geschlechterverhältnis insgesamt. Nach Esping-Andersens internationalen Vergleichen wird die strukturelle Ausgestaltung des sozialen Sicherungsgefüges dabei durch das Ausmaß der Dekomodifizierung, an Stratifizierung sowie ein für jeden Staatstypus eigenes Mischverhältnis der Sektoren Staat, Markt und Familie bestimmt (vgl. Esping-Andersen 1990, S. 21). Im Bismarckschen System deutscher Prägung hängt dabei die soziale Sicherung vor allem der männlichen Gesellschaftsmitglieder direkt vom Erwerbseinkommen ab, die Frauen haben – sofern sie nicht selbst erwerbstätig sind – aus der Ehe abgeleitete Ansprüche. Interessant ist bei Esping-Andersen vor allem der Aspekt der Dekomodifizierung, welche Angaben zur Abhängigkeit der Individuen bzw. ihrer Unabhängigkeit vom (Arbeits-)Markt durch das soziale Sicherungssystem macht: »De-commodification occurs when a service is rendered as a matter of right, and when a person can maintain a livelihood without reliance on the market« (Esping-Andersen 1990, S. 21 f.). Da diese Konzeption übersieht, dass viele Frauen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes in erster Linie nicht vom Arbeitsmarkt, sondern von ihren Ehemännern abhängen, wurde ihr vor allem von feministischer Seite ›genderblindness‹ vorgeworfen (vgl. Orloff 1993; Ostner 1998).¹⁰⁶ So müsste schließlich nach Becker Esping-Andersens Aussage »... the welfare

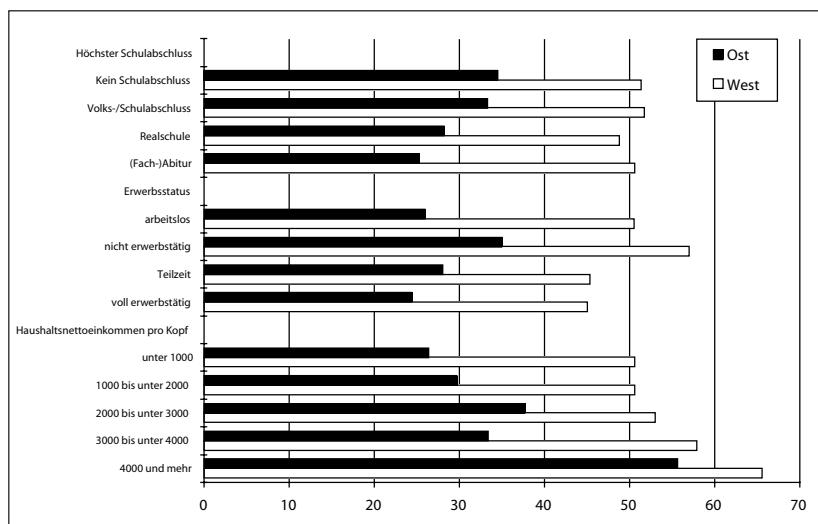
106 »Denn die Analysen des Zusammenspiels von marktförmigen und staatlichen Beiträgen zur Produktion von Wohlfahrt, die Güter und Dienstleistungen umfasst, beschränkt sich bei Esping-Andersen auf die Arbeitsteilung zwischen Arbeitsmarkt und Staat und vernachlässigt die Leistungen, die in der Familie erbracht werden, auch wenn er diese erwähnt. Aus dieser Perspektive heraus wird Arbeit nur als Erwerbsarbeit definiert und ihre geschlechtsspezifischen Voraussetzungen, wie ungleiche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, ausgeblendet« (Veil 1999, S. 207).

of individuals comes to depend entirely on the cash nexus» (Esping-Andersen 1990, S. 21 f.) folgendermaßen an die Situation der Frauen angepasst werden: »the welfare of women came to depend entirely on the love nexus« (Becker 1999, S. 195). Mit anderen Worten heißt dies, dass im Gegensatz zu vor allem skandinavischen Ländern wie Schweden oder Finnland die soziale Sicherung nicht an das Individuum gebunden ist, sondern, wie man es auch beim Ehegattensplitting sehen kann, an den Haushalten bzw. Familien festgemacht wird. Nachteile entstehen den nicht erwerbstätigen Frauen insbesondere dadurch, dass ihre abgeleiteten Ansprüche z. B. gegenüber der Rentenversicherung wesentlich geringer ausfallen als bei Erwerbstätigen und gegenüber der Arbeitslosenversicherung z. B. erst gar keine entstehen.¹⁰⁷ Es stellt sich allerdings auch die Frage, inwiefern mit Vorteilen für die betroffenen Frauen durch eine Umstellung des sozialen Sicherungssystems in Richtung einer Individualsicherung – was nicht zuletzt auch den Vorstellungen verschiedener Zukunftskommissionen entspricht (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997; Giarini, Liedtke 1998) – zu rechnen ist (vgl. auch Klammer, Klenner 1999, S. 70). Zunächst ist festzustellen, dass unter den west- und ostdeutschen Frauen 1997 vor allem die Nichterwerbstätigen überdurchschnittlich mit dem gegenwärtigen Sozialversicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland zufrieden sind (vgl. Abbildung 31).

Die geringere Zufriedenheit mit dem bestehenden System unter den Frauen in Ostdeutschland weist – zusammen mit den in entgegengesetzte Richtung verlaufenden Ausprägungen der Einkommens- und der Bildungsvariable – darauf hin, dass es einer spezifischen Überprüfung der Zufriedenheit mit den einzelnen Bereichen sozialer Sicherung für eine sachgerechte Interpretation bedürfte. Zusammen mit einer weiteren Auswertung des sozioökonomischen Panels kann aber bereits hier die Vermutung aufgestellt werden, dass das gegenwärtige System der sozialen Sicherung zwar im Prinzip eindeutig befürwortet wird, es dem Staat nach Einschätzung der Bürger dabei aber nur unzureichend gelingt, seinen Aufgaben gerecht zu werden. So waren 1997 68 % aller Bürger davon überzeugt, dass der Staat jedem eine ausreichende Sicherung gewähren soll, wobei die Kosten dafür in Form von Steuern und Beiträgen durch alle Bürger entsprechend der Höhe ihres Einkommens aufgebracht werden. Etwa 12 % haben diesbezüglich keine Meinung und nur ein Fünftel aller Bürger plädiert für eine Rückverlage-

107 Das Erziehungsgeld und die Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung stellt zwar eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung dar, eine ausreichende soziale Sicherung implizieren sie aber nicht: »Es ist daher nur zu verständlich, dass ein Ansatz gesucht wird, der der fatalen Logik des Erwerbssystems eine gerechtere und sozialere Sicht auf Leistungen der Gesellschaft und ihrer Mitglieder entgegensemmt« (Stolz-Willig 1999, S. 101).

**Abbildung 31: Anteil der west- und ostdeutschen Frauen, die mit der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland 1997 eher zufrieden waren
(Angaben in %)**



Anmerkung: Die Frageformulierung lautete: »Wie zufrieden sind Sie heute mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? – mit der Krankenversicherung, der Arbeitslosen-, der Renten- und der Pflegeversicherung in der Bundesrepublik, also mit dem, was man das Netz der sozialen Sicherung nennt?« Hier sind die Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 (= »ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (= »ganz und gar zufrieden«) wiedergegeben.

Quelle: Eigene Auswertungen und Darstellung nach Daten des SOEP 1997.

rung der Verantwortung in die Familien.¹⁰⁸ Dabei überrascht die Tatsache nicht, dass diese Verteilung mit dem Bildungsstand der Befragten korreliert, wobei bei höherer Bildung (Schulabschluss ›Abitur‹) wiederum die Einkommenshöhe eine Rolle spielt, während es bei den darunterliegenden Bildungsstufen eher eine Frage des Alters ist.

Sollte es tatsächlich durchgesetzt werden, die Verantwortung für den Lebensunterhalt sowie für (vor allem Arbeitsmarkt-)Risiken noch stärker zu privatisieren, so müssen auf jeden Fall erst einmal für alle Bürger die gleichen Teilhabechancen für Einkommenserwerb – auf einem wie auch immer gestalteten Arbeitsmarkt – sowie für die Durchlässigkeit der verschiedenen Tätigkeitsbereiche – für Männer und Frauen gleichermaßen – gesichert sein: »Wenn es nachweislich gerade nicht familienbedingte,

108 Die Aussage lautete: »Jeder kann selbst bestimmen, ob und inwieweit er sich und seine Familie für Krankheitsfälle, Arbeitslosigkeit, Alter und Pflegebedürftigkeit versichern will. Wenn er sich nicht versichert, um Beiträge zu sparen, muss er das Risiko auch selbst tragen.«

sondern vornehmlich arbeitsmarktinduzierte Effekte sind, die Frauen aus dem Erwerbsprozess dauerhaft hinauskatapultieren, dann muss an dieser Stelle politisch angesetzt werden, und zwar gerade nicht mit Angeboten, die den Abdrängungsprozess weiter forcieren, sondern durch Rahmenbedingungen, die Familie und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer lebbar machen« (Nickel 1999, S. 27).

4.3 EXKLUSION VERSUS INKLUSION – WELCHE BEDEUTUNG KOMMT DEM EHRENAMT (ZUKÜNTIG) ZU?

Bezieht man in diese Betrachtung explizit das ehrenamtliche Engagement mit ein, so kann auch hier festgestellt werden, dass dieses von den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und sozialen bzw. gesellschaftlichen Strukturen beeinflusst wird. Im Gegensatz zu der für Baden-Württemberg zunächst »nur« als Hypothese formulierten Zielsetzung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung der Demokratie (vgl. Hummel 1999; Barber 1994) kann Inglehart mittels seiner 43 Länder umfassenden Studie einen positiven Zusammenhang zwischen einer aktiven Bürgerschaft und deren Kohäsion sogar ansatzweise empirisch belegen: »Mitgliedschaft in Freiwilligenverbänden ist eng mit einer stabilen Demokratie verknüpft« (Inglehart 1998, S. 268). Ehrenamtliches Engagement, freiwilliges soziales Ehrenamt etc. haben damit für die Gemeinschaft, das Gemeinwesen sowie für den Einzelnen – ebenso wie Familienarbeit – einen außerordentlich hohen Wert. Nicht umsonst stellt auch der Staat die Bedeutung dieses Tätigkeitsbereichs für die Gesellschaft heraus: »Gemeinsinn ist der Schlüssel für eine lebenswerte Gesellschaft. Ein Sozialstaat, der nicht nur materiell absichert, sondern auch persönliche Geborgenheit vermitteln will, kann auf die gegenseitige Hilfe und Zuwendung von Mensch zu Mensch als tragendes Strukturprinzip nicht verzichten. Unser Gemeinwesen ist nicht denkbar ohne die Vielzahl und die Vielfalt von Verbänden, Vereinen, Organisationen, Parteien, Bürgerinitiativen, Selbsthilfe-gruppen, ohne die Millionen von Bürgerinnen und Bürger, die sich freiwillig für ihre Mitmenschen einsetzen« (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1997, S. 1). Die Ausgestaltung und Förderung des Ehrenamtes gestaltet sich dagegen schon wesentlich schwieriger. Während die ehemalige Familienministerin Nolte der Ansicht war: »Eine direkte finanzielle Förderung würde seiner Natur nicht gerecht. Ehrenamt muss Ehrenamt bleiben und das heißt unbezahlt« (Deutscher Bundestag 1996), wird diese Fragestellung von anderen durchaus differenzierter, wenn auch im entscheidenden Punkt nicht widersprüchlich gesehen: »Misstrauen scheint zunächst angebracht gegenüber ›aktivistischen‹ und ›direkten‹ politischen Methoden zur Förde-

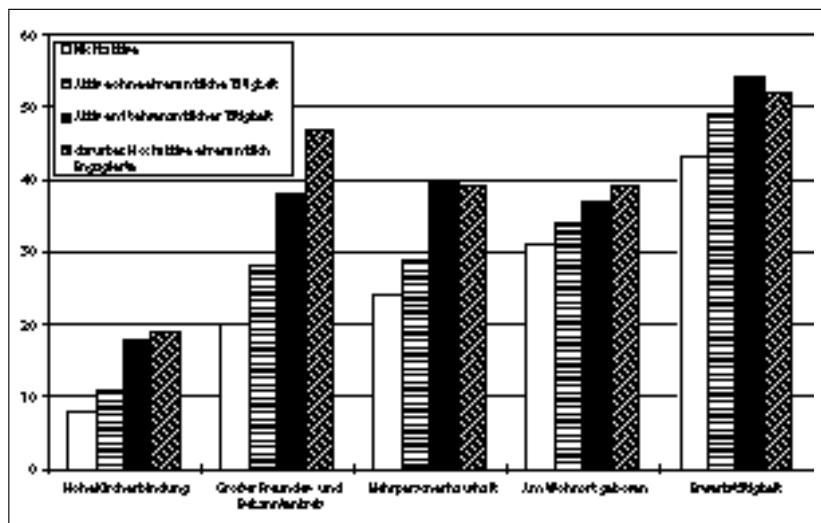
rung von Sozialvermögen. Dazu gehören alle Bestrebungen, die Bürger für gemeinnützige Aufgaben durch hoheitlichen Zwang in Pflicht zu nehmen oder durch ökonomische Anreize zu motivieren ... Eher aussichtsreich erscheinen ausgesprochen »weiche« und indirekt wirkende Methoden einer politischen Pflege zivilgesellschaftlicher Ressourcen. Sie operieren mit ... Instrumenten der Ermutigung kooperativen Handelns und schaffen generalisierte Gelegenheiten für die Aktivierung der entsprechenden sozialmoralischen Dispositionen, ohne dabei spezifische Domänen oder bestimmte Träger zu privilegieren« (Offe 1999, S. 118 f.). Dieses Zitat weist gleichzeitig noch einmal auf die Zweischneidigkeit und notwendige Differenziertheit der in dieser Pilotstudie diskutierten Konzepte und Modellversuche hin und stellt damit ihre intendierten Erfolge – zumindest für einen Teil der Konzepte – in Frage.

Unabhängig von den expliziten Zielen der einzelnen Ansätze interessierte in dieser Studie jedoch vor allem die kritische Überprüfung der Fragestellung, inwieweit die Konzepte und Modellversuche zu einer Integration oder aber Exklusion bestimmter Bevölkerungsteile führen könnten. Die weitgehende Nichtbeachtung der geschlechts- bzw. schichtspezifischen Wirkungsdimensionen, ja das in einigen Konzepten geradezu Herausfordern weiterer Diskriminierungen von Frauen in Form von Dequalifizierung und weiterem Ausschluss vom Arbeitsmarkt führt zusammenfassend zu folgender These: Will man das ehrenamtliche Engagement tatsächlich ausbauen, so ist dies nur durch die vorbehaltlose Förderung der Erwerbstätigkeit sowie der dazu notwendigen Rahmenbedingungen (z. B. in den Arbeitszeitregimen) möglich (vgl. dazu auch Deutscher Bundestag 1996, S. 18).¹⁰⁹ Denn wie auch der Abbildung 32 entnommen werden kann, hängt die Integration in soziale Bereiche der Gesellschaft, wie dem ehrenamtlichen Engagement, deutlich von vorausgehenden Faktoren, wie den sozialen Netzen, insbesondere aber von der Teilhabe an Erwerbsarbeit ab.

Scheinbare Lösungsansätze, die nur das (unbezahlte) soziale Engagement der Frauen zur »gesellschaftlichen Wohlfahrt« in Anspruch nehmen wollen, vergessen einerseits die Berücksichtigung der Struktur der ehrenamtlich Tätigen, die eben (trotz einiger aktuell zu beobachtender Trends – oder aber Zyklen) üblicherweise nicht aus dem Bereich Arbeitsloser oder gering Qualifizierter stammen (vgl. Heinze, Keupp 1998), sowie andererseits die Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, die ehrenamtliche Tätigkeiten

109 Vgl. dazu auch Senghaas-Knobloch: »Erwerbsarbeitweit den Horizont. Sie dient Menschen als Antrieb zu Aktivität. Ex negativo zeigt sich, wer im Rahmen von Arbeitslosigkeit der äußeren Notwendigkeit zu Aktivität – und mag sie noch so eingend empfunden werden – verlustig geht, ist in der Gefahr, auch den Antrieb für andere Aktivitäten zu verlieren« (ebenda, S. 120).

Abbildung 32: Ehrenamtlich (Hoch-)Engagierte, nicht ehrenamtlich engagierte Aktive und Inaktive nach sozialem Kontext bzw. (Arbeitsmarkt-)Integration in Ost- und Westdeutschland 1999 (Angaben in %)



Anmerkung: Während ›Nichtaktive‹ in keinem in der Erhebung genannten Tätigkeitsfeld in einer Organisation oder Gruppierung mitmachen, sind die ›Aktiven ohne ehrenamtliche Tätigkeit‹ zwar in diese Bereiche eingebunden, übernehmen aber keine ehrenamtlichen Aufgaben. Unter denen, die ein Ehrenamt ausüben, werden hier nochmals diejenigen als ›Hochaktive‹ gesondert ausgewiesen, die mehr als 5 Stunden pro Woche dafür aufwenden (vgl. dazu Rosenbladt, Picot 1999, S. 17 ff.).

Quelle: Eigene Darstellung nach Rosenbladt, Picot 1999, S. 23.

erst ermöglichen, die also erst geschaffen werden müssen.¹¹⁰ Für den Staat als Vertreter gesamtgesellschaftlicher Interessen gilt es somit, geeignete Maßnahmen bzw. Strategien unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und der Chancengleichheit für den Ausbau und gerade nicht den Abbau des sozialen Sektors zu entwickeln: Erst eine solche Politik würde die Voraussetzungen für ein freiwilliges bürgerschaftliches Engagement schaffen, das sich nicht gegen den Verdacht wehren müsste, eine ›drittklassige Tätigkeit für die Übriggebliebenen‹ zu sein – für die es noch dazu am wenigsten paßt.

110 Damit ist die Förderung des ehrenamtlichen Engagements wohl nur vergleichbar zur Familienarbeit zu erreichen, wie es die Sachverständigenkommission für den Fünften Familienbericht angesichts der Benachteiligung derjenigen in der Gesellschaft, die familiäre Leistungen erbringen, fordert: »Eine dauerhafte Restabilisierung der familialen Verhältnisse wird sich nur auf der Basis einer institutionell ermöglichten Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter und einer deutlich stärkeren Einbeziehung der Männer in die Aufgaben der privaten Lebensführung erreichen lassen« (Bundesministerium für Familie und Senioren 1994, 22 f.).

5. FORSCHUNGSFRAGEN

»Was kommt mit dem bürgerschaftlichen Engagement auf die soziale Arbeit zu? Bei dem Versuch, darauf zu antworten, muss unterschieden werden zwischen einerseits dem (aufgrund der vorhandenen Bedingungen) Erwartbaren und andererseits dem Wünschbaren und den Konditionen, an die sein Eintreten geknüpft ist« (Bauer 1998a, S. 2). Diese Feststellung Bauers verweist für die Frage nach weiterführenden Forschungsaufgaben und -prioritäten auf die Notwendigkeit sowohl theoretischer als auch empirischer und evaluativer Arbeit.

Dabei gilt zunächst für die »verschiedenen Messkonzepte ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Beteiligung ..., dass eine theoretisch fundierte und allgemeingültige Definition dafür bislang noch fehlt« (Jankowitsch 1999, S. 35). Ausgehend von nicht hinreichend geklärten Begrifflichkeiten, die stets um die Phänomene wie ›altes‹ und ›neues‹ Ehrenamt, ›Bürgerarbeit‹, ›Freiwilligenarbeit‹, zivilgesellschaftliches bzw. bürgerschaftliches Engagement kreisen und damit mehr oder weniger etwas beschreiben, was für die Gesellschaft ›irgendwie‹ wertvoll ist im Sinne eines zunehmenden Gemeinsinns, sozialen Zusammenhalts bzw. gesellschaftlicher Kohäsion bis hin zu empirisch erst zu operationalisierenden Messgrößen wie ›Soziales Kapital‹ (vgl. Beher, Liebig, Rauschenbach 2000), ist auch der Forschungsstand in diesem Bereich dispers (vgl. zu generelleren Auflistungen von Forschungsdefiziten und -bedarfen im Ehrenamtsbereich Beher, Liebig, Rauschenbach 1998; Anheier u. a. 2000; Kistler, Priller, Sing 2000) bzw. beleuchtet nicht selten nur aus der jeweiligen ›interessengeleiteten‹ Fragestellung spezifische Ausschnitte des komplexen Gegenstandsbereichs. Die naheliegende Tendenz zu Eigen- und formativer Evaluation und die spürbare Abneigung gegen summative Evaluationen tragen ein Übriges für die fehlende Verwert- und Vergleichbarkeit vorliegender – vor allem – Mikrostudien bei.

Aber auch über die Vielfalt neuer Arbeitsformen und gerade ihre Verbindung zum nichtprofessionellen, ehrenamtlichen Bereich gibt es bisher keinen annähernd befriedigenden Überblick. Daneben bestehen eine Reihe noch weitgehend unbeantworteter Fragen im Bereich der Arbeitsmarktforschung, die z. B. die Wirkungen bestehender, zumindest im Ansatz ähnlicher, vergleichbarer Instrumente betreffen.

Vor dem Hintergrund dieser vielen offenen Fragen lassen sich einige zukünftige Forschungsbedarfe an den Schnittstellen zur Arbeitsmarktforschung folgendermaßen bündeln:

- Es gibt bisher keine systematische Aufarbeitung darüber, welche Überschneidungen, welche Durchlässigkeiten, ›Brücken‹ im Sinne von Übergangsmärkten es bereits zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit gibt bzw. zu welchen konkreten Effekten diese – für wen – führen. Wenn auch Maßnahmen wie ABM, von der Bundesanstalt für Arbeit geförderte Weiterbildung und Umschulung etc. zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes konzipiert wurden, so sind sie doch weit davon entfernt, einen wesentlichen Teil zur Umsetzung der Idee einer ›neuen Tätigkeitsgesellschaft‹ beizutragen. Gleichzeitig mangelt es immer noch an tragfähigen, repräsentativen Untersuchungen in diesem Feld, die vor allem auch geschlechts- und schichtspezifische Aussagen über die Verteilung der Zugangschancen zu den Fördergeldern, Erfolgsvoraussetzungen und z. B. den Verbleib der Teilnehmer an Maßnahmen (im Vergleich zu Kontrollgruppen) und ihrer möglichen Verzahnung mit ehrenamtlichen Elementen zulassen.
- Darüber hinaus erscheint vor allem auch die Erfassung der bereits auf kommunaler Ebene eingesetzten Instrumente des Bundessozialhilfegesetzes für die ›Hilfe zur Arbeit‹ (§§ 18 bis 20 BSHG) – bevor man letztlich Konzepte, wie das der Bürgerarbeit, für Modellprojekte in Betracht zieht – notwendig. So besteht eine breite Palette an verschiedenen Maßnahmenbündeln zur kommunalen Beschäftigungsförderung, wie gemeinnützige Beschäftigung gegen Mehraufwandsentschädigung, Qualifizierungsmaßnahmen für Bewerbung und für Arbeitsverhältnisse, Lohnkosten- oder Ausbildungsvergütungszuschüsse etc. Diese sollten ebenfalls – vergleichbar den Intentionen der verschiedenen oben vorgestellten Konzepte – dazu beitragen, ›die Folgen der Massenarbeitslosigkeit – für den Einzelnen und für die Gesellschaft zu mildern: Kommunale Hilfe zur Arbeit ›kann die Überwindung anderer sozialer Schwierigkeiten erleichtern, Ausgrenzungsprozesse vermeiden und den Einzelnen wieder Perspektiven geben‹ (Zimmermann 1998, S. 41). Vergleichbar und parallel dazu ist für den Ehrenamtsbereich zunächst zu fragen, inwieweit diese Maßnahmen einerseits tatsächlich geeignet sind, die psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit, von gesellschaftlicher Exklusion zu mildern und eine Chance für eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt und damit zur individuellen Existenzsicherung und gesellschaftlichen Teilhabe zu bieten. Andererseits steht auch hier eine geschlechtsspezifische Untersuchung, die darüber hinaus die Rahmenbedingungen der entsprechenden Frauen (Alleinerziehende, Frauen mit geringem Qualifikationsniveau, nach Erziehungspausen etc.) berücksichtigt, aus.

- Ein anderer, mit dem Bundessozialhilfegesetz verbundener (und nicht erst durch das Konzept der Bürgerarbeit zu diskutierender) Aspekt ist die Möglichkeit, die Sozialhilfeempfänger – unter Androhung von Kürzungen der Transferzahlungen – zu (gemeinnütziger) Arbeit zu verpflichten. Während diesbezüglich vor allem auch Träger von Beschäftigungsprojekten der Meinung sind, dass man »nur mit Menschen arbeiten (kann, d. Verf.), die freiwillig kommen und sich nicht gezwungen fühlen« (Hutter 1998, S. 42), so fehlen letztlich entsprechende verallgemeinerbare Untersuchungen, die für die verschiedenen Problemgruppen die geeigneten Rahmenbedingungen eruieren und attraktive Tätigkeitsfelder definieren, die zu einer freiwilligen Arbeit führen.
- Darüber hinaus bestehen praktisch keine Forschungsergebnisse und Befunde, die zu einer hinreichenden operationalen Abgrenzung von Aufgaben, Arbeitsbereichen und Tätigkeiten im ersten, zweiten und dritten Arbeitsmarkt sowie im Bereich des ehrenamtlichen Engagements und des informellen Sektors (Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe bis hin zur Schwarzarbeit) beitragen. So ist z. B. an eine systematische Auflistung von Kriterien zu denken, die über eine Einordnung von Tätigkeiten in ›markt-förmig‹ – ›nicht-marktförmig‹, ›bezahlt‹ – ›unbezahlt‹ u.ä. hinausgeht und auch den in den Familien erbrachten Leistungen sowie den Leistungen im Bereich des freiwilligen sozialen Engagements neue Kategorien zuordnet, die – im Sinne einer gesellschaftlichen Aufwertung dieser Tätigkeiten – ihrem materiellen wie auch immateriellen Wert angemessener sind.
- Personenbezogene Dienstleistungsberufe, die infolge der Professionalisierungen in diesem Bereich zu höheren Qualifikationsanforderungen geführt haben, erhöhten in der Vergangenheit gerade die Arbeitsmarktchancen für Frauen. Offene Fragen bestehen daher, wie sich die gegenwärtigen Diskussionen um ehrenamtliches Engagement (aber auch zu Themen wie ›Niedriglohnsektor‹ und ›Bürgergeld‹) vor allem auf gering-, aber auch hochqualifizierte Frauen auswirken (würden). Während es einerseits um eine Neustrukturierung und Aufwertung des Bildungs- und Arbeitsmarktes der personenbezogenen, also der sozialen, pflegerischen, erzieherischen und versorgernden bzw. verwandter Dienstleistungsberufe gehen muss, ist andererseits unklar, ob – und mit welchen Wirkungen auf die Qualität von Leistungen – es durch die Ausweitung z. B. des Ehrenamts zu Verdrängungs- und Dequalifizierungsprozessen im Dienstleistungssektor kommt. Auch ist z. B. zu fragen, ob mit einer Ausweitung gerade der weiblichen Beschäftigung infolge einer höheren Zahl an Engagierten, die beraten und koordiniert werden wollen, zu rechnen ist.

Die angesprochenen offenen Fragen in Richtung Arbeitsmarkt prägen damit auch den Forschungsbedarf der Wissenschaft zum hier speziell diskutierten Thema des poten-

ziellen Beitrags ehrenamtlicher Arbeit als Komplement zu bzw. vor allem aber als Substitut für (wegbrechende) Arbeitsplätze unter Berücksichtigung von Gender-Aspekten sowie Aspekten gruppenspezifischer Chancen:

- In welchen Bereichen findet schwerpunktmäßig überhaupt so etwas wie ehrenamtliche Arbeit in einer Art und Form statt, in der sie ein Ersatz für Erwerbsarbeit ist oder zumindest werden könnte? Allein der Sektor der sozialen Dienstleistungen ist so breit und vielfältig, dass beispielsweise gelungene Praxisbeispiele aus dem einen Bereich nicht unbesehen und ungeprüft etwa auf andere Bereiche oder auch von Ort zu Ort übertragen werden können.
- Auch wenn das ›neue‹ Ehrenamt sich gerade dadurch kennzeichnet, dass es nicht mehr so stark an traditionelle soziale Institutionen, wie beispielsweise Wohlfahrtsverbände, angebunden, dass es flexibler, unstetiger und von der Motivstruktur der Täglichen her viel stärker mit ›egoistischen‹ Momenten durchsetzt ist, finden derartige Aktivitäten – noch dazu, wenn sie in eine Dimension hineinwachsen sollen, die ihnen die Bedeutung von Erwerbsarbeit, sogar eine Alternativfunktion zu dieser geben sollen – nicht im luftleeren Raum statt. Welche organisatorischen Formen bzw. Umfelder (auch nach Regionen bzw. in der Differenzierung nach Stadt/Land bzw. Wohngebieten), kurz: welche institutionellen Arrangements für entsprechende Aktivitäten eher förderlich oder eher hinderlich sind, ist aus dem gegenwärtigen Forschungsstand mit seinen teils faszinierenden, jedoch weitestgehend singulären Einzelbefunden bisher nicht ableitbar. Gelungene Beispiele, selbst aus dem gleichen Lebens- bzw. Leistungsbereich (vgl. oben) bieten deswegen keinerlei Garantie für einen erfolgreichen Transfer.
- Letztlich ist für Überlegungen und Konzepte einer Stärkung ehrenamtlichen Engagements als Ersatz für immer weiter erodierende Arbeitsplätze zu beachten, dass die Aussicht auf einen Erfolg solcher Konzepte wohl nicht nur bereichsspezifisch unterschiedlich ist und von dem jeweiligen sozialen Umfeld abhängt – was sich verkürzt in der berechtigten Forderung nach der Schaffung entsprechender differenzierter Gelegenheitsstrukturen ausdrückt –, sondern auch von den Individuen selbst, ihrer vorherigen Sozialisation und insbesondere aber auch von ihrer spezifischen Lebenslage und Lebensphase. Angesprochen seien hier exemplarisch die Älteren, die sich im Übergang in den (Vor-)Ruhestand befinden oder gerade hinter sich haben. Die Fülle von erfolgreichen Initiativen in diesem Bereich zeigt dabei (vgl. Schumacher, Stiehr 1996; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1997a), dass gerade spezielle, für bestimmte Bevölkerungsgruppen geeignete Rahmenbedingungen (z. B. durch die Einrichtung von Seniorenbüros etc.) es durchaus ermöglichen (vgl. Braun, Claussen 1997), auch außerhalb des Arbeitsmarktes vorhandene

(Human-)Ressourcen sinnvoll und sinnstiftend einzusetzen und gleichzeitig dabei die Integration älterer Menschen in die Gesellschaft zu erreichen bzw. zu verbessern. Das soziale Spannungsfeld, das durch die Bereiche der Erwerbsarbeit und das ehrenamtliche Engagement vor dem Hintergrund ihrer spezifischen gesellschaftlich integrativen bzw. exkludierenden Wirkungsmechanismen aufgemacht wird, verdeutlicht – in diesem Fall wohl eher auf die Jüngeren zielend – eine kürzliche Ausschreibung der Europäischen Kommission zum Thema »Entwicklung und Validierung wissenschaftlicher Indikatoren über den Zusammenhang Kriminalität, sozialer Kohäsion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit«. Dort wird die Auffassung des Europäischen Parlaments wiedergegeben, dass nämlich »Arbeitslosigkeit, soziale Desintegration, das Fehlen einer Integrationspolitik sowie die Verschlechterung der städtischen Dienstleistungen und Lebensqualität Gefühle von Frustration und Hoffnungslosigkeit vor allem bei wirtschaftlich und sozial schwächeren Gruppen erzeugen und einen Nährboden für ›kriminelles Handeln‹ darstellen«. Damit steht auf der einen Seite – wenn auch etwas drastisch verkürzt – als Ausmaß fehlender Kohäsion in der Gesellschaft die Kriminalität, auf der anderen Seite soll jedoch das Ehrenamt, zivilgesellschaftliches Engagement für genau das Gegenteil bürgen. Solche Strategien sind – mit einem Blick auf Arbeitsmarkteffekte, aber auch weit darüber hinaus – deshalb genau daraufhin zu prüfen. Hierbei hängt der Stand der einschlägigen Forschung weit hinter dem Notwendigen zurück.

6. LITERATUR

- Anheier, H.; Hilpert, M.; Hotopp, U.; Kistler, E.: Forschungsprioritäten in den Bereichen Dritter Sektor, Schwarzarbeit und Informelle Ökonomie. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung, Bonn 2000, S. 123 ff.
- Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Würtemberg, Denkwerkstatt Stuttgart: Die Tätigkeitsgesellschaften. Konzept für die Realisierung von Pilotprojekten zur Entwicklung und Förderung neuer Modelle für die Verteilung der Erwerbsarbeit. In: Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Würtemberg (Hrsg.): Von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft. Ein Denkanstoß der AWO Würtemberg, Stuttgart 1998, S. 7 ff.
- Arendt, H.: Vita activa: oder Vom tätigen Leben, München 1981.
- Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren In: MittAB, jeweils Heft 1, versch. Jahre.
- Backes, G.: Frauen und soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe. Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, Band 1, Augsburg 1987.
- Backhaus, K.: Im Geschwindigkeitsrausch. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/99, 1999, S. 18 ff.
- Bangemann, M. u. a.: Europa und die globale Informationsgesellschaft. Empfehlungen für den Europäischen Rat, Brüssel 1994.
- Barber, B.: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg 1994.
- Barkholdt, C.: Destandardisierung der Lebensarbeitszeit. Eine Chance für die alternde Erwerbsgesellschaft? Opladen, Wiesbaden 1998.
- Bartelheimer, P.: Nichts mehr total normal – »Atypische« Arbeitsverhältnisse und »entstandardisierte« Erwerbsverläufe. In: IfS, INIFES, ISF, SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung – Sonderband Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin 1998, S. 165 ff.
- Bauer, F.; Groß, H.; Schilling, G.: Arbeitszeit '95. Arbeitszeitstrukturen, Arbeitszeitwünsche und Zeitverwendung der abhängig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland, Düsseldorf 1996.

- Bauer, R.: Ehrenbeamte, Freiwillige und Bürgerarbeiter. In: Sozial Extra, 22. Jg., Heft 10, 1998, S. 3 ff.
- Bauer, R.: Macht das Ehrenamt arbeitslos? In: Sozial Extra, 22. Jg., Heft 10, 1998a, S. 2.
- Baur, R.; Czock, H.; Scheuerl, A.; Schirowski, U.: Gerontologische Untersuchung zur motivationalen und institutionellen Förderung nachberuflicher Tätigkeitsfelder. Die Aktion 55, Stuttgart, Berlin, Köln 1997.
- Bayerische Staatskanzlei: »Modellprojekte Bürgerarbeit«. In: Pressemitteilung Nr. 7 (Bericht aus der Kabinettsitzung) vom 17. Februar 1998, München 1998, S. 7 f.
- Bayerische Staatsregierung: Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München 1999.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit: Initiative ›Arbeit‹, Teil 9, hekt. Ms., München 1998.
- Beck, U.: Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. In: DIE ZEIT, Nr. 49, 1997, S. 7 f.
- Beck, U.: Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit. In: Beck, U. (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main 2000, S. 416 ff.
- Beck, U.: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt, New York 1999.
- Becker, A.: Gendering Welfare States, oder: Elemente eines geschlechtersensiblen Sozialstaatsvergleichs. In: Flora, P.; Noll, H.-H. (Hrsg.): Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung. Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen, Frankfurt, New York 1999, S. 193 ff.
- Beckmann, P.: Beschäftigungspotentiale der Ausweitung von Teilzeitarbeit – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: WSI-Mitteilungen, 50. Jg., Heft 9, 1997, S. 634 ff.
- Beher, K.; Liebig, R.; Rauschenbach, T.: Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich, Stuttgart, Berlin, Köln 1998.
- Beher, K.; Liebig, R.; Rauschenbach, T.: Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess, Weinheim, München 2000.
- Bellmann, L.; Hilpert, M.; Kistler, E.: Technik und Beschäftigung. In: IAB; IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1998/99. Schwerpunkt: Arbeitsmarkt, Berlin 1999, S. 215 ff.
- Benz, W.: Vom Freiwilligen Arbeitsdienst zum Arbeitsdienstplichtgesetz. In: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte, 16. Jg., Heft 4, 1968, S. 517 ff.
- Berger, P.A. (1996): Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt, Opladen 1996.
- Berger, P.A.; Hradil, S. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensverläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen 1990.

- Bergmann, C.; Beck, U.: Ein Leben jenseits der Arbeit. Spiegel-Streitgespräch. In: DER SPIEGEL, Nr. 35, 1998, S. 64 ff.
- Bergmann, F.: Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 48. Jg., Heft 9/10, 1997, S. 524 ff.
- Blandow, J.: Annotierte Bibliographie zum Ehrenamt, hekt. Ms., Bremen 1997a.
- Blandow, J.: Zur neuen »Ehrenamtsdebatte«. Ein Entblätterungs-Versuch. In: NAKOS-Extra, Nr. 28, Berlin 1997, S. 26 ff.
- Blanke, K.: Beruf und Familie. In: Dies.; Ehling, M.; Schwarz, N.: Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung, Stuttgart, Berlin, Köln 1996, S. 179 ff.
- Bleses, P.; Rose, E.: Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs, Frankfurt, New York 1998.
- BMA (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung): Arbeits- und Sozialstatistik. Hauptergebnisse 1997, Bonn 1997.
- Bock, M.: Was heißt hier Ehrenamt? Ein feministischer Blickwinkel. In: NAKOS-Extra, Nr. 28, Berlin 1997, S. 44 ff.
- Bock, T.: Ehrenamt im Deutschen Caritasverband. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 211 ff.
- Bock, T.; Baldas, E.: Vorwort. In: Deutscher Caritasverband (Hrsg.): Freiwilligen-Zentren. Modellverbund im Deutschen Caritasverband, o.O. 1996, S. 3 ff.
- Bogai, D.; Hess, D.; Schröder, H.; Smid, M.: Binnenstruktur der Langzeitarbeitslosigkeit älterer Männer und Frauen. In: MittAB, 27. Jg., Heft 2, 1994, S. 73 ff.
- Bonß, W.: Arbeitsmarktbezogene Zukunftsszenarien. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Anlageband 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung, Bonn 1998, S. 49 ff.
- Bosch, G.: Die Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf die Beschäftigung. In: Enquete-Kommission »Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft« (Hrsg.): Arbeitswelt in Bewegung. Trends, Herausforderungen, Perspektiven, Bonn 1998, S. 171 ff.
- Bosch, G.: Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. In: ders. (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt, New York 1998a, S. 13 ff.
- Braun, J.; Claussen, F.: Freiwilliges Engagement im Alter. Nutzer und Leistungen in Seniorenbüros, Stuttgart, Berlin, Köln 1997.

- Breitkopf, H.; Wohlfahrt, N.: Selbsthilfe und freiwilliges soziales Engagement: Von der Fragmentierung zur Koordination der Förderung. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 50. Jg., Heft 5, 1999, S. 181 ff.
- Bühl, A.; Zöfel, P.: Professionelle Datenanalyse mit SPSS für Windows. Bonn, Paris 1996.
- Bullinger, H.-J. u. a. (Hrsg.): Alter und Erwerbsarbeit der Zukunft. Arbeit und Technik bei veränderten Alters- und Belegschaftsstrukturen, Berlin u.a.O. 1993.
- Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt 1998, Nürnberg 1999.
- Bundesanstalt für Arbeit: Frauen. Ausbildung – Beschäftigung – Weiterbildung. Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit 42/1998, Nürnberg 1998.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, 2. Wiederholungsuntersuchung 1997. Forschungsbericht 181b, Bonn 1998.
- Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.): Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland, Bonn 1994.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Anerkennung für das Ehrenamt – Anregungen für ein Programm sozialer Vergünstigungen auf kommunaler Ebene, Bonn 1997.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Eine Gesellschaft für alle Lebensalter: Beiträge zum internationalen Jahr der Senioren 1999, Stuttgart, Berlin, Köln 1998.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Expertisen zur Fachtagung »Seniorenvertretungen – Verantwortung für das Gemeinwesen«. Dokumentation der Fachtagung vom 25. – 27. Nov. 1996, Brühl 1997a.
- Dathe, D.: Wechselwirkungen zwischen Arbeitszeitpolitik und Arbeitsangebotsverhalten. Eine Untersuchung zur Bedeutung von Arbeitszeitpräferenzen für eine Politik der Arbeitsumverteilung, WZB-Paper FS I 98-201, Berlin 1998.
- Deimer, K.: Institutionalisierte Sozialpolitik und selbstorganisierte Leistungssysteme: Ein Beitrag zur Frage der Verknüpfung sozialer Leistungsträger, Münster 1990.
- Deimer, K.; Jaufmann, D.; Kistler, E.; Pfaff, M.: Selbsthilfe in der Sozialpolitik – ein Lösungsansatz? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B34, 1983, S. 14 ff.
- Dekker, P.: Freiwillige Arbeit in der niederländischen Zivilgesellschaft: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 171 ff.
- Deutscher Bundestag: Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft, Bundestags-Drucksache 13/5674, Bonn 1996.

- Deutscher Bundestag: Drucksache 13/8214, Bonn 1997.
- Deutscher Bundestag: Drucksache 14/2351, Bonn 1999.
- Deutscher Bundestag: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Demografischer Wandel«, Bonn 1998.
- Deutscher Bundestag: Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Demographischer Wandel«, Bonn 1994.
- Deutscher Caritasverband (Hrsg.): Meldungen zum Modellverbund Freiwilligen-Zentren. In: Info-Brief Nr. 2 vom 5. Dezember 1998.
- Deutscher Caritasverband: Freiwilligen-Zentren. Modellverbund im Deutschen Caritasverband, Freiburg 1997.
- Dickmann, E.: Reichsarbeitsdienst (RAD). In: Bauer, R. (Hrsg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens, Bd. III, München, Wien 1992, S. 1633 ff.
- Dostal, W.; Hilpert, M.; Kistler, E.: Modelle mit zu vielen Unbekannten – Zum Forschungsstand und den Grenzen von Untersuchungen über die Beschäftigungseffekte moderner Technik. In: IAB; IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1998/99. Schwerpunkt: Arbeitsmarkt, Berlin 1999, S. 19 ff.
- Eckerle, K.; Oczipka, T.: Auswirkungen veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland. Prognos-Gutachten 1998 für den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Endbericht/Textband, DRV-Schriften Bd. 9, Frankfurt am Main 1998.
- Effinger, H.; Pfau-Effinger, B.: Freiwilliges Engagement im Sozialwesen – Ausweg aus der Krise der Erwerbsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates? In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 307 ff.
- Ehrenheim, K.: Vorruhestand/Altersteilzeit/Frühberentung. Welche Erfahrungen wurden bisher mit dem Vorruhestand gemacht und was ist zu erwarten, wenn der Regierungsvorschlag »volle Rente mit 60« verwirklicht wird? In: Sozialer Fortschritt, 48. Jg., Heft 5, 1999, S. 110 ff.
- Eifert, Ch.: Frauenpolitik und Wohlfahrtpflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen »Arbeiterwohlfahrt«, Frankfurt, New York 1993.
- Engelbrech, G.: Folgen der Beschäftigungskrise. Zur aktuellen Beschäftigungsentwicklung bei ost- und westdeutschen Männern und Frauen, IAB-Werkstattbericht Nr. 3, Nürnberg 1999.
- Engelbrech, G.; Reinberg, A.: Beschäftigungschancen von Jugendlichen in der alternden westdeutschen Gesellschaft. In: INIFES; ISF; SÖSTRA (Hrsg.): Erwerbsarbeit und

- Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft, Frankfurt, New York 1998, S. 65 ff.
- Engstler, H.: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, 4. Aufl., Bonn 1998.
- Erlinghagen, M.; Rinne, K.; Schwarze, J.: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland – komplementär oder substitutiv? Diskussionspapier 97-10, Fakultät Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum, Bochum 1997.
- Esping-Andersen, G.: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton 1990.
- Etzioni, A.: Die aktive Gesellschaft, Opladen 1975.
- Etzioni, A.: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie, 2. Aufl., Frankfurt, New York 1997.
- Europäische Kommission: Beschäftigung in Europa 1998, Luxemburg 1999.
- Europäische Kommission: Erster Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt 1996, Luxemburg 1996.
- Friedrich, W.; Puxi, M.: Arbeitswelt, Lebensstile, Freizeitverhalten und die Auswirkungen auf den Sport. Konsequenzen für sportliche Aktivitäten und ehrenamtliche Mitarbeit. Schlussbericht. Untersuchung im Auftrag des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. Eine Schriftenreihe des Kultusministeriums, Heft 41, Frechen 1994.
- Fuchs, J.; Thon, M.: Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften. Selbst hohe Zuwanderungen werden diesen Trend nicht stoppen können, IAB-Kurzbericht Nr. 4, Nürnberg 1999.
- Garhammer, M.: Balanceakt Zeit. Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf Alltag, Freizeit und Familie, Berlin 1994.
- Gaskin, K.; Smith, J. D.; Paulwitz, I.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg i.Br. 1996.
- Gehrmann, G.: Ehrenamtliche Arbeit in der Volkssolidarität. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 245 ff.
- Geissler, B.; Oechsle, M.: Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensverläufe, Weinheim 1996.
- Gewerkschaftliche Monatshefte: Forum: Die Arbeit und ihre Zukunft, 49. Jg., Heft 6/7, 1998.
- Giarini, O.; Liedtke, M.P.: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.
- Gorz, A.: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt am Main 2000.

- Gorz, A.: Kritik der Ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin 1989.
- Gorz, A.; Glotz, P.: Das letzte Aufgebot. Ein Gespräch zwischen Andre Gorz und Peter Glotz. In: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 44. Jg., Heft 11, 1997, S. 967 ff.
- Günther, M.: Über den vergeblichen Versuch, sich an einem Feuer zu wärmen, dessen Flammen nahezu erloschen sind. Kritik der Widersprüche des Kommunismus. In: SWS-Rundschau, 37. Jg., Heft 3, 1997, S. 325 ff.
- Hartwich, H.-H.: »Wie wir arbeiten werden«. Der neue Club of Rome-Bericht. In: Gegenwartskunde, 47 Jg., Heft 3, 1998, S. 335 ff.
- Heinze, R. G.: Freiwilliges Engagement im Strukturwandel. In: Schwengel, H. (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft? Band II/2 Ad-hoc-Gruppen, Foren, Pfaffenweiler 1999, S. 323 ff.
- Heinze, R.G.; Keupp, H.: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen. Anlageband 3, Bonn 1998, S. 107 ff.
- Heinze, R.G.; Olk, T.: Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 77 ff.
- Heinze, R.G.; Strünck, C.: Die freie Wohlfahrtspflege auf dem Prüfstand (VI): Das Soziale Ehrenamt in der Krise – Wege aus dem Dilemma. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 50. Jg., Heft 5, 1999, S. 163 ff.
- Hengsbach, F.: Zurück zur Verantwortung. Ökonomen und Politiker haben Gemeinsinn und Solidarität den Boden entzogen. Die Gesellschaft braucht einen neuen Kooperationsvertrag. In: DIE ZEIT, Nr. 3, 1996, S. 20.
- Hildebrand, E.: »Aktion 55« – Ein Beispiel aus Sachsen. In: Krappmann, L./Lepenies, A. (Hrsg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen, Frankfurt, New York 1997; S. 214 f.
- Hilpert, M.; Hotopp, U.; Kistler, E.: Schattenwirtschaft, Informelle Ökonomie und Dritter Sektor als Teile eines größeren Ganzen – Zusammenfassung des Workshops und Ansatzpunkte einer Europäischen Forschungsstrategie. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung, Bonn 2000, S. 69 ff.

- Hoffmann, E.; Walwei, U.: Beschäftigung: Formenvielfalt als Perspektive? Teil 1. Längerfristige Entwicklung von Erwerbsformen in Westdeutschland. IAB-Kurzbericht Nr. 2., Nürnberg 1998.
- Holst, E.; Schupp, J.: Hohe Fluktuation in der Stillen Reserve. In: DIW-Wochenbericht, 64. Jg., Heft 47, 1997, S. 921 ff.
- Holst, E.; Schupp, J.: Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? – Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland. In: DIW-Wochenbericht, 61. Jg., Heft 35, 1994, S. 619 ff.
- Holz, E.: Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8, 1998, S. 689 ff.
- Hummel, K.: Engagementförderung als politische Aufgabe. Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel eines Landesnetzwerkes. In: <http://buerger.aktiv.de/htm1/artikel/engagement.htm> (Stand 9.4.1999a).
- Hummel, K.: Nachgedanken eines in Bürgerprojekten Engagierten. In: Krappmann, L.; Lepenies, A. (Hrsg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen, Frankfurt, New York 1997, S. 224 ff.
- Hummel, K.: Sozialforschung und Bürgerengagement. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 239 ff.
- Hutter, A.: Aktuelle Fragen lokaler Arbeitsmarktpolitik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 78. Jg., Heft 2, 1998, S. 41 ff.
- IAB; INIFES; ISF; SOFI: Sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit: Konzept für eine neue sozialwissenschaftliche Berichterstattung, hekt. Ms., Nürnberg u. a.O. 1999.
- IfS, INIFES, ISF, SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin 1998.
- ILO: World Labour Report 1995, 8, Genf 1995.
- Inglehart, R.: Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt, New York 1998.
- INIFES; ISF; SÖSTRA (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft, Frankfurt, New York 1998.
- Institut für Demoskopie Allensbach: Der partnerschaftliche Mann – Einstellungen und Verhaltensweisen, Bonn 1993.
- IPOS: »Gleichberechtigung von Frauen und Männern«. Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung; IPOS-Umfrage November 1995, Bonn 1996.
- IPOS: Ehrenamtliches Engagement in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, hekt. Ms., Mannheim 1998.
- ISG, Kienbaum: Geringfügig Beschäftigte nach der Neuregelung des >630-DM-Gesetzes, Köln, Düsseldorf 1999.

- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P.; Zeisel, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt a.M. 1975.
- Jakob, G.: Ehrenamtliches Engagement im sozialkatholischen Milieu: Biographische Grundlegung und verbandliche Rahmenbedingungen. In: Hoerning, E.M.; Corsten, M. (Hrsg.): Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens, Pfaffenweiler 1995, S. 221 ff.
- Jakob, G.: Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements, Opladen 1993.
- Jankowitsch, B.: Überblick und methodenkritische Beurteilung von ausgewählten Instrumenten zur Erfassung von Ehrenamt, Gemeinsinn und Sozialkapital, hekt. Ms., Mannheim, Stadtbergen 1999.
- Jaufmann, D.; Kistler, E.: Die »Neue Sozialpolitik«: Ausdünnung oder Auffüllung des sozialen Netzes? In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, 15. Jg., Heft 1, 1985, S. 78 ff.
- Junker, K.: Den Frauen die Ehre – den Männern das Amt? Anmerkungen zur aktuellen Diskussion um das Ehrenamt aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht. In: ASF (Hrsg.): Mehr Zukunft für Frauen, Informationen der SPD, Bonn 1997.
- Keupp, H.: Individualisierter Gemeinsinn. Über gesellschaftliche Solidarität. In: Universitas, Heft 7, 1997, S. 634 ff.
- Kistler, E. u. a.: »Arbeitsweltberichterstattung«? – Eine Fehlanzeige mit Blick nach vorn. In: IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin 1998, S. 321 ff.
- Kistler, E.; Hilpert, M.: Zivilgesellschaftliches Engagement auch noch als Arbeits(platz-)ersatz? Motive und Hemmnisse müssen geklärt werden, bevor man das Ehrenamt überfordert. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 265 ff.
- Kistler, E.; Hilpert, M.; Sing, D.: Erwerbsquoten – Ausdruck wirtschaftlichen Drucks, individueller Entfaltung und sozialer Bestätigung. Vortrag beim Prognos-Workshop am 5./6.11.1998 in Bensheim, hekt. Ms., Stadtbergen 1998.
- Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999.
- Kistler, E.; Priller, E.; Sing, D.: Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Wege zur Aktivierung sozialwissenschaftlicher Forschung im Bereich von zivilgesellschaftlichem Engagement. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung, Bonn 2000, S. 137 ff.

- Kistler, E.; Schäfer-Walkmann, S.: Garant für Gemeinsinn oder gar soziales Kapital? Ehrenamtliches Engagement zwischen Über- und Unterforderung. In: Sozialmagazin, 24. Jg., Heft 3, 1999, S. 48 ff.
- Kistler, E.; Schäfer-Walkmann, S.: Messkonzepte der Kräfte zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts. Einige Überlegungen und Anfragen zum Forschungsstand. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999a, S. 21 ff.
- Kistler, E.; Schönwälde, T.: Eliten und Heloten – herrschen und dienen. Die rechtskonservativen Ideen der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission. In: Soziale Sicherheit, 47. Jg., Heft 4, 1998, S. 121 ff.
- Kistler, E.; Schönwälde, T.; Sing, D.: »Arbeit statt Sozialhilfe« als Instrument der Armutsprävention? – Zur begrenzten Sinnhaftigkeit von Schwimmkursen im Brunnen-schacht. In: Palentin, C.; Hurrelmann, K.; Herlth, A. (Hrsg.): Kommunale Strategien der Armutsprävention – Erfahrungen und Perspektiven. IBS-Materialien Bd. 46, Bielefeld 1999, S. 30 ff.
- Kistler, E.; Schönwälde, T.; Sing, D.: Arbeitslose. Kap. 13 – Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998. In: Bayerische Staatsregierung (Hrsg.): Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, Teil II, München 1999, S. 499 ff.
- Kistler, E.; Sing, D.: Erodierende Arbeitsorientierungen? – Ausgewählte Datengrundlagen zur Prognose von Erwerbsneigungen und Erwerbsverhalten I, hekt. Ms., Stadtbergen 1998.
- Kistler, E.; Sing, D.: Mangelnde Integration von Arbeitsangebot und -nachfrage, Marginalisierung und Humankapitalentwicklung. Oder: Wie kann gestandenen Soziologen so etwas passieren? In: IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin 1998a, S. 129 ff.
- Klaces, H.: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/98, 1998, S. 29 ff.
- Klaces, H.: Zerfällt das Volk? – Von den Schwierigkeiten der modernen Gesellschaft mit Gemeinschaft und Demokratie. In: Klages, H.; Gensicke, T. (Hrsg.): Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyer 1999, S. 1 ff.
- Klaces, H.; Gensicke, T.: Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyerer Forschungsberichte 193, Speyer 1999.

- Klammer, U.; Bäcker, G.: Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission. In: WSI-Mitteilungen, 51. Jg., Heft 6, 1998, S. 359 ff.
- Klammer, U.; Klenner, C.: Hoffnungsträger »Dritter Sektor« – neue Arbeit für Frauen? In: Stoltz-Willig, B.; Veil, M. (Hrsg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen.... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1999, S. 59 ff.
- Kögel, C.: Mäzene für freiwillige Helfer gesucht. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 193 vom 23.08.1999, S. 2.
- Köhler, D.; Kistler, E.: Subjektive Komponenten des Arbeitsangebots. In: INIFES; ISF; SÖSTRA (Hrsg.): Arbeits- und Innovationspotentiale im Wandel. Thesen und Befunde zur Arbeit in einer alternden Gesellschaft, Stadtbergen u. a.O. 1997, S. 45 ff.
- Köhler, D.; Kistler, E.; Kopp, A.: Frauenerwerbsneigung und demographischer Wandel, in: INIFES, ISF, SÖSTRA (Hrsg.): Arbeits- und Innovationspotentiale im Wandel. Thesen und Befunde zur Arbeit in einer alternden Gesellschaft, Stadtbergen u. a.O. 1997, S. 65 ff.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Bericht über die Entwicklung der Beschäftigungsquoten 1998. Beschäftigungsleistungen in den Mitgliedstaaten, KOM (98) 572/2, Brüssel 1998a.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I – Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern, Bonn 1996.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III – Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Leitsätze, Zusammenfassung und Schlussfolgerungen der Teile I, II und III des Kommissionsberichts, Bonn 1997a.
- Konrad, W.: Potemkinsche Dörfer. Zur Beschäftigungsdynamik der Informations- und Kommunikationstechnologien. In: IAB; IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1998/99. Schwerpunkt: Technik und Arbeit, Berlin 1999, S. 65 ff.
- Kramer, D.; Wagner, S.; Billeb, K.: Soziale Bürgerinitiativen in den neuen Bundesländern. Untersuchung zu einem neuen Förderungsprogramm 1993-1997, Stuttgart 1998.

- Kratzer, N.; Döhl, V.; Sauer, D.: Arbeit im Wandel – Sozialberichterstattung vor neuen Herausforderungen. In: IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hrsg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Sonderband Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin 1998, S. 97 ff.
- Kreissl, R.: Der Schein und das Nichts. In: Süddeutsche Zeitung vom 11.05.1999.
- Kress, U.: Chronik der Arbeitsmarktpolitik. In: MittAB, 32. Jg., Heft 3, 1999, S. 361 ff.
- Kronauer, M.: Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen »Underclass«? In: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte, Opladen 1995, S. 197 ff.
- Kühnlein, I.: Motivlagen, Sinnquellen und Identitätsrelevanz erwerbsarbeitsunabhängiger sozialer Tätigkeiten. Erschienen als Teil der Expertise von Heinze, R.G.; Keupp, H.: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen. Anlageband 3, Bonn 1998, S. 107 ff.
- Kühnlein, I.: Weniger Erwerbsarbeit – mehr Eigenarbeit? Chancen und Potentiale öffentlicher Eigenarbeit? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48-49/97, 1997, S. 41 ff.
- Kühnlein, I.; Mutz, G.: Individualisierung und bürgerschaftliches Engagement in der Tätigkeitsgesellschaft. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 291 ff.
- Künzler, J.: Familiale Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit, Bielefeld 1994.
- Landwehr, R.; Baron, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Weinheim, Basel 1983.
- Langeheine, R.: Explorative Techniken zur Identifikation von Strukturen in großen Kontingenztabellen. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, Heft 15, 1984, S. 254 ff.
- Lehner, F.; Baethge, M.; Kühl, J.; Stille, F. (Hrsg.): Beschäftigung durch Innovation. Eine Literaturstudie, München, Mering 1998.
- Lehr, U.: Demographischer Wandel. In: Forschung & Lehre, Heft 2, 1997, S. 63 ff.
- Mallebrein, W.: Der Reichsarbeitsdienst – Männer und Maiden. Leben und Wirken im Arbeitsdienst des Deutschen Reiches und in anderen europäischen Staaten in Wort und Bild, 3. Aufl., Coburg 1998.
- Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Frankfurt, New York 1983.

- Matthies, H. u. a.: Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt, Reinbek 1994.
- Miegel, M.: Der Mensch als Unternehmer: In: Wirtschaft & Wissenschaft, 1. Jg., Heft 6, 1998, S. 24 ff.
- Möller, C.: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten. In: Das Argument, Nr. 226, 1998, S. 469 ff.
- Mückenberger, U.: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – hat das Arbeitsrecht noch eine Zukunft? In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 7 und 8, 1985, S. 415 ff. und 457 ff.
- Müntefering, F.; Schmidt, W.: Ehrenamt – ein Eckpfeiler der Demokratie in der freien Bürgergesellschaft. Mitteilungen für die Presse, Bonn 1998.
- Münz, R.; Seifert, W.; Ulrich, R.: Zuwanderung nach Deutschland – Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt, New York 1997.
- Mutz, G. u. a.: Eigenarbeit hat einen Ort. Öffentliche Eigenarbeit im »Haus der Eigenarbeit«, München 1997.
- Mutz, G.: Der Job ist nur die halbe Arbeit. Soziale Netzwerke und Bürgertätigkeiten sollen gegen die Erwerbslosigkeit helfen. In: DIE ZEIT Nr. 10, 1998a, S. 25.
- Mutz, G.: Erwerbsarbeit, Bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit. Das Münchner Modell (1. Entwurf), hekt. Ms., München 1998.
- Mutz, G.: Erwerbsbiographische Diskontinuitäten in West- und Ostdeutschland. Eine Systematisierung ungleichheitsrelevanter Deutungsmuster. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 205 ff.
- Mutz, G.: Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/99, 1999, S. 3 ff.
- Negt, O.: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt, New York 1984.
- Nicaise, I.: Welche Partnerschaften für die Beschäftigung brauchen wir? Sozialpartner, NRO und Behörden, ForumDoc 2, hekt. Ms., Brüssel, Leuven 1996.
- Nickel, H.M.: Industriegesellschaft am Ende – Arbeit abgeschafft? Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit. In: Stolz-Willig, B.; Veil, M. (Hrsg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen.... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1999, S. 9 ff.
- Noe, C.: Die Kosten sind immer das Teuerste. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49. Jg., Heft 6/7, 1998, S. 433 ff.
- Noelle-Neumann, E.; Strümpel, B.: Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse, München, Zürich 1984.

- Notz, G.: Den Bürgern Amt und Ehre, den Bürgerinnen die Arbeit?. In: Sozialmagazin, 24. Jg., Heft 3, 1999, S. 24 ff.
- Notz, G.: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm 1998.
- Notz, G.: Die neuen Freiwilligen: Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise. 2. Aufl., Neu-Ulm 1999a.
- Notz, G.: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen, Freiburg 1989.
- o.V.: Die Zukunft heute gewinnen. Eine vorläufige Bilanz des Landesprogramms Bürgerschaftliches Engagement. In: <http://buerger.aktiv.de/html/artikel/bilanz.htm> (Stand 12.07.1999).
- o.V.: Tauris. In: <http://www.sachsen.de/tauris/menu.html> (Stand 26.01.2000).
- Offe, C.: »Sozialkapital. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 113 ff.
- Offe, C.: Was tun mit dem ›Überangebot an Arbeitskraft? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 48. Jg., Heft 4, 1997, S. 239 ff.
- Olk, T.: Das soziale Ehrenamt. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 10. Jg., Heft 14, 1987, S. 84 ff.
- Olk, T.: Vom »alten« zum »neuen« Ehrenamt. Ehrenamtliches soziales Engagement außerhalb etablierter Träger. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 1, 1989, S. 7 ff.
- Oppenländer, K.H. (Hrsg.): Beschäftigungsfolgen moderner Technologien, Berlin, New York 1991.
- Orloff, A.: Gender and the Social Rights of Citizenship: the Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: American Sociological Review, Vol. 3, 1993, S. 302 ff.
- Ostner, I.: Quadraturen im Wohlfahrtsdreieck. Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, S.; Ostner, I. (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt, New York 1998, S. 225 ff.
- Ottersbach, M.; Yildiz, E.: Der Kommunitarismus: eine Gefahr für das Projekt der pluralistischen Demokratie? Zur Ausgrenzung ethnischer Minoritäten mit kommunalistischen Argumenten. In: Soziale Welt; 48. Jg., Heft 3, 1997, S. 291 ff.
- Pack, J.; Buck, H.; Kistler, E.; Mendius, H.G.; Morschhäuser, M.; Wolff, H.: Zukunftsreport demographischer Wandel. Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft, Bonn 1999.
- Pannenberg, M.; Wagner, G.: Kaum Beschäftigungseffekte durch Abbau von Überstudenden. In: DIW-Wochenbericht, 66. Jg., Heft 31, 1999, S. 573 ff.

- Pfaff, A.B.: Soziale Sicherung der Frau im zukünftigen Sozialstaat – Veränderte Rahmenbedingungen und Gestaltungsperspektiven. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 216, Heft 4/5, 1997, S. 454 ff.
- Pfau-Effinger, B.: Women's work and new forms of employment in Germany. In: Koistinen, P.; Ostner, I. (Hrsg.): *Women and Markets. Learning of the Differences in the Finnish and German Labour Markets*. University of Tampere, Tampere 1994, S. 319 ff.
- Priller, E.: Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung. In: Winkler, G. (Hrsg.): *Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern*, Berlin 1997, S. 284 ff.
- Priller, E.: Dritter Sektor, Ehrenamt und Zivilgesellschaft in Deutschland. Thesen zum Stand der Forschung aus internationaler Sicht. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte*, Berlin 1999, S. 145 ff.
- Putnam, R.D.: Demokratie in Amerika am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Graf, F.W.; Plattner, A.; Schleissing, S. (Hrsg.): *Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft*, Stuttgart, Berlin, Köln 1999, S. 21 ff.
- Rauschenbach, T.: »Dienste am Menschen« – Motor oder Sand im Getriebe des Arbeitsmarktes? In: *Neue Praxis*, 29. Jg., Heft 2, 1999, S. 130 ff.
- Rifkin, J.: Die Risiken der Leere. In: *motion*, Heft 5, 1997, S. 48 f.
- Rosenbladt, B. v.: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999. Materialienband, München 1999.
- Rosenbladt, B. v.: Zur Messung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland – Konfusion oder Konsensbildung? In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte*, Berlin 1999a, S. 399 ff.
- Rosenbladt, B.v.; Picot, S.: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999. Überblick über die Ergebnisse, München 1999.
- Rössel, G.; Schaefer, R.; Wahse, J.: Alterspyramide und Arbeitsmarkt. Zum Alterungsprozess der Erwerbstätigen in Deutschland, Frankfurt, New York 1999.
- Sächsischer Landtag: Bedeutung und Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Tätigkeiten im Freistaat Sachsen, Drucksache 2/8628, Dresden 1998.
- Sächsischer Landtag: Entwicklung von Projekten für Bürgerarbeit im Freistaat Sachsen, Drucksache 2/10006, Dresden 1998a.
- Schäfer, D.; Schwarz, N.: Der Wert der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte – Das Satellitensystem Haushaltsproduktion. In: Blanke, K.; Ehling, M.; Schwarz, N.

- (Hrsg.): Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung, Stuttgart, Berlin, Köln 1996, S. 15 ff.
- Schmid, G.: Neue institutionelle Arrangements von Erwerbsarbeit. Übergangsarbeitsmärkte als neues Konzept der Vollbeschäftigung. In: Grenzdörffer, K.; Biesecker, A.; Vocke, C. (Hrsg.): Neue institutionelle Arrangements für eine zeitgemäße Wohlfahrt, Pfaffenweiler 1997, S. 90 ff.
- Schmid, G.: Transitional Labour Markets: A New European Employment Strategy. Discussion Paper FS I 98 -206, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1998.
- Schnur, D.: Die beschäftigungspolitischen Vorschläge des IAB. In: Gensior, S. u. a. (Hrsg.): Massenarbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik, SAMF-Arbeitspapier 1998-1, Darmstadt 1998, S. 70 ff.
- Schönwälder, T.; Kistler, E.; Sing, D.: Kapitel »Arbeitsmarkt« im Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998. In: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München 1999, S. 117 ff.
- Schröder, P.: Arbeitsuchende, Arbeitslose, Erwerbslose, verdeckte Arbeitslosigkeit, Stille Reserve, Arbeitsplatzlücke. Erläuterungen zur Statistik der Arbeitslosigkeit. In: Widersprüche, 19. Jg., Nr. 72, 1999, S. 31 ff.
- Schumacher, J.; Stiehr, K.: Ältere Menschen im sozialen Ehrenamt. Exemplarische Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen, Stuttgart, Berlin, Köln 1996.
- Schupp, J. u. a. (Hrsg.): Arbeitsmarktstatistik zwischen Realität und Fiktion, Berlin 1998.
- Schuster, F.: 50-plus. Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Regierungserklärung vor dem Thüringer Landtag am 16. Dezember 1999, o.O. 1999.
- Schwinn, T.: Gibt es eine ›Zweite Moderne? Über den Umgang mit soziologischen Diagnosen. In: Soziale Welt, 50. Jg., Heft 4, 1999, S. 423 ff.
- Sell, S.: Zur Schnittstellenproblematik zwischen Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe. Bestandsaufnahme der Risikoverlagerungen und Plädoyer für eine funktionsgerechte institutionelle und instrumentelle Modernisierung. In: Sozialer Fortschritt, 48. Jg., Heft 1/2, 1999, S. 24 ff.
- Sen, A.: Commodities and capabilities, Amsterdam, New York, Oxford 1985.
- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen: Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Berlin 1998.
- Senghaas-Knobloch, E.: Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Zu einer aktuellen Debatte. In: Arbeit, 8. Jg., Heft 2, 1999, S. 117 ff.
- Sennett, R.: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, 4. Aufl., Berlin 1998.

- Sing, D.: Auswirkungen von Armut (und Reichtum) auf Frauen, Männer und Kinder. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten e.V.(Hrsg.): Armut und Reichtum – Anforderungen und Perspektiven für die Familienbildung, Stein 1999, S. 16 ff.
- Sing, D.: Komponenten und subjektive Determinanten der langfristigen Entwicklung des Arbeitsangebots – Die »Stillen Reserven« sind größer als man denkt. In: INIFES; ISF; SÖSTRA (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft, Frankfurt, New York 1998, S. 79 ff.
- Sing, D.; Hilpert, M.: Frauen zwischen Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Familienarbeit. In: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte, Berlin 1999, S. 325 ff.
- Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) Die Projektlandschaft Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg, Bürgerschaftliches Engagement Band 14, Stuttgart o.J.
- Statistisches Bundesamt: Sozialhilfe in Deutschland: Entwicklung und Strukturen, hekt. Ms., Wiesbaden o.J.
- Stecker, C.: Bürgerarbeit – Eine Chance zur Erhaltung des Sozialstaates? Das Modell der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. ZeSArbeitspapier Nr. 13/1999, Bremen 1999.
- Steinke, R.: Das Berliner Memorandum zur Beschäftigungspolitik. In: Gensior, S. u. a. (Hrsg.): Massenarbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik, SAMF-Arbeitspapier 1998-1, Darmstadt 1998, S. 39 ff.
- Stiefel, E.: Über die Einheit von Produktions- und Versorgungsarbeit. In: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 46. Jg., Heft 7, 1999, S. 592 ff.
- Stiftung Bürger für Bürger: Podiumsdiskussion. Vielfalt oder Verwirrung? Zur Begrifflichkeit des Ehrenamts, Berlin 1999.
- Stoltz-Willig, B.: Neubewertung der Familienarbeit – Erziehungsgehalt als Perspektive? In: Stoltz-Willig, B.; Veil, M. (Hrsg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1999, S. 94 ff.
- Stoppe, A.: Stellungnahme zum Gesellschafts- und Projektentwurf ›Die Tätigkeitsgesellschaften‹. In: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Württemberg (Hrsg.): Von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft. Ein Denkanstoß der AWO Württemberg, Stuttgart 1998, S. 25 ff.
- Thon, M.; Bach, H.U.: Die Schätzung von Potential-Erwerbsquoten, Stiller Reserve und Erwerbspersonenpotential für die alten Bundesländer 1970-1995, IAB-Werkstattbericht Nr. 8, Nürnberg 1998.

- Ueltzhöffer, J.: Baden-Württembergs Bürgerinnen und Bürger zwischen Weltmarkt und Marktplatz. In: Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): 3. Kongress des Landes Baden-Württemberg zum Bürgerschaftlichen Engagement am 14./15.11. 1997 in Mannheim. Dokumentation des Kongresses, Stuttgart, Mannheim 1998, S. 23 ff.
- Ueltzhöffer, J.; Ascheberg, C.: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Landesstudie 1997, Stuttgart 1997.
- Ueltzhöffer, J.; Ascheberg, C.: Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie, 2. Auflage, Stuttgart 1996.
- Veil, M.: Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterbeziehungen: Wie revisionsbedürftig sind feministische Theorien? In: Stoltz-Willig, B.; Veil, M. (Hrsg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1999, S. 192 ff.
- Veil, M.: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Frauen im Sozialstaat. Ein Ländervergleich zwischen Frankreich, Schweden und Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/97, 1997, S. 29 ff.
- Voß, G.: Bürgerarbeit und die Arbeit der Lebensführung. In: Schwengel, H. (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft? Band II/2 Ad-hoc-Gruppen, Foren, Pfaffenweiler 1999, S. 331 ff.
- Wahse, J.: IAB-Betriebspanel. Längsschnittanalyse aus den Wellen 1996 bis 1998, hekt. Ms., Berlin 1999.
- Weidig, I.; Hofer, P.; Wolff, H.: Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveaus. BeitrAB 227, Nürnberg 1999.
- Wellmer, M.: Geld oder Ehre? In: Neue Praxis, 29. Jg., Heft 3, 1999, S. 219 ff.
- Wiegand, H.: Berufstätigkeit und Aufstiegschancen von Frauen: Eine (nicht nur) ökonomische Analyse, Berlin 1995.
- Willke, H.: Supervision des Staates, Frankfurt 1997.
- Wunderer, H.: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933), Frankfurt, New York 1980.
- Zander, M.; Notz, G.: Ehrenamtliche soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen. Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, o.O. 1997.
- Zimmermann, J.: Kommunale Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der Stadt Leipzig. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 78. Jg., Heft 2, 1998, S. 38 ff.
- Zoll, R.: Bürgereinkommen im Tausch gegen soziale Dienste. Neue Argumente. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49. Jg., Heft 1, 1998, S. 26 ff.
- Zukunftscommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn 1998.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wirbt für die Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft. Sie tritt dafür ein, Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten zu erweitern.

Beratung und Schulung

Die Stiftung berät und qualifiziert Betriebs- und Personalräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, Männer und Frauen, in wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten, in Fragen des Personal- und Sozialwesens, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Gestaltung neuer Techniken, des betrieblichen Arbeits- und Umweltschutzes.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu den Themen »Wirtschaftswandel und Beschäftigung im Globalisierungsprozeß«, »Soziale Polarisierungen, kollektive Sicherung und Individualisierung« und »Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik«. Das WSI-Tarifarchiv dokumentiert das Tarifgeschehen umfassend und wertet es aus.

Forschungsförderung

Die Abteilung Forschungsförderung der Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu den Themen Strukturpolitik, Mitbestimmung, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Die Forschungsergebnisse werden in der Regel nicht nur publiziert, sondern auf Veranstaltungen zur Diskussion gestellt und zur Weiterqualifizierung von Mitbestimmungsakteuren genutzt.

Studienförderung

Ziel der Stiftung ist es, einen Beitrag zur Überwindung sozialer Ungleichheit im Bildungswesen zu leisten. Gewerkschaftlich oder gesellschaftspolitisch engagierte Studierende unterstützt sie mit Stipendien, mit eigenen Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktikantenstellen. Bevorzugt fördert die Stiftung Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Ihre Arbeitsergebnisse und Dienstleistungen veröffentlicht die Stiftung über Veranstaltungen, Publikationen, mit PR- und Pressearbeit. Sie gibt zwei Monatszeitschriften heraus: »Die Mitbestimmung« und die »WSI-Mitteilungen«, außerdem die Vierteljahresschrift »South East Europe Review for Labour and Social Affairs (SEER)«, das »Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland« und »Network, EDV-Informationen für Betriebs- und Personalräte«.

Hans-Böckler-Stiftung
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Bertha-von-Suttner-Platz 1
40227 Düsseldorf
Telefax: 0211/7778 - 225
www.boeckler.de



In der edition der Hans-Böckler-Stiftung sind bisher erschienen:

Nr.	Autor/Titel	DM	Bestell-Nr.	ISBN-Nr.
1	<i>Gertrud Kühnlein</i> Neue Typen betrieblicher Weiterbildung	18,50	13001	3-928204-73-4
2	<i>Stefan Kühn</i> Komplementärer Regionalismus	28,00	13002	3-928204-64-5
3	<i>Karl-Hermann Böker, Peter Wedde</i> Telearbeit praktisch	13,00	13003	3-928204-75-0
4	<i>Peter Ittermann</i> Gestaltung betrieblicher Arbeitsorganisation	16,00	13004	3-928204-76-9
5	<i>Lothar Kamp</i> Betriebs- und Dienstvereinbarungen Gruppenarbeit	12,00	13005	3-928204-77-7
6	<i>Hartmut Klein-Schneider</i> Betriebs- und Dienstvereinbarungen Flexible Arbeitszeit	13,00	13006	3-928204-78-5
7	<i>Siegfried Leittretter</i> Betriebs- und Dienstvereinbarungen Betrieblicher Umweltschutz	13,00	13007	3-928204-79-3
8	<i>Winfried Heidemann</i> Betriebs- und Dienstvereinbarungen Beschäftigungssicherung	12,00	13008	3-928204-80-7
9	<i>Wolfhard Kothe</i> Die Stärkung der Partizipation der Beschäftigten im betrieblichen Arbeitsschutz	18,00	13009	3-928204-81-5
10	<i>Karin Schulze Buschoff</i> Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich	25,00	13010	3-928204-82-3
11	<i>Hans Gerhard Mendius, Stefanie Weimer</i> Beschäftigungschance Umwelt	28,00	13011	3-928204-83-1
12	<i>Helene Mayerhofer</i> Betriebswirtschaftliche Effekte der Fusion von Großunternehmen	10,00	13012	3-928204-85-5
13	<i>Winfried Heidemann</i> Betriebs- und Dienstvereinbarungen Betriebliche Weiterbildung	14,00	13013	3-928204-86-6

Nr.	Autor/Titel	DM	Bestell-Nr.	ISBN-Nr.
14	<i>Hartmut Klein-Schneider</i> Betriebs- und Dienstvereinbarungen Leistungs- und erfolgsorientiertes Entgelt	16,00	13014	3-928204-97-4
15	<i>Christina Klenner</i> Mehr Beschäftigung durch Überstundenabbau und flexible Arbeitszeitmodelle	12,00	13015	3-928204-88-2
16	<i>Annette Henninger</i> Ins Netz geholt: Zeit, Geld, Informationen – alles, was die Wissenschaftlerin braucht!?	28,00	13016	3-928204-89-0
17	<i>Wolfgang Joußen, Leo Jansen, Manfred Körber</i> Informierte Region. Regionale Entwicklungsperspektiven in der Informationsgesellschaft	19,00	13017	3-928204-90-4
18	<i>Dietmar Köster</i> Gewerkschaftlich ausgerichtete Seniorenbildungsarbeiten in der Praxis	20,00	13018	3-928204-91-2
19	<i>Michael Kürschner, Helmut Teppich</i> Windows NT: Handbuch für Betriebsräte	28,00	13019	3-928204-92-0
20	<i>Roland Köstler</i> Rechtsleitfaden für Aufsichtsratsmitglieder nach dem Mitbestimmungsgesetz '76	14,00	13020	3-928204-84-X
22	<i>Lutz Mez, Annette Piening, Klaus Traube</i> Was kann Deutschland hinsichtlich eines forcierten Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung von anderen Ländern lernen?	20,00	13022	3-928204-93-9
23	<i>Karin Tondorf, Gertraude Krell</i> »An den Führungskräften führt kein Weg vorbei!«	16,00	13023	3-928204-94-7
25	<i>Christina Klenner (Hrsg.)</i> Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten – neue Wege zu mehr Beschäftigung	14,00	13025	3-928204-96-3
26	<i>Svenja Pfahl (Hrsg.)</i> Moderne Arbeitszeiten für qualifizierte Angestellte?	18,00	13026	3-928204-97-1

Nr.	Autor/Titel	DM	Bestell-Nr.	ISBN-Nr.
27	<i>Margarethe Herzog (Hrsg.) Im Netz der Wissenschaft? Frauen und Macht im Wissenschaftsbetrieb</i>	22,00	13027	3-928204-98-X
28	<i>Erika Mezger (Hrsg.) Zukunft der Alterssicherung</i>	16,00	13028	3-928204-99-8
29	<i>Hans-Erich Müller, Annette Martin Beschäftigen statt entlassen</i>	20,00	13029	3-935145-00-4
30	<i>Werner Maschewsky Psychisch gestört oder arbeitsbedingt krank?</i>	20,00	13030	3-928204-95-5
33	<i>Stefan Eitenmüller, Konrad Eckerle Umfinanzierung der Alterssicherung</i>	28,00	13033	3-935145-03-9

**Bestellungen
bitte unter
Angabe der
Bestell-Nr. an:**



Am Kreuzberg 4
40489 Düsseldorf
Telefax: 0211 / 408 00 80
E-Mail: lavista@setzkasten.de

